

Preußische Allgemeine

Nr. 38 · 20. September 2024

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 4,40 €



Einstürzende Altbauten

Das Drama um die Carolabrücke von Dresden hat die Nation aufgeschreckt. Es erinnert daran, wie marode Deutschlands Infrastruktur landauf, landab seit Jahren ist Seite 2



Lage Der Ukrainekrieg nach dem ukrainischen Vorstoß auf Kursk Seite 3



Grenzkontrollen Droht jetzt das ganze EU-System zu kollabieren? Seite 4

VON RENÉ NEHRING

Wir wollen Deutschland wieder in Ordnung bringen und den Ampel-Schaden reparieren.“ Mit diesen Worten verkündete der Vorsitzende der CSU und bayerische Ministerpräsident Markus Söder am Dienstag die Kanzlerkandidatur des Vorsitzenden der Schwesterpartei CDU, Friedrich Merz, für die nächste Bundestagswahl.

Zweifelloos hat die Union damit ein deutlich professionelleres Prozedere gewählt als vor der Wahl von 2021, als keine der beiden Schwesterparteien der anderen den Vortritt lassen wollte, es zum offenen Streit um die Spitzenkandidatur kam und der letztlich nominierte Armin Laschet nach erfolgter Aufstellung wiederholt das Ziel von Feuer aus den eigenen Reihen wurde. Er selbst leistete dann freilich im Rahmen der Flutkatastrophe des Sommers 2021 einen eigenen erheblichen Beitrag für das Scheitern bei der Bundestagswahl.

Dass CDU und CSU diesmal frühzeitig geklärt haben, wer die Union führt, dürfte ihre Chancen für das nächste Jahr (oder auch früher) erheblich steigern. Immerhin können sie nun beizeiten ihre Kraft auf die Auseinandersetzung mit den politischen Wettbewerbern und vor allem den Berg an Problemen richten, vor dem eine künftige Bundesregierung stehen wird.

Zu diesem Berg gehören derzeit unter anderem das seit 2015 bestehende Dauerproblem der ungesteuerten Zuwanderung, die Folgen der Energiewende, die zu weltweit höchsten Strom- und Heizungskosten geführt sowie zahlreiche Unternehmen ins Ausland oder gleich in die Insolvenz getrieben haben und auch die sicherheitspolitischen Herausforderungen infolge des Ukrainekriegs.

Zwar hat sich die CDU unter Merz und dem jungen Generalsekretär Carsten Linemann auf diesen Feldern inhaltlich mit einem neuen Grundsatzprogramm längst

Der eigentliche Schritt steht der Union noch bevor

Mit der Ausrufung ihres Kanzlerkandidaten löst die Union eine wichtige Personalfrage. Was fehlt, ist eine glaubwürdige Emanzipation von der Ära Merkel

neu aufgestellt, doch gibt es im harten Oppositionsalltag immer wieder gut platzierte Querschüsse von Anhängern der vormaligen Kanzlerin Angela Merkel, die trotz einer anhand von Wahlergebnissen eindeutig feststellbaren fatalen Bilanz noch immer – getrieben von Journalisten, die noch nie etwas mit der Union am Hut hatten – vor jeder Kurskorrektur warnen und stattdessen lieber an der Seite der Grünen den weiteren Weg bergab gehen wollen.

Allein hier die Koordinaten zurechtzurücken und nicht nur der eigenen Partei, sondern dem gesamten Politik- und Medienbetrieb wieder klarzumachen, wo die Mehrheiten in diesem Lande liegen – nämlich nicht in den edlen Altbauquartieren der Großstädte, sondern in den Mittel- und Kleinstädten sowie auf dem Lande, wo zusammen rund 70 Prozent der Deutschen leben –, ist für CDU und CSU gleichermaßen eine Mammutaufgabe. Eine weitere, vermutlich ungleich schwierigere ist es, jene Wähler zurückzugewinnen, die der Union in den letzten zehn Jahren den Rücken gekehrt und damit wesentlich den Aufstieg der AfD ermöglicht haben.

Die Wahrheit liegt in den Wahlurnen

Wie schwierig der Weg sein wird, haben gerade erst die Wahlen in Sachsen und Thüringen gezeigt. Konnte die CDU nach der Einheit von 1990 die Geschicke beider mitteldeutschen Länder lange Zeit klar bestimmen und mitunter sogar absolute

Mehrheiten erringen, so kam sie im Sommer 2024 in Sachsen zum wiederholten Male nur noch auf knapp über 30 Prozentpunkte und in Thüringen auf nur noch 23 Prozentpunkte.

Am kommenden Sonntag steht in Brandenburg abermals eine Landtagswahl im Osten der Republik an. Laut letzten Umfragen kann die CDU hier nur mit rund 15 Prozent rechnen. Dass es weitaus mehr Stimmen sein könnten, zeigen nicht nur Umfragen von vor etwa anderthalb Jahren, als CDU, SPD und AfD in Brandenburg etwa gleichauf lagen, sondern vor allem die jüngsten Werte für die AfD, die nach Thüringen zum zweiten Mal stärkste Kraft bei einer Landtagswahl werden könnte.

Wer sich an den Wahlständen danach umhört, was die Menschen zwischen Oder und Elbe, zwischen mecklenburgischer Seenplatte und Spreewald bewegt, hört fast immer die gleichen Stichworte: die ungesteuerte Migration und deren Folgen (vor allem die tägliche Messergewalt), die Ungerechtigkeiten beim Einkommen (vor allem bei Geringverdienern und im Vergleich zum Bürgergeld), das vielerorts unbezahlbar gewordene Wohnen, der Gender-Irrsinn sowie die Sorge, dass sich der Ukrainekrieg zu einem großen europäischen Konflikt ausweiten könnte.

Dass die AfD auf diesen und anderen Feldern nicht nur klare Unterschiede zu Sozialdemokraten und Grünen markiert,

sondern auch zur jahrelangen Linie der CDU unter Merkel, und dass sie damit im einst sicher roten Brandenburg nun sogar stärkste Kraft werden könnte, zeigt, welch Potential die Union durchaus haben könnte, wenn sie den Weg der Erneuerung konsequenter gehen und sich insbesondere wieder daran orientieren würde, was die Menschen draußen im Lande wollen, und nicht an dem, was ihnen selbsternannte Experten in den Großstädten einreden.

Als 1998 nicht nur die 16-jährige Kanzlerschaft Helmut Kohls zu Ende ging, sondern auch der 25-jährige Vorsitz des Pfälzers in der CDU, zögerte die bis dahin allenfalls in der zweiten Reihe der Parteiführung stehende Angela Merkel nicht, wenige Monate später in einem Zeitungsartikel zu fordern, dass sich die Union von ihrem langjährigen Übervater emanzipieren müsse. Mit diesem Affront gegen ihren langjährigen Förderer gelang es Merkel freilich nicht nur, selbst nach der Führung der CDU zu greifen, sondern auch, die Partei von einem unerfreulichen Erbe der Ära Kohl zu befreien – der Parteispendenaffäre.

Es wird spannend sein zu sehen, ob Friedrich Merz nun als unbestrittener gemeinsamer Frontmann von CDU und CSU einen ähnlichen Mut aufbringt, die Union von der langjährigen „Übermutter“ Merkel und deren Hinterlassenschaften, die heute wie 1998/99 das Erbe Kohls wie Blei an der Partei hängen, zu befreien.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Draghis zweifelhafter Marshallplan für eine Erneuerung der EU Seite 7

Kultur

Goethes „Werther“ feiert 200. Jubiläum mit einer Sonderschau in Wetzlar Seite 9

Das Ostpreußenblatt

Warum ein Ritter ins Bartensteiner Rathaus marschierte Seite 13

Die Pommersche Zeitung

In Reinkenhagen zeigt das Erdölmuseum Exponate vom schwarzen Gold Pommerns Seite 19



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Der Einsturz der Dresdner Carolabrücke war der erste seiner Art seit 1895. Akuter Geldmangel, stetige Überbelastung und versäumte Sanierungsarbeiten machen Deutschlands Infrastruktur zur Todesfalle

„Es ist Fünf nach Zwölf!“

Dramatischer Verfall der deutschen Infrastruktur – Allen voran sind Brücken, Straßen und Gleise extrem marode

VON WOLFGANG KAUFMANN

Brückeneinstürze bei laufendem Betrieb und unabhängig von Hochwasserlagen oder Schiffskollisionen kamen in Deutschland seit dem Jahr 1895 nicht mehr vor – abgesehen vom Kollaps einer kleinen Fachwerkbrücke bei Wurgwitz in Sachsen am 4. November 1935 aufgrund von Überlastung. Insofern ist der teilweise Einsturz der Carolabrücke in der sächsischen Landeshauptstadt Dresden am frühen Morgen des 11. September regelrecht sensationell. Andererseits war ein solcher Vorfall angesichts des verheerenden Zustandes der deutschen Infrastruktur beinahe zu erwarten. Nicht umsonst sprechen Experten, wie der Baustatiker Martin Mertens von der Hochschule Bochum, mittlerweile ganz offen davon, dass es bereits „Fünf nach Zwölf“ sei.

In der Bundesrepublik stehen etwa 137.000 Brücken. Knapp 44.000 davon befinden sich im Zuständigkeitsbereich des Bundes. Für den Rest sind die Kommunen oder die Deutsche Bahn verantwortlich. Von diesen Brücken gelten 22.000 als tickende Zeitbomben, weil sie dringend sanierungsbedürftig sind. So wie beispielsweise die 935 Meter lange Moseltalbrücke bei Winnigen im Zuge der Bundesautobahn 61. Diese darf seit dem 22. Dezember 2022 aufgrund von Rissen in den Schweißnähten ihrer Stahlhohlkästen nur noch mit maximal 60 Stundenkilometern befahren werden.

Damit droht eine Entwicklung wie im Falle der 453 Meter langen Talbrücke Rahmede zwischen den Anschlussstellen Lüdenscheid-Nord und Lüdenscheid der Bundesautobahn 45. Das Bauwerk musste am 2. Dezember 2021 wegen Schäden an den tragenden Elementen dauerhaft gesperrt und später abgerissen werden. Seither rollen täglich 6000 Lkw und 14.000 Pkw zusätzlich durch Lüdenscheid. Der mit der Umleitung verursachte volkswirt-

schaftliche Schaden liegt bei etwa einer Million Euro pro Tag.

Schäden durch Regenwasser

Die deutsche Brückenmisere hat Gründe. Da wäre zum Einen die chronische Überlastung aufgrund der Verdreifachung des Güterverkehrs in den letzten Jahrzehnten, denn ein Lkw beansprucht eine Brücke genauso stark wie 100.000 Pkw. Weiter sind die vielen Spann- und Stahlbetonbrücken, die zwischen 1960 und 1990 gebaut wurden, nicht verschleißresistent. Das größte Problem stellen dabei die Chloride im Streusalz sowie die Schadstoffe im Regenwasser dar. Diese verursa-

chen Löcher im Beton, die es zeitnah auszufüllen gilt, was aber oft nicht geschieht, woraus dann Folgeschäden an den tiefer liegenden Armierungsstählen resultieren wie im Falle der Dresdner Carolabrücke.

Zusammen mit der zusätzlichen Materialermüdung aufgrund des gestiegenen Verkehrsaufkommens verkürzt sich die Lebensdauer der Bauwerke um rund 20 Jahre. Letztendlich sind viele der Brücken einfach generell zu alt und hätten längst durch Neubauten ersetzt werden müssen. Das aber erfordert immense Investitionen. Bislang lagen die Ausgaben für den Erhalt der 28.000 Autobahnbrücken im Durchschnitt bei 2,5 Milliarden Euro pro

Jahr, ohne dass sich die Situation gebessert hätte. Daher wirkt es wie der Tropfen auf den heißen Stein, wenn der Bundesminister für Digitales und Verkehr, Volker Wissing (FDP), bis 2030 eine weitere Milliarde Euro zur Verfügung stellen will, um den Brückenverfall zu stoppen.

50 Prozent der Autobahnen kaputt

Der Mangel an Geld für den Erhalt der Brückenbauwerke ist nicht zuletzt eine Folge der extremen Migrationskosten. Der „Finanzplan des Bundes 2024 bis 2028“ beziffert die Belastungen für den Bundeshaushalt durch angebliche Flüchtlinge auf fast 96 Milliarden Euro. Dazu

kommen die entsprechenden Ausgaben der Länder und Kommunen, die allein 2023 bei fast 20 Milliarden lagen.

Aufgrund dessen sind nur wenig Mittel für die Sanierung der Straßen- und Schienenwege außerhalb der Brückenbereiche verfügbar, obwohl sich diese im gleichermaßen maroden Zustand befinden. So zeichnet ein an die Presse durchgestochener vertraulicher Bericht an den Aufsichtsrat der Deutschen Bahn AG von Anfang 2023 ein zutiefst schockierendes Bild von dem mehr als 33.000 Kilometer umfassenden Schienennetz der Bundesrepublik. Im Jahr 2022 wurden alle Tunnel, Gleise, Oberleitungen, Bahnübergänge und Stellwerke mit Noten von Eins bis Fünf bewertet. Dabei stand eine Vier für „wesentliche Beeinträchtigungen“ und eine Fünf für „mangelhaft“. Im letzteren Falle drohen dann schwere Störungen des Bahnbetriebs. Dem Bericht zufolge erhielt ein Viertel der Weichen die Noten Vier oder Fünf. Das gilt ebenso für mehr als ein Fünftel aller Oberleitungen. Und auch 23 Prozent der Gleise, 42 Prozent der Bahnübergänge und 48 Prozent aller Stellwerke bekamen nur eine Vier oder Fünf.

Ebenso prekär sind die Verhältnisse beim Straßennetz. Galten 2018 noch 5800 Kilometer Autobahn als sanierungsbedürftig, waren es 2022 schon über 7000 Kilometer. Dabei beträgt die Gesamtlänge aller Bundesautobahnen nur rund 13.000 Kilometer. Ähnlich sieht es bei den Bundesstraßen aus, die sich über 40.000 Kilometer erstrecken. Knapp 39 Prozent wurden vor elf Jahren mit miserablen Noten zwischen 3,5 und 5 bewertet, wobei die Skala bei 5 endete. Und dann wären da noch die 714.000 Kilometer Straße in kommunaler Trägerschaft. Auch hier befindet sich ein Drittel in schlechtem bis sehr schlechtem Zustand, was allein bis 2030 Investitionen in Höhe von 283 Milliarden Euro nötig macht. Woher dieses Geld kommen soll, steht komplett in den Sternen.



So etwas gab es in Deutschland seit über 100 Jahren nicht: ein Brückeneinsturz im öffentlichen Verkehrsnetz. Die komplette deutsche Infrastruktur ist marode, aber wegen Geldmangel wird kaum saniert
Foto: imago/Andreas Weihs

ANALYSE

„Dresdens 9/11“ war kein Anschlag, sondern grünes Politversagen

Trotz Warnung durch die Freien Wähler weigerte sich der grüne Baubürgermeister, aktiv zu werden

In der sächsischen Landeshauptstadt Dresden gibt es sieben Elbbrücken. Die wichtigste davon war die Carolabrücke, bis am 11. September um 2.59 Uhr morgens der westliche Brückenabschnitt C mit zwei Straßenbahngleisen und einem gemeinsamen Geh- und Radweg auf einer Länge von rund einhundert Metern in die Elbe stürzte, was zur Vollspernung der wichtigen Flussüberquerung führte.

Nur 18 Minuten vor dem Einsturz fuhr noch die letzte Straßenbahn über die besagte Brücke. Allein diese Tatsache macht deutlich, wie dicht Dresden an einer furchtbaren Tragödie vorbeigeschrammt ist. Wenn man zudem bedenkt, dass ohnehin zuvor mehr als 30.000 Kraftfahrzeuge und rund 300 Straßenbahnzüge pro Tag über die Brücke rollten, grenzt es beinahe an ein Wunder, dass der Vorfall weder Tote noch Verletzte forderte.

Freie Wähler warnten

Angesichts des symbolträchtigen Datums wurde im Internet sofort über einen islamistischen Anschlag spekuliert. Tatsäch-

lich resultierte der Einsturz aber höchstwahrscheinlich aus einer viel banaleren Ursache: Wie bei anderen Brücken auch dürfte das lange Zeit verwendete Chlorid im Streusalz Gift für die immerhin schon 53 Jahre alte Stahlbetonkonstruktion gewesen sein.

Und das hätten die Verantwortlichen rund um den grünen Baubürgermeister Stephan Kühn durchaus noch rechtzeitig erkennen können, wenn der Stadtrat dem Antrag der Freien Wähler/Freien Bürger vom September 2023 gefolgt wäre, „unverzüglich, spätestens bis zum 30. August 2024, einen Bericht über den Zustand aller Brückenbauwerke auf dem Stadtgebiet der Landeshauptstadt“ erstellen zu lassen. Diese Initiative resultierte unter anderem aus dem Umstand, dass der Abschnitt C der Carolabrücke bei der letzten Hauptprüfung im Jahre 2021 nur die Note 3,0 bis 3,4 (nicht ausreichend) erhielt.

Über den Antrag wurde allerdings erst am 17. Juni 2024 entschieden, wobei die linksgrüne Mehrheit im Dresdner Rathaus dagegen stimmte – zudem auch noch tat-

kräftig unterstützt vom Oberbürgermeister Dirk Hilbert (FDP).

Es galt leider einmal wieder: Ideologie und Parteiinteresse vor Sicherheit und Gemeinwohl. Getreu dem Motto: Was

„Jedes Orchideen-Thema ist den Grünen wichtiger als der Zustand der Grundlagen unserer Gesellschaft!“

Holger Zastrow
Dresdner Kommunalpolitiker, der aus der FDP ausgetreten ist

nicht von Grün kommt, wird auch von Grün nicht unterstützt – und sei es noch so sinnvoll und wichtig. Das Resultat dieser Politik und dessen fatales Ausmaß wird nun am Dresdner Elbufer sichtbar.

Schein statt sein

Anstatt den Zustand der gesamten Carolabrücke im Auge zu behalten, ergingen sich die Stadtoberen lieber in Selbsttölpelerei für die vier Millionen Euro teure Sanierung des mittleren Brückenabschnitts B, welche im Juni beendet war. Damals sagte Kühn: „Wir haben die Brücke auf den Stand der Zeit gebracht und zugleich den Charakter des Bauwerks gewahrt. Das ist für mich Baukultur.“

Darüber hinaus startete der als Baubürgermeister fungierende ressortfremde Diplom-Soziologe nur neun Tage vor dem Kollaps einen äußerst umstrittenen Verkehrsversuch, in dessen Rahmen eine der vier Auto-Spuren zum Radweg gemacht wurde, was zur einseitigen Belastung der Brücke und damit möglicherweise zu fatalen Spannungen führte.

Insofern hat der aus der FDP ausgetretene Dresdner Kommunalpolitiker Holger Zastrow vollkommen recht, wenn er den Einsturz der Brücke als Folge „absoluten Staatsversagens“ bezeichnet und obendrein moniert: „Jedes Orchideen-Thema ist wichtiger als der Zustand der Grundlagen unserer Gesellschaft.“

Finanziell am absoluten Limit

Allerdings war auch ein akuter Geldmangel für das Einsturzdrama verantwortlich und dafür, dass die Sanierung der Brücke nur zu einem geringen Teil erfolgte. Denn immerhin muss Dresden immer höhere Summen für den Unterhalt von Asylsuchern aufbringen, was die Landeshauptstadt mehr und mehr an den Rand der finanziellen Belastungsgrenze bringt.

Der aktuelle Mehrbedarf, den die Kommune weder vom Bund noch vom Freistaat Sachsen erstattet bekommt, dürfte in diesem Jahr bei fast 47 Millionen Euro liegen. Geld, dass aber ebenso dringend für die Stadt und nötige Sanierungsarbeiten benötigt werden würde. W.K.

„Was hat die Ukraine damit erreicht?“

Über den jüngsten ukrainischen Vorstoß im Raum Kursk, die fehlende westliche Strategie für eine Beendigung des Konfliktes und die noch immer nicht gebannte Gefahr einer Eskalation des Krieges hin zu einem größeren Flächenbrand

IM GESPRÄCH MIT HARALD KUJAT

In den vergangenen Wochen gab es rund um den Ukrainekrieg verschiedene gravierende Ereignisse. Zum einen startete die Ukraine einen Vorstoß auf russisches Gebiet im Raum Kursk, zum anderen drangen die Russen im Donbass vor. Parallel dazu gab es eine umfangreiche Regierungsumbildung in Kiew. Zudem berief NATO-Generalsekretär Stoltenberg eine Sondersitzung des NATO-Ukraine-Rats ein, und in Ramstein kam die aus rund 50 Staaten bestehende Ukraine-Kontaktgruppe zusammen, wozu auch der Kiewer Präsident Selenskyj anreiste. Zeit also für eine kompetente Analyse des Geschehens.

Herr Kujat, wie bewerten Sie die jüngsten Ereignisse und Entwicklungen rund um den Ukrainekrieg?

Die Entwicklungen sprechen dafür, dass die Lage der Ukraine immer kritischer wird. Der Vorstoß in Richtung Kursk war durchaus ein politischer Coup. Die Ukrainer haben eine Schwachstelle der Russen entdeckt und ihre Chance mit einem beachtlichen Erfolg ergriffen. Aber letzten Endes stellt sich die Frage, was sie damit erreicht haben. Hat, wie es zunächst von westlichen Medien und Politikern behauptet wurde, dieser Vorstoß den Kriegsverlauf wirklich zugunsten der Ukraine verändert – oder ist er eher ein Vabanquespiel, das dem Land am Ende teuer zu stehen kommt?

Die Wahrscheinlichkeit ist groß, dass Letzteres der Fall ist. Die Ukraine ist mit ihrem Vorstoß ein hohes Risiko eingegangenen, weil sie dafür leistungsfähige Kampftruppen von ihrer unter starkem russischen Druck stehenden Verteidigungsfront im Osten des Landes abziehen musste. Dadurch wurde ihre Verteidigung des eigenen Territoriums geschwächt – und zusätzlich muss sie ihre eroberte Position im Raum Kursk halten.

Angesichts der russischen Lufthoheit und der damit verbundenen Möglichkeiten, Bewegungen des Gegners aufzuklären, wurde spekuliert, ob die Russen den Ukrainern bewusst das Feld überlassen haben könnten, um ihnen damit eine Falle zu stellen. Was halten Sie davon?

Die ukrainischen Vorbereitungen – das Herausziehen von Verbänden aus mehreren Brigaden, die Zusammenstellung eines neuen Kampfverbandes in einem Verfügungsraum nahe der russischen Grenze – können ihnen nicht verborgen geblieben sein. Dennoch glaube ich nicht, dass die Russen eine Falle gestellt haben. Der ukrainische Einbruch gelang nur, weil die russische Grenze in diesem Abschnitt nur mit kurz ausgebildeten und leicht bewaffneten Wehrpflichtigen ohne Kampferfahrung gesichert wurde. Interessant finde ich, dass die Ukrainer über ausgezeichnete Lageinformationen verfügten, die es ihnen erlaubten, den Vorstoß fächerförmig auszuweiten und schnell Verstärkungen nachzuführen.

Die russischen Streitkräfte haben sich anfangs nur darauf beschränkt, die Lage zu stabilisieren. Sie haben jetzt begonnen, die eingedrungenen Kräfte systematisch abzunutzen, um sie zum Rückzug zu zwingen. Diese Strategie haben die Russen bereits in Bachmut und Awdijiwka erfolgreich angewendet.

Das heißt, die Kursk-Operation stellt durchaus eine Blamage für die Russen dar, bedeutet jedoch keine strategische Lageverbesserung für die Ukraine?

So ist es. Die Ukrainer haben zwar einen politischen Erfolg erzielt, aber kein strategisches Ziel erreicht, etwa das Kernkraftwerk von Kursk erobert. Und ein Abzug russischer Kampftruppen aus dem Donbass, der zu einer Entlastung der dortigen ukrainischen Verteidigung führen würde, ist auch nicht erfolgt.



Erfolg oder Vabanquespiel? Ukrainische Soldaten während des Vorstoßes auf russischem Gebiet im Raum Kursk

Im Gegenteil, die Lage dort wird mit jedem Tag schwieriger.

Offenbar ist die strategische Priorität Russlands nach wie vor, kontinuierlich jene vier Verwaltungsgebiete zu erobern, die Präsident Putin im September 2022 annektiert hat. Der aktuelle Schwerpunkt ist die Stadt Pokrowsk in der Oblast Donezk. Diese ist ein wichtiger Knotenpunkt verschiedener Verkehrswege, der von den ukrainischen Verteidigern als logistische Drehscheibe für die Versorgung der eigenen Linien mit Nachschub genutzt wird. Der sich abzeichnende Verlust hätte gravierende Auswirkung auf die Verteidigung, und für die Russen würde sich ein Weg in Richtung der ehemaligen Verwaltungsgrenze von Donezk öffnen.

Napoleons „Grande Armée“ ist 1812 mit rund 450.000 Mann bis Moskau gekommen – und musste dennoch abziehen. Die Wehrmacht ist 1941 sogar mit einem Millionenheer in die Sowjetunion einmarschiert und damit bis nach Leningrad, Moskau und Stalingrad vorgedrungen – und musste ebenfalls abziehen. Was sagt vor diesem Hintergrund der Jubel vermeintlicher Experten über das Eindringen von ein paar tausend ukrainischen Kämpfern nach Russland über deren Kompetenz aus?

Er zeigt, dass die Wortmeldungen vieler, vor allem deutscher Kommentatoren von Wunschen geprägt sind und nicht von einer unvoreingenommenen Lagebeurteilung.

Daneben wird wieder einmal deutlich, dass wir für die Beendigung dieses Konflikts keine Strategie haben. Es gibt lediglich Beschwörungen, dass die Ukraine den Krieg gewinnen muss und Russland ihn nicht gewinnen darf – jedoch keinerlei Aussagen dazu, was das bedeutet und wie es erreicht werden soll. Seit Ausbruch des Krieges hat der Westen Wirtschaftssanktionen gegen Russland verhängt, die ukrainischen Streitkräfte mit immer leistungsfähigeren Waffen und wichtigen Aufklärungsinformationen beliefert sowie den Staatshaushalt mit zig Milliarden subventioniert. Trotzdem ist die Situation für die Ukraine kontinuierlich schlechter geworden.

Ist es wirklich so schwierig zu verstehen, dass dem Land bei Fortsetzung dieses Weges eine katastrophale militärische Niederlage droht? Spätestens jetzt sollte die Lage schonungslos analysiert und die für die Ukraine verheerende Entwicklung durch einen Waffenstillstand und eine Verhandlungslösung verhindert werden. Den Preis für das westliche Nichthandeln zahlen die Ukrainer, deren Blutzoll – ohne realistische Aussicht, die besetzten

beziehungsweise annektierten Territorien zurückzugewinnen – täglich höher wird.

Immerhin war in jüngsten westlichen Wortmeldungen die Bereitschaft zu Verhandlungen zu vernehmen. Kanzler Scholz äußerte vor einigen Tagen sogar die Möglichkeit eines Friedensgipfels mit dem russischen Präsidenten Putin.

Der Bundeskanzler sagte nach einem Vier-Augen-Gespräch mit Präsident Selenskyj: „Ich glaube, das ist jetzt der Moment, in dem man auch darüber diskutieren muss, wie wir aus dieser Kriegssituation doch zügiger zu einem Frieden kommen als das gegenwärtig den Eindruck macht.“ Damit lässt er erkennen, dass Selenskyj ihn über den Ernst der Lage informiert hat und nach einem Weg aus dem militärischen Dilemma sucht. Allerdings setzt der Bundeskanzler darauf, der sogenannte Selenskyj-Friedensplan könnte Erfolg haben, wenn Russland zu der nächsten Gipfelkonferenz eingeladen wird. Wer sich näher mit diesem Plan beschäftigt, wird jedoch feststellen, dass es eine Sackgasse ist, was bereits die letzte Konferenz in der Schweiz gezeigt hat.

Selenskyj plant offenbar, aus Anlass der UN-Generalversammlung in die USA zu reisen, um mit US-Präsident Biden seinen „Siegesplan“ zu besprechen. Bislang gibt es nur die vage Andeutung, dass er versuchen will, durch diplomatische und wirtschaftliche Mittel den Krieg mit Russland zu beenden und der Ukraine einen Platz in der „Sicherheitsinfrastruktur der Welt“ zu sichern.

Parallel dazu verfolgt Selenskyj nach wie vor eine militärische Lösung. Ein entscheidendes Element dieser Strategie ist die Lieferung und Freigabe westlicher Langstreckenwaffen für Angriffe auf strategische Ziele in der Tiefe Russlands. Zusammen mit westlichen Garantien für eine weitere Unterstützung hofft die ukrainische Führung offenbar, doch noch einen militärischen Sieg zu erringen.

Die Freigabe weitreichender westlicher Systeme für Einsätze gegen Ziele auf russischem Territorium ist jedoch innerhalb der NATO nach wie vor umstritten.

Ja. Der britische Premierminister Keir Starmer hat diese Frage zu seinem Hauptanliegen bei seinem Antrittsbesuch am 13. September in Washington gemacht. Großbritannien ist dazu bereit, Frankreich unter bestimmten Auflagen. Starmer wollte jedoch ausdrücklich Bidens Zustimmung einholen, um eine gemeinsame Strategie der USA, Großbritanniens und Frankreichs in dieser Frage zu schmieden. Präsident Biden war dazu wie bis-

„Ist es wirklich so schwierig zu verstehen, dass dem Land bei Fortsetzung dieses Weges eine katastrophale militärische Niederlage droht?“

her nicht bereit, um, wie er mehrfach sagte, einen „dritten Weltkrieg zu vermeiden“.

In der Tat könnten erneute Angriffe mit leistungsfähigen westlichen Systemen auf das nuklearstrategische Frühwarnsystem oder Flugplätze der strategischen Bomberkräfte – mit Drohnen hat die Ukraine derartige Angriffe bereits durchgeführt – zu einer Eskalation des Krieges auf die Ebene der beiden nuklearen Supermächte führen und damit die Natur des Krieges grundsätzlich verändern. Biden will dieses Risiko offenbar auch in Zukunft vermeiden. Deshalb erbrachte sein Gespräch mit Starmer kein Einvernehmen, und der britische Premierminister erklärte danach lapidar: „Wir hatten eine umfassende Diskussion über Strategie.“

Genau das ist des Pudels Kern: Es geht nicht um eine *völkerrechtliche*, sondern eine entscheidende *strategische* Frage. Denn völkerrechtlich ist ein Angriff auf das Gebiet eines Angreifers selbstverständlich erlaubt. Die Ukraine ist jedoch für die Einsatz- und Zielpaltung von Angriffen auf strategische Ziele im russischen Hinterland völlig auf die Unterstützung durch westliche Spezialisten angewiesen. Sollten die USA diese leisten, würden sie einen großen Schritt in Richtung einer direkten Kriegsbeteiligung unternehmen. Die amerikanische Regierung fürchtet offenbar, dass Russland dann reziprok vorgehen und beispielsweise den Iran in die Lage versetzen könnte, amerikanische Stützpunkte und militärische Kräfte im Mittleren Osten anzugreifen.

Ob die amerikanische Entscheidung Bestand hat, wenn sich die Lage der Ukraine weiter verschlechtert, ist nicht sicher. Zwar wären die von F-16 Kampfflugzeugen einsatzbaren Luft-Boden-Abstandsraketen (JASSMs) geeignet, russische Ziele in 360 Kilometern Reichweite zu bekämpfen, ohne dass die Flugzeuge den ukrainischen Luftraum verlassen. Jedoch zeigt eine rationale strategische Bewertung der Zweck-Mittel-Relation, dass der Einsatz weitreichender westlicher Waffen weder geeignet ist, die Bedrohung durch russische Gleitbombenangriffe abzuwenden noch eine Änderung der strategischen Lage zugunsten der Ukraine herbeizuführen. Russland hat die Einsatzflugzeuge für Gleitbomben außerhalb der Reichweite der britischen und französischen Marschflugkörper und der amerikanischen ATACMS-Raketen nach Osten stationiert, und die Offensivfähigkeit der russischen Streitkräfte würde nicht grundsätzlich beeinträchtigt.

Ist der Eindruck korrekt, dass die USA in letzter Zeit die Unterstützung der Ukraine stärker auf die Europäer verlagern?

Das ist richtig. Zum Beispiel durch die Schaffung der NATO-Koordinierungsstelle in Wiesbaden für die militärische Unterstützung der Ukraine. Zudem haben Deutschland und andere europäische Staaten auf Veranlassung der USA bilaterale Sicherheitsvereinbarungen mit der Ukraine geschlossen.

Von besonderer Bedeutung ist die Entscheidung der USA, Mittelstreckenwaffen in Deutschland zu stationieren, wodurch Deutschland wie kein anderes europäisches Land zum Vorfeld der amerikanischen Russland-Strategie wird.

Jeder, der unvoreingenommen auf die Geschichte blickt, weiß, dass Kriege nur politisch gelöst werden können. Halten Sie eine solche Lösung derzeit für eher oder für weniger wahrscheinlich?

Aus meiner Sicht hängt viel vom Ausgang der US-Präsidentenwahl am 5. November ab. Dann werden wir sehen, ob der wichtigste Unterstützer der Ukraine künftig von einer Administration geführt wird, von der eine Fortsetzung des bisherigen Kurses zu erwarten ist oder von einem Mann, der mehrfach erklärt hat, er beabsichtige nach seiner Wahl, den Krieg sofort zu beenden.

FOTO: PICTURE ALLIANCE/DPA/JAMES SPRANKLE

Zur Person

● **General a. D. Harald Kujat** war von 2000 bis 2002 Generalinspekteur der Bundeswehr und von 2002 bis 2005 Vorsitzender des NATO-Militärausschusses.

● MELDUNGEN

Kriminalität hat sich verdoppelt

Wiesbaden – Der Schaden durch Organisierte Kriminalität ist in Deutschland laut Bundeskriminalamt (BKA) im Jahr 2023 auf einen Rekordwert gestiegen. Wie aus einem Lagebild des BKA hervorgeht, stieg die Schadensumme auf 2,7 Milliarden Euro. Im Vergleich zum Jahr 2022 hat sich die Summe damit mehr als verdoppelt. Mit 1,7 Milliarden Euro machten Schäden im Bereich Cyberkriminalität fast zwei Drittel der Gesamtsumme aus. Das BKA geht in seinem Lagebild davon aus, dass die Schäden durch die Organisierte Kriminalität im vergangenen Jahr bei Eigentumsdelikten bei 79 Millionen Euro und im Bereich der Schleusungskriminalität bei 37 Millionen Euro lagen. Das BKA spricht von einem sehr hohen Bedrohungspotential durch Gewalt krimineller Banden. Die Gewalt reicht von verbalen Drohungen über Geiselnahmen, Vergewaltigungen und Körperverletzungsdelikten bis zu Folter und Tötungsverbrechen.

H.M.

Messerinzidenz auf Webseite

Frankfurt am Main – Eine neue Internetseite namens messerinzidenz.de informiert jetzt in Echtzeit über das Auftreten und die Verteilung von Straftaten unter Verwendung von Messern in den Regionen Deutschlands. Hinter diesem Projekt steht der Datenanalyst und Software-Entwickler Andy Ziegler aus Frankfurt am Main. Zwischen dem 1. August und 12. September verzeichnete die Seite bereits 639 Messerdelikte. Dabei geht Ziegler aber von einer erheblichen Dunkelziffer aus. Bekanntlich werde keineswegs bei jedem Angriff die Polizei gerufen. Außerdem seien die Ordnungshüter auch nicht verpflichtet, die Vorfälle publik zu machen, zumal diese immer mehr zur Normalität würden. Zudem kann Ziegler derzeit nur die Presseportale von sechs Landespolizeien auswerten. Aus all diesen Gründen schätzt er, dass die Zahl der tatsächlichen Straftaten mit Messereinsatz rund zehn Mal höher liegt als auf messerinzidenz.de angezeigt. W.K.

Kita-System vor Kollaps

Berlin – Mehr als 300 Wissenschaftler um Rahel Dreyer, Professorin für Pädagogik und Entwicklungspsychologie an der staatlichen Alice-Salomon-Hochschule Berlin, haben einen Brief an die Bundesregierung geschickt, in dem sie die Zustände in den deutschen Kindertagesstätten anprangern: Es fehle an Geld, Personal und Platz. Dem folgt die Warnung: „Die Folgen für Kinder, Eltern, Fachkräfte und die gesamte Gesellschaft sind jetzt schon durch eine Zunahme psychischer Auffälligkeiten sowie eine wachsende Bildungslücke – insbesondere bei von Armut betroffenen oder bedrohten Kindern – fast irreparabel.“ Zur Bewältigung der Misere und Abwendung des „drohenden Zusammenbruchs des Systems“ fordern die Experten dringend „eine kontinuierliche finanzielle Förderung des Bundes und einheitliche Qualitätsstandards“, obwohl das Kabinett gerade das dritte „Kita-Qualitätsgesetz“ verabschiedet hat. W.K.



FOTO: PICTURE ALLIANCE/DPA | SEBASTIAN KAHNERT

Polizisten kontrollieren auf dem Rastplatz „Am Heideholz“ nahe der deutsch-tschechischen Grenze einen Pkw

ASYLPROBLEMATIK

Die neue Zeit der Schlagbäume

Das Zurück zu echten Grenzkontrollen lenkt den Blick auf das fragile EU-System

VON SVERRE GUTSCHMIDT

Die Union und die regierende Ampel reden aktuell sehr viel über Asyl und Grenzkontrollen. Die Regierungsparteien, allen voran die Grünen, lehnen jedoch Zurückweisungen an der deutschen Grenze weiterhin ab. Wenn ein Einreisender „Asyl“ sagt, bleibt seit Montag daher alles beim Alten. Daran haben auch die von Innenministerin Nancy Faeser angeordneten Kontrollen an allen deutschen Bundesgrenzen nichts geändert. Angemeldet hat sie diese bei der EU für sechs Monate – wenngleich zwei Jahre nach gültigem EU-Recht möglich wären.

Anders als im jüngsten CDU-Vorschlag einer dreimonatigen Kontrolle mit Zurückweisungen wird nur stichprobenartig kontrolliert. Nur strafrechtlich Gesuchte bleiben außen vor. Das Gros der Zuwanderer wird also auch weiter einreisen – und somit in Deutschland bleiben. Da echte Zugangskontrollen zum Rechtsraum der EU-Länder nicht zu erwarten

sind, können Deutschlands Nachbarn gleichsam aufatmen. Doch die Grundsatzfrage steht im Raum: Ist die Umverteilung endgültig gescheitert, und kommen daher wieder nationale Kontrollen an allen EU-Binnengrenzen?

Kein Willen zur Rücknahme

Polen nannte mögliche deutsche Kontrollen noch während der Gespräche „inakzeptabel“, so Regierungschef Donald Tusk. Besser solle sich seiner Ansicht nach Deutschland stärker im Schutz der EU-Außengrenzen – also auch der polnischen Grenze zu Weißrussland – engagieren. Tusk drohte sogar mit „Konsultationen“ in der EU. Andere, von Deutschlands angedachten Grenzkontrollen betroffene Staaten, sollten sich absprechen, so Tusk.

Die Schweiz lässt ihre Polizisten alle Asylsucher bisher gleich direkt nach Deutschland durchwinken. So jedenfalls sind die Erfahrungen deutscher Ordnungskräfte. Auch wenn Deutschland von sogenannten „Drittstaaten“ umzingelt ist, in denen nach EU-Recht zuerst Asyl zu

beantragen wäre, gelangen diese Menschen nach Deutschland und halten hier Sozialsystem und Behörden in Atem.

Nationale deutsche Grenzkontrollen könnten somit den für die EU fast seligen Zustand beenden. Doch Gegenkontrollen sind keine Lösung, selbst wenn das Schengen-Abkommen der EU befristete Freiräume bietet. Schon heute lässt sich nicht begründen, warum Zuwanderer, die zum Beispiel in Frankreich Asyl hätten beantragen sollen, nicht von Deutschland wieder dorthin rücküberstellt werden dürfen.

Ausnahmen als Regel

Genau damit droht Österreich im Fall noch wirksamerer deutscher Kontrolle. Die Polizei des Alpenlandes solle einfach „keine Übernahmen von an der deutschen Grenze Abgewiesenen durchführen“, lässt Wien verlautbaren. Die Niederlande hingegen äußern zwar Verständnis, wollen aber ebenso aus Deutschland Abgewiesene nicht wieder zurückhaben.

Bleiben künftig Menschen im Grenzraum hängen? Das ist zu befürchten. Denn

die politisch – insbesondere von Deutschland – oft beschworene gerechte Verteilung der Zuwanderer über Europa kommt gar nicht erst zustande. Bereits acht EU-Staaten führen Grenzkontrollen an ihren EU-Binnengrenzen durch. Der Schengener Grenzkodex von 2006 schreibt die erlaubten Ausnahmen für „Binnenkontrollen“ der EU-Nationen als „schwerwiegende Bedrohung ihrer öffentlichen Ordnung oder inneren Sicherheit“ fest. Das muss angemeldet, aber nicht von der EU genehmigt werden. Experten bestätigen, dass es bereits hunderte Ausnahmen gab. Bisherige Begründungen wie „Schmuggel“ oder „hoher Migrationsdruck“ werden künftig öfter in Brüssel zu hören sein, wenn EU-Staaten den Zugang zu ihren Territorien wieder regelmäßig überwachen. Einzelpersonen bleibt nur der Klageweg dagegen – bisher ohne Grundsatzurteil.

Bayern als eventuelles Vorbild

Ein Austritt aus dem Schengenraum stellt keine Lösung aus Sicht der Nachbarn dar, weil die Folgen für den Waren- und Dienstleistungsaustausch kaum kalkulierbar wären. Der Brexit zeigt es mit seither langen Zollverzögerungen. Überhaupt gelten bei Zollfragen auch bei EU-Binnenkontrollen weitergehende Befugnisse für die Nationen, weshalb sich hier neue Vorbilder auftun. Daraus ergeben sich logistische Probleme. Wohin mit den Waren? Wie die Wartezeiten durch digitale Technik und große Abfertigungsbereiche verkürzen? Technisch ist das möglich, braucht aber Vorlauf, wie der Brexit zeigt. Schengen gar nicht anzugehören bleibt letzte Wahl – Zypern und Irland als reale Fälle haben eine innere Grenze zu Nordzypern und Nordirland, die das erfordert. Bayerns gesonderte Grenzpolizei, trotz Schengen 2018 wiedereingeführt und mit dem Festhalten gesuchter Straftäter im Grenzraum beschäftigt, könnte hier ein Vorbild werden.

Aber auch die unregistrierte Weiterleitung von Zuwanderern könnte als Ventil noch mehr Bedeutung erlangen. Italien und Griechenland halten sich so Zuwanderer mit Ziel Deutschland gleich ganz vom Leib. Denn wer diese Länder offiziell nicht durchquert, kann nicht aufgefordert werden, dort Asyl zu beantragen. Drohende Folge auch hier: Das eigentlich erklärte EU-Ziel, Zuwanderern ein rechtsstaatliches Verfahren zu garantieren, wird zur Farce. Menschen werden im Abschiebeping-Pong zwischen EU-Staaten oder in Grenzümräumen stranden, so wie schon am Ärmelkanal. Lager werden entstehen. In Österreich wird ein „Domino-Effekt“ befürchtet, sollten deutsche Kontrollen tatsächlich wirken, was einer Bestätigung gleichkäme, dass nationale Kontrollen eben doch sein müssen.

FINANZETAT

Entscheidet wieder Karlsruhe über den Haushalt?

Zwölf Milliarden großes Finanzloch – Die Ampel trickst sich erneut an den Rand der Verfassungswidrigkeit

Nein, eine Liebesbeziehung wird die noch regierende Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP in diesem Leben nicht mehr werden. Als FDP-Chef und Finanzminister Christian Lindner den Haushaltsentwurf 2025 präsentierte, da machte er sich nicht einmal die Mühe zu verbergen, dass er mit dem Werk alles andere als zufrieden ist. „Trotz aller Bemühungen“ sei noch eine sogenannte globale Minderausgabe von zwölf Milliarden Euro im Etatentwurf für 2025 eingeplant. Dies bedeutet, dass mehr Geld bei den Ausgaben eingeplant ist, als Berechnungen zufolge eingenommen werden wird.

Das Geld muss also eingespart werden, fragt sich nur, wo. Es ist kein Jahr her, da wurde der Regierung quasi die Geschäftsgrundlage entzogen. Im November 2023 erklärte das Bundesverfassungsge-

richt die milliardenschwere Umwidmung von Corona-Schulden für verfassungswidrig. Das „lustige Umbuchen“, von dem alle drei Ampel-Parteien gern Gebrauch machten, hatte ein Ende. Seitdem wird um jeden Cent gerungen.

SPD und Grüne hätten kein Problem, mehr Schulden zu machen. Die FDP und allen voran Lindner sperren sich dagegen. Wohlwissend, dass man ansonsten auch die letzten Stammwähler verprellt. Dass der neue Etat auf Kante genäht ist, zeigt sich auf den ersten Blick. So geht man davon aus, dass die Ausgaben beim Bürgergeld sinken werden. Doch das ist keinesfalls ausgemacht. Lindner hat fürs Erste durchgesetzt, dass die Mittel für die „internationalen Hilfen“ gekürzt werden. Reaktion der Sozialdemokraten? „Das müssen wir uns noch einmal anschauen“,

kündigte der haushaltspolitische Sprecher Dennis Rohde ein. Bis Ende November muss eine Einigung erfolgt sein. Das gibt ausreichend Gelegenheit, um sich nach Herzenslust zu streiten.

Und die Union gießt eifrig Öl ins Feuer. Zwar sagt CDU-Chef Friedrich Merz, dass die Schuldenbremse Sinn mache. Aber aus den Reihen der schwarzen Landesfürsten sind andere Töne zu hören. Die SPD-Fraktion hat auf ihrer jüngsten Klausurtagung ebenfalls die Forderung aufgestellt, über die Bremse zu diskutieren. Eine Provokation Richtung FDP? „Natürlich nicht“, beeilt sich Rolf Mützenich, Chef der SPD-Fraktion, zu versichern. Es gibt nicht viele Menschen, die in der Lage sind, einen Haushalt zu lesen. Jene, die es von Berufs wegen tun müssen, sind skeptisch. Der Bundesrechnungshof

sieht sogar die Entscheidungsfreiheit der Parlamentarier gefährdet, da die globalen Minderausgaben zu hoch seien. Die Bundesbank hält den Rückgang der Bürgergeld-Bezieher für unrealistisch. Die Hoffnungen, dass Verteidigungsminister Boris Pistorius nicht sein ganzes Budget aufbraucht, dürften in unruhigen Zeiten eher vermessen sein. Die Union mahnt halb besorgt, halb schon im Wahlkampfmodus, die globale Minderausgabe sei so hoch, dass sich verfassungsrechtliche Bedenken ergeben könnten. „Die Regierung manövriert am Abgrund der Verfassungswidrigkeit“, sagte Vize-Fraktionsvorsitzender Mathias Middelberg. Die Union hat bereits ein Gutachten eines Verfassungsrechtlers präsentiert. Möglich, dass auch der kommende Haushalt von Karlsruhe entschieden wird. Christian Schreiber

KRIMINALITÄT

Berlin will Zeugenschutz stärken

Kriminelle Clan-Mitglieder gehen immer hemmungsloser vor, um Freisprüche zu erpressen

VON HERMANN MÜLLER

Angehörige kriminalitätsbelasteter Großclans geben sich vor Gericht mitunter sehr entspannt und unbeschwert, obwohl ihnen die Anklage schwerste Straftaten vorwirft. Dies liegt nicht immer nur an hoch bezahlten Anwälten, „Deals“ zwischen Angeklagten, Richtern und Staatsanwaltschaften oder der Hoffnung der Angeklagten auf „Kuscheljustiz“. Immer wieder sehen sich zudem die Opfer von Clan-Straftaten, Belastungszeugen oder Angehörige der Justiz auch bedroht und eingeschüchtert, um Freisprüche zu erreichen.

Für bundesweites Aufsehen sorgte 2022 ein Prozess in Düsseldorf, bei dem Angehörige eines kurdisch-libanesischen Clans vor Gericht standen. Ursprünglich hatte die Staatsanwaltschaft Punkte wie banden- und gewerbsmäßigen Betrug, Geldwäsche, Geiselnahme, erpresserischen Menschenraub, schweren Raub, gefährliche Körperverletzung, räuberische Erpressung, Zwangsarbeit, Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt und Steuerhinterziehung zur Anklage bringen wollen. Am Ende fiel ein erheblicher Teil dieser Punkte jedoch unter den Tisch.

Beim Zurückstecken der Staatsanwaltschaft spielte unter anderem eine Rolle, dass wichtige Zeugen „umgefallen“ waren. Bei der Befragung durch die Polizei hatten sie zunächst Aussagen gemacht, welche die Clanmitglieder belasteten. Vor Gericht wollten die Zeugen dann aber nicht mehr aussagen, oder sie beriefen sich auf Erinnerungslücken.

„Man hört Katastrophen“

Eine Mutter, die sich zu einem Vorfall nicht mehr als Zeugin im Prozess äußern wollte, gestand ganz offen ein: „Ich habe Angst vor denen, die hier im Gerichtssaal sind, man hört Katastrophen und schlimme Sachen.“ Ein anderer Zeuge, der laut einer Befragung durch die Polizei zunächst ausgesagt hatte, er sei zur Erpressung von Schutzgeld zusammengeschlagen worden, konnte sich im Zeugenstand plötzlich nicht mehr daran erinnern.

Staatsanwälte, die regelmäßig im Clan-Milieu ermitteln, berichten zudem über die Praxis, dass an Belastungszeugen



Will „Integrität der Justiz“ schützen: Berlins Justizsenatorin Felor Badenberger (CDU)

Foto: pa/dpa/Bernd von Jutrczenka

oder Opfer Schweigegeld gezahlt wird, um Verurteilungen oder sogar schon bloße Ermittlungen zu verhindern. Bereits 2010 hatte die verstorbene Berliner Jugendrichterin Kirstin Heisig in ihrem Buch „Das Ende der Gerechtigkeit“ vor der weiteren Ausbreitung der Clan-Kriminalität gewarnt und konsequente Gegenmaßnahmen gefordert.

Gut 14 Jahre später bringt Berlins Justizsenatorin Felor Badenberger nun eine Bundesratsinitiative auf den Weg, die Prozessbeteiligte vor Einschüchterungen durch Clans schützen soll. Ziel der Senatorin ist es, den Nötigungsparagrafen im Strafgesetzbuch zu ergänzen. Mit der Änderung will Badenberger ausdrücklich die Bedrohung von Prozess-Beteiligten wie Zeugen, Richtern und Staatsanwälten, aber auch die Einschüchterung von Dolmetschern und Gerichtsvollziehern unter Strafe stellen.

Die CDU-Politikerin erhofft sich von der Änderung ein klares Signal: „Wer versucht, die Integrität der Justiz zu unter-

graben, muss mit entsprechenden Strafen rechnen.“ Sie verwies bei der Vorstellung ihrer Initiative unter anderem auch auf eine gefährliche Entwicklung. Bei Einlasskontrollen an den Berliner Gerichten werden immer mehr Waffen und andere gefährliche Gegenstände entdeckt. Im Jahr 2022 förderten Einlasskontrollen 9600 gefährliche Gegenstände zutage, vergangenes Jahr wurden bei Kontrollen bereits 10.700 Versuche aufgedeckt, Gegenstände wie Springmesser, Dolche oder Elektroschocker in Gerichtsgebäude einzuschmuggeln.

Berliner Initiative im Bundesrat

Berlins Justizsenatorin sprach im Zusammenhang mit diesen Funden von Einschüchterungsversuchen, die nicht selten von der Organisierten Kriminalität kämen. „Es geht darum, Prozesse zu verschleppen, Zeugenaussagen und am Ende auch die Identifizierungen zu erschweren“, so Badenberger. Sie will bereits die versuchte Bedrohung von Prozessbetei-

ligten strafbar machen. Den bisher geltenden Strafraum bei Fällen von Nötigung – dieser geht von sechs Monaten bis zu fünf Jahren Haft – will die Senatorin allerdings nicht anheben. Badenberger, die bis April 2023 Vize-Präsidentin im Bundesamt für Verfassungsschutz war, machte deutlich, dass sie zur Identifizierung von Tätern auch auf Ermittlungsmaßnahmen wie die Überwachung von Kommunikation setzt: „Es geht darum, Netzwerke zu identifizieren und die handelnden Akteure festzustellen.“ Die Senatorin geht davon aus, im Bundesrat die Unterstützung anderer Länder zu erhalten.

Für die im Iran geborene Badenberger könnte diese Initiative möglicherweise das letzte größere Projekt als Berliner Senatorin sein: Bereits seit Wochen wird spekuliert, ob die Juristin wieder zurück zum Bundesamt für Verfassungsschutz nach Köln wechselt, um zum Jahreswechsel die Nachfolge des umstrittenen bisherigen Behördenchefs Thomas Haldenwang anzutreten.

SICHERHEIT

Feuerwehr etikettiert Ausnahmezustand um

Weil er viel zu häufig vorkommt, heißt er jetzt nur noch „Auslastungsstufe 3“

Erleidet ein Mensch einen Schlaganfall oder einen Herzinfarkt, dann zählt bei der medizinischen Versorgung jede Minute. In der deutschen Hauptstadt haben Senat und Feuerwehr vereinbart, dass zwischen Notruf und Eintreffen eines Rettungswagens beim Patienten maximal zehn Minuten vergehen sollen. Allerdings fällt es der Feuerwehr immer schwerer, diesen Anspruch tatsächlich auch zu erfüllen. Die Leitstelle der Feuerwehr ist bedenklich oft gezwungen, für den medizinischen Rettungsdienst einen Ausnahmezustand zu erklären.

Zu diesem Schritt greift die Feuerwehr, wenn ihre 125 Rettungswagen zu 80 Prozent ausgelastet sind. Ist der Status „Ausnahmezustand“ erreicht, zieht die Feuerwehr Personal aus anderen Bereichen und Rettungswagen aus der Brandbekämpfung ab und versetzt sie kurzfris-

tig zum Rettungsdienst, um dort die Lage wieder zu stabilisieren. Mittlerweile ist der Ausnahmezustand jedoch schon fast zum Alltag geworden. Nach Angaben von Berlins Landesbranddirektor Karsten Homrighausen wurde 2020 der Ausnahmezustand im Rettungsdienst 64 Mal verlängert, 2021 geschah dies bereits 178 Mal. 2022 und auch vergangenes Jahr musste fast jeden Tag, manchmal sogar zweimal am Tag, der Ausnahmezustand erklärt werden, weil zu wenige Rettungswagen verfügbar waren. Nach Informationen der „Berliner Zeitung“ war diese Notmaßnahme auch in der ersten Septemberwoche fast an jedem Tag notwendig.

Als einen Grund der prekären Lage nannte der Chef von Deutschlands größter kommunaler Feuerwehr im vergangenen Jahr unter anderem steigende Einsatzzahlen. Berichtet wird aber immer

wieder auch über Personalausfälle durch Krankheit und steigende Zahlen von Fehlalarmen. Angriffe auf Rettungssanitäter und Sprachschwierigkeiten mit nicht-deutschsprechenden Patienten erschweren die Arbeit zusätzlich. Obendrein sind viele Einsatzfahrzeuge der Feuerwehr überaltert, und Reservefahrzeuge sind kaum vorhanden. Zunehmend werden Einsatzfahrzeuge von Polizei und Feuerwehr auch durch Verkehrspoller behindert, die von Berliner Bezirken zum Ausperren von Durchgangsverkehr aus Wohnvierteln aufgestellt werden.

Senat lässt sich Zeit

Die Zustände im Rettungsdienst sind seit Jahren bekannt. Der Berliner Senat hat sich mit Gegenmaßnahmen dennoch viel Zeit gelassen. Das Abgeordnetenhaus hat sich erst im Frühjahr dieses Jahres auf ei-

ne Reform des Rettungsdienstgesetzes geeinigt. Und die Feuerwehr hat erst vor Kurzem ein neues Konzept für den Rettungsdienst beschlossen. Um Engpässe zu vermeiden, soll die Einsatzleitung früher als bisher reagieren, wenn sich die Lage zuspitzt.

Dazu will die Feuerwehr künftig mit drei „Auslastungsstufen“ arbeiten. In Stufe 1 will die Leitstelle bereits mit Maßnahmen reagieren, wenn von den 125 Rettungswagen nur noch rund 40 gleichzeitig frei sind. In dieser Stufe will die Feuerwehr Krankenhausverlegungen auf Patienten beschränken, die vital bedroht sind. Bei Stufe 2 sollen Fahrzeuge auch mit weniger hoch qualifizierten Rettungssanitätern besetzt werden. Die neue Auslastungsstufe 3 entspricht dem früheren Status des Ausnahmezustandes.

H.M.

KOLUMNE

Politiker in Gefahr

VON VERA LENGSELD

Berlin ist bekanntlich ein gefährliches Pflaster. In einigen Stadtteilen ist es für Frauen nicht mehr ratsam, nachts allein auf der Straße zu gehen. Die stadtbekannte „Drogen-Linie“ der U-Bahn sollte man meiden, wenn man nicht die Absicht hat, sich mit Stoff zu versorgen. Kippa oder Kettchen mit Davidstern tragen nur noch unbedarfte Urlauber in der Öffentlichkeit. Die Polizei steht seit dem 7. Oktober letzten Jahres unter ständiger Attacke der pro-palästinensischen Antisemiten, die nicht nur die Straßen, sondern auch die Hörsäle beherrschen. Nun scheinen auch Politiker in der Hauptstadt nicht mehr sicher zu sein. Als ersten traf es Kultursenator Joe Chialo.

Als er das Zentrum für Kunst und Urbanistik (ZK/U) an der Siemensstraße in Moabit wieder eröffnen wollte, wartete eine ungute Überraschung auf ihn. Vor dem Eingang warteten etwa 40 pro-palästinensische Demonstranten auf ihn. Einige trugen Palästina-Flaggen und andere die Kufiya, das traditionellen Kopf- und Halstuch der Palästinenser.

Sie schrien „From the river to the sea“, „There is only one solution, Intifada revolution“ und beschimpften Chialo als Rassisten. Jemand warf einen Mikrofonständer, der den Senator verfehlte, aber eine Frau traf. Chialo musste von Polizeikräften geschützt werden.

Kaum war das überstanden, geriet der Präsident der deutsch-israelischen Gesellschaft und ehemalige Bundestagsabgeordneter der Grünen, Volker Beck, ins Visier derselben Personen. Schon vor Becks Vortrag auf der Sommerakademie des Zentrums für Antisemitismusforschung der TU Berlin wurde eine Demonstration angekündigt. Ein „studentisches Kollektiv NotInOurNameTU“ teilte mit, dass in Gaza ein Völkermord geschehe und warf dem „Rassisten“ Beck vor, das militärische Vorgehen Israels zu unterstützen. Neuer Berliner Alltag.

MELDUNG

Kein Wasser ohne Tagebau

Berlin – Der geplante Ausstieg aus der Braunkohleförderung im Lausitzer Revier rund um Cottbus bis 2038 gefährdet die zukünftige Trinkwasserversorgung von Berlin. Deren neun Wasserwerke stellen täglich rund 546.000 Kubikmeter Trinkwasser zur Verfügung, welche aus Brunnen entlang der Spree und Havel stammen. Dies ist solange kein Problem, wie das aus den Braunkohletagebauen abgepumpte Grundwasser in die Spree fließt – im Durchschnitt wird der Fluss pro Sekunde mit sieben Kubikmetern Wasser gespeist. Nach der Einstellung des Braunkohlebergbaus könnte die Spree im Sommer dann aber bis zu 75 Prozent weniger Wasser führen. Daher hat die Berliner Senatsverwaltung nun den „Masterplan Wasser“ ins Leben gerufen, um nach Lösungen für die Zukunft zu suchen. Im Gespräch sind dabei die Speicherung von Regenwasser, eine bessere Reinigung des Abwassers sowie Fernleitungen zum Anzapfen der Elbe.

W.K.

● MELDUNGEN

Breslau feiert, – Polen grollt

Breslau – Die polnische Medienaufsicht (KRRiT) hat den öffentlich-rechtlichen Sender „Radio Wrocław“ für die Feier des Gründungsjubiläums der „Schlesischen Funkstunde“ scharf kritisiert. Der Sender hatte in einem gläsernen Studio auf dem früheren Breslauer Salzring in einem 24-Stunden-Programm den Beginn von Radioübertragungen in der Region gewürdigt. Anlass war die erstmalige Ausstrahlung der „Schlesischen Funkstunde“ am 26. Mai 1924. Laut Medienaufsicht hat sich der Sender mit der Feier des Gründungsjubiläums dem deutschen Einfluss in Polen gebeugt und Polens Rundfunk damit in Misskredit gebracht. Die Feierlichkeiten hätten suggeriert, dass „Radio Wrocław“ eine Fortsetzung des deutschen Radiosenders sei. Vier von fünf Mitgliedern des KRRiT-Rats forderten vom Radiosender, sich bei den Polen für die Feier des deutschen Jubiläums zu entschuldigen. *H.M.*

Sprach-Spitzel gegen Russisch

Iwano-Frankiwsk – Weil in der westukrainischen Stadt Iwano-Frankiwsk zu viel Russisch gesprochen werde, hat die Stadtverwaltung beschlossen, sogenannte Sprachinspektoren einzustellen, deren Aufgabe darin besteht, das quasi seit 2014 bestehende Verbot der russischen Sprache in der Öffentlichkeit durchzusetzen. Darüber informierte der Bürgermeister der Stadt, Ruslan Marzinkiw. „Sprachinspekteur“ kann jeder interessierte Bürger werden. Ein Sprachgesetz bestimmt, dass in allen Sphären des öffentlichen Lebens die ukrainische Sprache verwendet werden muss. Ein Verbot des Russischen existiert bereits in Kunst, Musik und Schauspiel sowie in Büchern und Filmen. An ukrainischen Schulen und Lehrereinrichtungen ist Unterricht auf Russisch verboten, die Schüler sollen sich auch in den Pausen auf Ukrainisch unterhalten. Im privaten Bereich ist die russische Sprache jedoch nach wie vor im Alltag der Menschen gegenwärtig. *MRK*

Streit mit Polen um Massaker

Warschau – Die ethnischen Säuberungen an Polen in der heutigen Westukraine in der Zeit von 1943 bis 1944 entwickeln sich zur Belastung bei den EU-Beitrittsverhandlungen der Ukraine. Der polnische Außenminister Radosław Sikorski erklärte gegenüber dem öffentlich-rechtlichen Fernsehsender „TVP Info“, es sei Polen, „das über den Abschluss der nächsten Kapitel der ukrainischen Verhandlungen mit der Europäischen Union entscheiden wird“. Auch Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz forderte die Ukraine auf, die polnischen Opfer angemessen zu berücksichtigen und ihrer zu gedenken, damit die historischen Streitigkeiten mit Polen beigelegt werden können. Die Zukunft Kiews in der EU hänge von Warschau ab, so Kosiniak-Kamysz. Beide polnischen Politiker reagierten damit auf den ukrainischen Außenminister Dmytro Kuleba, der die Haltung Kiews bekräftigt hatte, eine Exhumierung der Opfer nicht zuzulassen. *H.M.*

FINNLAND

Moskau schielt auf die Åland-Inseln

Nach der Krim und der Ukraine hat Putins Expansionsdrang ein neues Ziel im Visier: 6757 Inseln

VON BODO BOST

Die Ostsee ist seit Jahren ein potentieller Krisenherd zwischen der Russischen Föderation und ihren westlichen Nachbarn. Das Meer, das nach dem Beitritt Finnlands und Schwedens zum transatlantischen Bündnis nahezu vollständig von NATO-Staaten umschlossen ist, dient der russischen Ostseeflotte, die von den strategisch wichtigen Häfen St. Petersburg und Königsberg aus operiert, als lebenswichtiges Tor zur Welt und als Route für den Schiffsverkehr mit einem Handelswert in Höhe von etwa 160 Milliarden US-Dollar pro Jahr.

Schwachstelle an der Nordfront

Da Präsident Wladimir Putin und seine Verbündeten mit Vergeltungsmaßnahmen gegen die jüngsten NATO-Mitglieder Schweden und Finnland drohen, die ihre jahrzehntelange offizielle Neutralität aufgegeben haben, entwickelt sich die Ostsee mehr und mehr zum neuen Spannungsbereich zwischen der NATO und Russland. Jeder künftige Konflikt dort – sei es ein hybrider oder ein konventioneller – könn-

te auf die Kontrolle über eine Handvoll leicht zu verteidigender Inseln hinauslaufen, die, wie einige Beobachter befürchten, eine eklatante Schwachstelle an der Nordfront der NATO darstellen.

Die finnischen Åland-Inseln und die schwedische Insel Gotland liegen in der Mitte der Ostsee, erstere fast in gleicher Entfernung zwischen den beiden Staaten, letztere gegenüber der Küste Lettlands im Osten, entlang der Seeroute von Königsberg nach St. Petersburg. Nach dem Anschluss der Krim durch Russland und dem Schüren von Aufständen in der Ostukraine hat Schweden 2016 wieder ständige Truppen auf Gotland stationiert und baut seitdem seine militärische Präsenz dort schrittweise aus.

Die Verstärkung von Inseln nach schwedischem Vorbild könnte Helsinki als Muster dienen, auch wenn sich die finnische Führung bisher zurückhaltend gezeigt hat. Eine Umfrage des Senders Yle aus dem Jahr 2022 ergab, dass 58 Prozent der Finnen eine Militärpräsenz auf der autonomen, 6757 Inseln umfassenden Inselgruppe befürworten würden. Die Sicherheitsbedenken rund um Åland bestehen schon seit Russlands Angriff auf die

Ukraine, aber haben das heikle Thema nun wiederbelebt.

Russlands Ostsee-Außenposten

Die vielen Inseln zwischen Schweden und Finnland, die vorwiegend von schwedischsprachigen Finnen – Schwedisch ist offizielle Amtssprache – bewohnt werden, waren von 1809 bis 1917, wie Finnland selbst, Teil des Zarenreichs. Davor hatten sie zur schwedischen Krone gehört. Allerdings gelang es französischen und britischen Marineeinheiten, die russischen Inseln 1856 während des damaligen Krimkrieges zu erobern. Beide Länder waren Verbündete des Osmanenreiches. Deshalb wurden die Inseln nach dem Friedensvertrag, der den Krimkrieg beendete, demilitarisiert, blieben aber bei Russland. In weiteren Verträgen wurde dieser Status bestätigt, zuletzt 1940 zwischen der Sowjetunion und der Republik Finnland. Über diesen Status wacht ein russisches Konsulat in der Provinzhauptstadt Mariehamn.

Auf diese Besonderheit der Insel scheint es die russische Propaganda jetzt abgesehen zu haben, was als Retourkutsche auf den finnischen NATO-Beitritt

gewertet wird. So wies der russische Fernsehmoderator Jewgenij Popow vom Sender Rossija 1 darauf hin, dass der Archipel russisch und nicht finnisch gewesen sei. Ungefähr auf die gleiche Weise

30.000

Einwohner haben die Åland-Inseln, unter denen aber so gut wie kein einziger Russe lebt

hatte man vor 2014 darauf hingewiesen, dass die Krim angeblich nie Teil der Ukraine war. Popow war nicht der einzige russische Medienmacher, der sich auf dieses Thema bezog. Bereits mehr als 2500 Mal wurden die Åland-Inseln dieses Jahr in den russischen Staatsmedien erwähnt, so eine finnische Erhebung.

Es wurde sogar behauptet, dass auf diesen Inseln mehr Russen als Finnen leben, wobei faktisch unter den rund 30.000 Einwohnern der Inseln fast kein einziger Russe weilt. Auch von der Krim wurde vor 2014 behauptet, dort lebten mehr Russen als Ukrainer. Parallelen zu 2014 drängen sich also in Bezug auf russische Absichten inklusive neuer militärischer Eskapaden zunehmend auf.

Verteidigung ohne Stationierung

Finnische Gegner der Demilitarisierung werfen ein, dass der Vertrag heute ungültig sei, da die Russische Föderation kein Unterzeichnerstaat sei. Doch einige Völkerkundler sehen wiederum die Russische Föderation völkerrechtlich als identisch mit der UdSSR an. Seit 2022 regiert die konservative „Nationale Sammlung“ unter Petteri Orpo, die schon vor 2022 einen Beitritt Finnlands zur westlichen Verteidigungsallianz forderte.

In dieser Partei gibt es Stimmen, welche sich dafür aussprechen, finnische Truppen auf der Inselgruppe zu stationieren. Staatspräsident Aleksander Stubb, dessen Besuch im August auf den Inseln die Fantasie der russischen Berichterstattung befeuerte, erklärte, man sei auch ohne Stationierung in der Lage, die sechs bewohnten Schären-Inseln effektiv zu verteidigen.



Das Willkommensschild macht den Status der Åland-Inseln deutlich: autonom, entmilitarisiert und finnisch

ASIEN

China lässt die Muskeln spielen

Provokation und Einschüchterung – Peking verstärkt den Druck auf mehrere Nachbarländer

Die Einschüchterungskampagne chinesischer Schiffe vor den Küsten von Südostasiens über Taiwan bis ins Ostchinesische Meer zielt nach Ansicht von Analysten darauf ab, seine regionalen Nachbarn zu zermürben. Peking hat seit Langem territoriale Streitigkeiten mit Japan, Vietnam, den Philippinen oder auch Taiwan, das es als Teil seines Territoriums beansprucht.

Japan verurteilte zuletzt den Vorstoß eines chinesischen Militärflugzeugs in den Luftraum des Landes vor den Danjo-Inseln etwa 100 Kilometer westlich von Nagasaki. Einige Stunden später erklärte ein Sprecher Pekings, China habe „nicht die Absicht, in den Luftraum irgendeines Landes einzudringen“. Tokio hatte bereits in der Vergangenheit das Eindringen chinesischer Schiffe in die Nähe der unbewohnten, südlich von Okinawa gelege-

nen Senkaku-Inseln, die von Peking Diaoyu genannt werden, angeprangert.

China versucht offenbar, Japans Luftabwehr zu testen und darüber Informationen zu sammeln. Das Südchinesische Meer, die Taiwanstraße und das Ostchinesische Meer sind nach Expertenauffassung allesamt Gebiete, in denen China hofft, eine größere Kontrolle ausüben zu können. Demnach versucht Peking herauszufinden, wie weit es gehen kann. China hat in den vergangenen Monaten den politischen und militärischen Druck auf Taiwan erhöht, indem es eine Rekordzahl an Flugzeugen, Drohnen und Schiffen entsandte und seine Rhetorik über die „Vereinigung“ mit der Insel, die „unvermeidlich“ sei, verschärfte.

Unlängst haben sich vor allem die Spannungen mit den Philippinen um die

Kontrolle über mehrere umstrittene Riffe verschärft. Peking hat im Südchinesischen Meer künstliche Inseln errichtet, die mit Raketen systemen und Landebahnen für Kampfflugzeuge ausgestattet sind, und Schiffe stationiert, die nach Ansicht der Philippinen die Aktivitäten ihrer Fischerboote behindern. 2012 übernahm Peking die Kontrolle über die Scarborough-Untiefe, ein weiteres umstrittenes Gebiet in der Nähe der Philippinen.

Die Anzahl der Fronten, an denen es zu einem Unfall kommen könnte, ist beträchtlich. Die Spannungen erreichten im Juni ihren Höhepunkt, als eine bewaffnete chinesische Küstenwache dabei ertappt wurde, wie sie philippinische Schiffe in der Nähe des Second-Thomas-Atolls enterte. Beide Länder einigten sich im Juli auf eine „vorläufige Regelung“ für die

Wiederauffüllung der philippinischen Truppen, die in der Nähe des Second-Thomas-Atolls auf einem absichtlich auf Grund gesetzten Schiff stationiert waren.

China interpretiert den Deeskalationsversuch Manilas indes als Zeichen der Schwäche und glaubt offenbar, dass seine Einschüchterungstaktik Früchte trägt. Die jüngsten Vorfälle ereigneten sich zu einer Zeit, in der die Philippinen ihre Beziehungen zu den USA verstärkt haben. Peking sieht eine Gelegenheit, die Schraube gegenüber Manila anzuziehen, weil Washingtons Aufmerksamkeit vom anhaltenden Nahostkonflikt und den Präsidentschaftswahlen im November in Anspruch genommen wird. China versucht nach Ansicht von Experten, die Grenzen zu verschieben und dabei unterhalb der Aggressionsschwelle zu bleiben. *bob*

VON HERMANN MÜLLER

Vor einem Jahr hat die EU-Kommission den ehemaligen EZB-Chef Mario Draghi beauftragt, einen Bericht zur Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit zu erarbeiten. Am 9. September hat Draghi nun in Brüssel seinen 400-seitigen Bericht an Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen übergeben. Draghis Zustandsbeschreibung der Lage der Wirtschaft in der EU ist zunächst einmal alarmierend. Die EU befinde sich erneut im wirtschaftlichen Krisenmodus, sogar im „langsamen Todeskampf“, so Draghis Fazit. Bei Produktivität und Innovationskraft hat der frühere italienische Ministerpräsident eine Lücke bei den EU-Staaten ausgemacht, die sie hinter die USA und China zurückfallen lässt.

In Draghis Bericht heißt es, Europa sei schwach bei neuen Technologien aufgestellt und habe „die durch das Internet ausgelöste digitale Revolution und die damit verbundenen Produktivitätsgewinne weitgehend verpasst“. Zudem spricht er auch die überbordende Bürokratie und den Regelungseifer der EU an. Der Bericht stellt fest: Seit 2019 hat die EU 13.000 Gesetzesakte erlassen, in den USA sind es nur 5000 gewesen. „Wir töten unsere Unternehmen“, so die Warnung des früheren italienischen Ministerpräsidenten. Laut dem Draghi-Papier müssen die Unternehmen in der EU bis zu dreifach höhere Strompreise als ihre Konkurrenten in den USA verkraften. Bei den Erdgaspreisen können sich laut Draghi die US-Firmen fünf- bis sechsfach günstiger versorgen als die Europäer.

Trotz dieser alarmierenden Zustandsbeschreibung der Wirtschaft in den EU-Staaten kann die amtierende Chefin der EU-Kommission, aber auch so manche nationale Regierung mit Draghis Ausarbeitung sehr zufrieden sein. Dieser liefert der neuen EU-Kommission nämlich Argumente für die Forderung nach Aufnahme neuer gemeinsamer Schulden. Draghi hat ein auf 800 Milliarden Euro pro Jahr beziffertes Defizit an Investitionen für Energiewende, Digitalisierung und Verteidigung, ausgemacht.

Wie es in dem Bericht heißt, „wird der private Sektor nicht in der Lage sein, den Löwenanteil dieser Investitionen ohne Unterstützung des öffentlichen Sektors beizutragen“. Gefordert sei damit der Staat und letztendlich der Steuerzahler.

Draghi habe geliefert, was die EU-Kommission bestellt hat, und worauf vor allem Paris und Rom seit langem drängen: „die gemeinsame Finanzierung von Politiken, die bisher in nationaler Verantwortung liegen“, so die Einschätzung der „Wirtschaftswoche“. Tatsächlich kommt



Wie bestellt, so geliefert: Mario Draghi übergibt Ursula von der Leyen den Bericht zur Zukunft der EU-Wettbewerbsfähigkeit

NEUE EU-SCHULDEN

Draghis teurer Marshallplan stößt auf große Skepsis

Wird Deutschland der Verlierer? Deutsche Industrie fürchtet neue EU-Klimapläne

auf Italien und Frankreich ein massives Problem zu. Beide Staaten haben ihre Verschuldungsspielräume nahezu ausgereizt. Konkret empfiehlt Draghi die Aufnahme gemeinsamer Schulden der EU, wie dies bereits bei der Finanzierung des Corona-Wiederaufbaufonds geschehen ist.

Dementsprechend fielen einige Reaktionen aus Deutschland aus. Die Vorstellung des Berichts war in Brüssel kaum beendet, da twitterte Bundesfinanzminister Christian Lindner auf „X“ bereits: „Mit einer gemeinsamen EU-Schuldenaufnahme lösen wir keine strukturellen Probleme.“ Gegenüber n-tv ergänzt er: „Das kann kein Masterplan für die Europäische Union sein.“ CDU-Chef Friedrich Merz kündigte ebenfalls an: Er werde alles dagegen tun, dass sich die Europäische Union in eine „Schuldenspirale begibt“.

Rechnen muss die EU-Kommission auch damit, dass sich das Bundesverfas-

sungsgericht in Karlsruhe mit den neuen Schuldenplänen beschäftigt. Dem schuldenfinanzierten Corona-Wiederaufbaufonds hatten die Verfassungsrichter nur unter der Bedingung zugestimmt, dass er einmalig und auch begrenzt bleibt.

Bislang weniger beachtet wurde hierzulande bislang ein weiterer kritischer Punkt des Draghi-Plans: Obwohl der ehemalige Ministerpräsident Italiens ganz offen davon spricht, die Industrie in der EU befinde sich bereits im „langsamen Todeskampf“, will er an der kostentreibenden „Klimaschutzpolitik“ von der Leyens festhalten. Draghi sieht in der Dekarbonisierung sogar das Kernstück der neuen europäischen Industriestrategie. Auch damit bewegt er sich voll auf der bisherigen Linie der EU-Kommissionspräsidentin.

Bereits vor einigen Monaten hatte von der Leyen einen „Clean Industrial Deal“

als Nachfolger ihres „Green Deals“ angekündigt. Das neue Projekt stellt keine Kehrwende dar, wie manche Industrievertreter und auch manche EU-Parlamentarier erhofft hatten. Der „Clean Industrial Deal“ ist die nächste Stufe der Energiewende. Konkretes Ziel ist es nun, die produzierende Wirtschaft zu dekarbonisieren. Das Vorhaben hat das Potential, für weite Teile der deutschen Industrie zum sprichwörtlichen Sargnagel zu werden.

Absehbar ist, dass die hierzulande über Wind- und Solarkraft bereitgestellte „erneuerbare Energie“ auch künftig deutlich teurer sein wird als beispielsweise der in Frankreich erzeugte Atomstrom, den die dortige Industrie nutzen kann, oder aber der Strom aus Wasserkraft in Skandinavien. Die Umsetzung des „Clean Industrial Deal“ kann daher die nächste große Welle von Unternehmensverlagerungen aus Deutschland einleiten.

ROHSTOFFABBAU

Massenproteste in Serbien gegen Lithium-Bergbau

Zusammen mit Deutschland hofft Belgrad auf wirtschaftlichen Erfolg bei dem umstrittenen Minenprojekt

Die Regierung in Belgrad will mit der EU und Deutschland im westserbischen Jartartal das für die E-Mobilität notwendige Mineral Lithium fördern. Für den Abbau des Rohstoffs in dem landwirtschaftlich genutzten Gebiet beabsichtigt das australisch-britische Bergbauunternehmen Rio Tinto insgesamt zwei Milliarden Euro zu investieren. Die Erze sollen durch unterirdische Explosionen „nachhaltig und umweltverträglich“ abgebaut werden.

Ein Großteil der Bevölkerung Serbiens lehnt das seit Jahren geplante Vorhaben wegen befürchteter Umweltschäden jedoch nach wie vor entschieden ab. Experten warnen vor einer Umweltkatastrophe infolge von giftigen Rückständen und vor einer Verseuchung des Trinkwassers. Auf diese Gefahr weisen die Ergebnisse von Umweltverträglichkeitsprüfungen hin,

die Rio Tinto nach ersten Probebohrungen vorgenommen hat. Am 10. August fanden wieder Massenproteste in Belgrad und anderen Städten Serbiens gegen den Lithiumbergbau in der Jadar-Region statt.

2022 hatte Präsident Aleksandar Vučić im Vorfeld der Wahlen das Vorhaben wegen anhaltender Proteste zurückgestellt. In Deutschland wird kaum über das Ausmaß des Widerstands innerhalb der serbischen Gesellschaft berichtet, der rasch neu organisiert wurde, nachdem ein Besuch von Bundeskanzler Olaf Scholz in Belgrad im Juli für Schlagzeilen gesorgt hatte. Mit dem scheidenden Vizepräsidenten der EU-Kommission, Maroš Šefčovič, unterzeichnete Scholz eine Absichtserklärung für eine deutsch-serbische Rohstoffpartnerschaft, um das hochumstrittene Projekt wieder in Gang zu

bringen. Die jüngsten Demonstrationen am 1. September richteten sich insbesondere gegen die repressiven Maßnahmen der serbischen Regierung. Präsident Vučić hatte die Gegner des Bergbauprojekts öffentlich als Staatsfeinde, Verräter und ausländische Söldner bezeichnet. Mehrere Aktivisten wurden verhaftet. Der Wissenschaftler Aleksandar Matković erhielt Todesdrohungen, nachdem er den wirtschaftlichen Nutzen des Minenprojekts in einem offenen Brief angezweifelt hatte.

Es fehlt an Rechtsstaatlichkeit

Über die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen in Bezug auf Bergbauvorhaben führte die Heinrich-Böll-Stiftung ein Interview mit den Umweltrechtsexperten Mirko Popović und Jovan Rajić vom Renewables and Environmental Re-

gulatory Institute (RERI). Beide erklärten, dass Rechtsstaatlichkeit, Umwelt- und Menschenrechtsstandards in Serbien nicht im Einklang mit den EU-Kriterien stünden. Es fehlten eine leistungsorientierte und rechenschaftspflichtige öffentliche Verwaltung, eine unabhängige Justiz, transparente und unabhängige Umweltverträglichkeitsprüfungen mit wirksamen Inspektionen sowie Medien- und Meinungsfreiheit. Daher erübrige sich eine Diskussion mit Regierungsvertretern über eine verantwortliche Durchführung kritischer Rohstoffabbauprojekte.

Indirekt fordern die Experten die EU-Kommission und Deutschland auf, die Rohstoffpartnerschaft mit Serbien aufzukündigen. Präsident Vučić hat stattdessen den Beginn der Lithiumförderung für 2026 angekündigt. Dagmar Jestrzemska

MELDUNGEN

Anstieg der Firmenpleiten

Paris – Der weltweit größte Kreditversicherer Allianz Trade warnt jetzt vor einem starken Anstieg von Firmeninsolvenzen in Deutschland. Deren Zahl könnte 2024 um ein Fünftel höher liegen als 2023, was rund 21.500 Pleiten entspräche. Nach Ansicht der Allianz werden dabei auch etliche größere Unternehmen mit einem Jahresumsatz von mindestens 50 Millionen Euro betroffen sein. 40 solcher Insolvenzen gab es bereits im ersten Halbjahr. Der Allianz-Trade-Geschäftsführer für Deutschland, Österreich und die Schweiz, Milo Bogaerts, sagte: „Aktuell gilt häufig: Wenn es kracht, dann richtig.“ Denn große Insolvenzen führten zu einem Dominoeffekt, weil auch viele Zulieferer ins Straucheln kämen. Den Gesamtschaden durch die 40 Großpleiten seit Anfang des Jahres bezifferte Bogaerts auf fast zwölf Milliarden Euro. Besonders häufig gingen dabei Unternehmen im Dienstleistungssektor, Baugewerbe und Einzelhandel insolvent. W.K.

Ungarn sichert sich Öl

Budapest – Dem ungarischen Mineralölkonzern MOL ist es gelungen, eine neue Vereinbarung zur Versorgung mit Rohöl über die Druschba-Pipeline abzuschließen. Die Pipeline verläuft von Russland aus über Weißrussland, die Ukraine, die Slowakei nach Ungarn. Bereits seit Juni blockiert die Ukraine die Weiterleitung von Öllieferungen des russischen Unternehmens Lukoil. MOL teilte nun mit, es sei gelungen, Vereinbarungen mit Rohöllieferanten und Pipelinebetreibern zu treffen, um die Öllieferung zu gewährleisten. Demnach ist die MOL-Gruppe im juristischen Sinne bereits ab der weißrussisch-ukrainischen Grenze Eigentümerin des Öls. Ungarns Außenminister Peter Szijarto betonte, es gebe in der Region nicht genügend alternative Infrastrukturen zur Druschba-Pipeline, um Ungarn ausreichend mit Öl zu versorgen. H.M.

Klimaauflagen übererfüllt

Berlin – Laut dem Bericht der Bundesregierung zur Evaluierung der Treibhausminderungsquote haben die Mineralölkonzerne die Quote zur Verringerung der Treibhausgase bereits im Jahr 2022 übererfüllt. Entsprechend der Treibhausgasminderungsquote (THG-Quote) waren die Mineralölkonzerne zu einer Kohlendioxid-Einsparung in Höhe von 14 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten verpflichtet, und diese sei um 3,4 Millionen Tonnen übererfüllt worden. Im Bericht heißt es, dass die „gesetzlichen Zielwerte in der Summe vollständig erfüllt werden“. Da zum Zeitpunkt der Erstellung des Berichts die Abrechnung der Jahresquotenanmeldung für 2023 noch nicht vorlag, können für das vergangene Jahr noch keine Angaben gemacht werden. Um die THG-Quote zu erfüllen, stehen den Mineralölkonzernen verschiedene Möglichkeiten zur Verfügung, wie das Inverkehrbringen von reinem Biokraftstoff, elektrischem Strom oder das Abfackeln von Begleitgasen bei der Förderung von Erdöl. MRK

KOMMENTARE

Kratzbürstige Nachbarn

HERMANN MÜLLER

Angeblich waren es Termingründe, die nach offiziellen Angaben aus Warschau und Berlin sowohl Polens Regierungschef Donald Tusk als auch Bundeskanzler Olaf Scholz davon abgehalten haben, an der diesjährigen Verleihung der Potsdamer Auszeichnung „M100 Media Award“ teilzunehmen. Zunächst hatte Tusk mitgeteilt, er hätte keine Zeit, den Preis entgegenzunehmen. Wenig später hieß es von Scholz, er könne aus Termingründen die Laudiation auf den Preisträger Tusk nicht halten.

Selbst wenn man den vorgebrachten Begründungen der beiden Regierungschefs Glauben schenkt, unübersehbar ist: Die Hoffnungen der Ampelregierung auf eine Zeitenwende in den deutsch-polnischen Beziehungen haben sich nach dem Regierungswechsel in Warschau nicht so erfüllt, wie erhofft. Auch Tusk verfolgt bei Themen wie Grenzkontrollen oder der gewünschten polnischen Übernahme der PCK-Raffinerie Schwedt eine knallharte Interessenpolitik. Zudem steht Tusk auch in Polen

unter Druck der PiS-Partei, die weiterhin antideutsche Ressentiments schürt.

Belastete Beziehungen

Derzeit müssen die Beziehungen zu Warschau sogar als extrem angespannt bewertet werden. Im Raum steht der Verdacht, polnische Behörden hätten die Vollstreckung eines Haftbefehls für einen Tatverdächtigen des Nord Stream-Anschlags vereitelt und den mutmaßlichen Täter in die Ukraine entkommen lassen. Ex-BND-Chef August Hanning glaubt sogar, dass es bei dem Anschlag eine „Verabredung zwischen den höchsten Spitzen in der Ukraine und in Polen“ gegeben hat.

Eine Äußerung von Tusk belastet die deutsch-polnischen Beziehungen inzwischen zusätzlich. Tusk hatte von den „Initiatoren und Schirmherren von Nord Stream 1 und 2“ verlangt, sich zu entschuldigen und still zu sein. Auf die Bundesregierung muss diese Entwicklung ernüchternd wirken. Vonseiten Deutschlands hat es nicht an Signalen gefehlt, nach dem Amtsantritt von Tusk die Beziehungen zu verbessern.



Schreibt anderen gern vor, wie sie zu denken haben: Moral-Außenministerin Annalena Baerbock Foto: pa/associated press

KOLUMNE

Allerfeinste Grobmotorik

FLORIAN STUMFALL

Glaubt man dem klassischen Staatslexikon von Sacher, dann bedeutet Diplomatie die Pflege der internationalen Beziehungen. An anderer Stelle wird auch der Gedanke der Interessen eines Staates angeführt. Die allermeisten Regierungen dieser Welt teilen dieses Verständnis von Diplomatie im Großen und Ganzen, nur macht man in Berlin darin eine Ausnahme. Hier scheint man die Diplomatie als den Auftrag zu verstehen, die Völker zu beglücken und zu belehren.

Ihrer Zuständigkeit halber mag dafür die grüne Außenministerin Baerbock ein erstes Beispiel abgeben. Vor Kurzem nannte sie den chinesischen Präsidenten Xi Jinping einen Diktator, was weder der Pflege der Beziehungen noch dem deutschen Interesse dienlich ist. Die chinesische Außenamtssprecherin Mao Ning nannte Baerbocks undiplomatische Bemerkung denn auch eine „offene politische Provokation“, die ernsthaft die Würde Chinas verletze. Als dann Baerbock einige Zeit darauf das Reich der Mitte besuchte, wurde sie am Rollfeld weder vom Präsidenten noch vom Außenminister noch von einem anderen Regierungsmitglied empfangen, sondern vom stellvertretenden Bürgermeister von Schanghai.

Es stellt sich daher die Frage nach dem Beweggrund, der Baerbock zu derartigen Einlassungen bewogen haben mag, zumal das genannte Beispiel nur ein einziges aus einer größeren Anzahl darstellt. Hierfür bieten sich zwei Erklärungsmuster an. Zum einen klingt aus einer derartigen diplomatischen Fehlleistung ein kindlicher Trotz heraus, die Absicht, der Welt zu zeigen, dass man sich um der besseren Einsicht willen bereit finde, allgemeine Regeln zu brechen. Was aber diese angeblich bessere Einsicht betrifft, so gilt sie der Art und Weise, wie sich andere Länder zu verhalten hätten, nämlich so, wie es die Berliner grüne Weltsicht haben will.

Mit grünem Maß gemessen

Die zweite Erklärung für jene offene Provokation zeigt, dass Ungehörigkeiten dieser Art nicht nur Baerbocks persönliche Art sind, sondern einem Grundzug der deutschen Politik insgesamt seit rund 20 Jahren entsprechen, nämlich fremde Länder, Völker und Systeme am eigenen Maßstab zu messen und danach Gut und Böse zu beurteilen. Es herrscht ein Mis-

sionarsgeist, der, unbekümmert um die Traditionen und Prinzipien anderer Kulturen, wägt und misst nach deutschem, mehr noch, nach grünem Maß. Und um es zu wiederholen: Dies dient weder der Pflege der Beziehungen noch dem deutschen Interesse. Berlin hat die Diplomatie im klassischen Sinn suspendiert. Sie spielt keine merkliche Rolle mehr. Auch hier wirkt die grüne Toleranz: Sie gilt allen, die der eigenen Meinung sind.

Doch Deutschland und die Ampelregierung sind nicht die einzigen politischen Kräfte, die so verfahren. Vielmehr

steigendes Selbstbewusstsein vieler Länder des globalen Südens, die sich mehr und mehr vom Westen abwenden. Das steigende Interesse an der Mitgliedschaft bei BRICS sollte in den westlichen Hauptstädten als Alarmsignal verstanden werden. Der ungehinderte Nachdruck durch die US-Army verliert an Wirksamkeit, ebenso wie die Gelder aus Deutschland und der EU. Längst hat China ganz Schwarzafrika wirtschaftlich durchsetzt und macht beste Geschäfte in all den Ländern, in denen gleichzeitig die USA Unsummen für ihre Militärbasen ausgeben.

Der westliche Einfluss sinkt. China steigt zur Weltmacht auf. Dort baut man in einem halben Jahr einen Flughafen, während man hierzulande glaubensstark die Wichtigkeit des Genderns erörtert; in Arabien entstehen aktuell die modernsten Städte der Welt, während hier der Wohnungsbau vor der Flut der Zuwanderer kapituliert; Bangladesch, von jeher Sinnbild für Rückständigkeit und Armut, hat zwischen drei und vier Prozent Wirtschaftswachstum, Deutschland steckt in der Rezession; der US-Dollar schließlich hat längst Konkurrenten als Weltreservewährung. Ungebrochen ist nur die westliche Überheblichkeit, anderen Vorschriften zu machen.

Das eigene Chaos nicht beherrschen

Diese Betrachtung schließt mit einer Groteske. Während die Europäer, die Deutschen zumal, in fernen Weltgegenden bestimmen wollen, wie man's dort halten soll mit Frauenrechten und Schulwesen, welche Regeln zu gelten haben im gesellschaftlichen Umgang und beim Regieren, sind Deutsche, Franzosen, Italiener nicht mehr in der Lage, in den eigenen Ländern dem Druck durch die islamische Zuwanderung standzuhalten. Kirchen werden verkauft und zu Moscheen gemacht; islamische Demonstranten fordern auf Deutschlands Straßen ungehindert das Kalifat; in manchen Großstädten gibt es ganze Viertel, die sich außerhalb des deutschen Rechts befinden, hier herrscht die Scharia.

In andere Kulturen sich einzumischen, ist allemal unrecht. Doch es zu tun und gleichzeitig in der eigenen Heimat den traditionellen Bestand zu gefährden, ist schlimmer. Das ist dumm und lächerlich.

Der Autor ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Bangladesch hat drei Prozent Wachstum – Deutschland steckt in einer Rezession

wurde das Prinzip aus den USA übernommen, die es seit vielen Jahren mit vollendeter Rücksichtslosigkeit vollziehen. Der einstige Pentagon-Berater Thomas Barnett schrieb in seinem Buch: „Der Weg in die Weltdiktatur“ genüsslich den Satz: „Wenn ein Land von der Globalisierung nicht erfasst wurde, oder einen Großteil seiner zivilisatorischen Einflüsse verweigerte, wuchs die Wahrscheinlichkeit, dass die Vereinigten Staaten irgendwann in den neunziger Jahren Truppen dorthin entsandten.“

Diese Grundhaltung ist gekennzeichnet durch eine unkümmerte Missachtung fremder Kulturen. Sie stellt einen geistigen Neokolonialismus dar, welcher die politische Herrschaft früherer Zeit durch ein weltanschauliches Zwangsregime ersetzt. Dafür ein Beispiel aus dem Kenia Arap Moï: Der Autokrat wurde einst von westlichen Geldgebern aufgefördert, im Sinne der Demokratie neben seiner eigenen Partei zumindest eine weitere zuzulassen, sonst würde die Entwicklungshilfe gekürzt. Moï tat danach und beauftragte einen Neffen, eine zweite, ebenso loyale Partei zu schaffen. So geschah es und die Gelder flossen weiter.

Das Beispiel zeigt, dass die weltanschauliche Bevormundung nicht nur eine Anmaßung darstellt, sondern auch an der Wirklichkeit anderer Kulturkreise vorbeigeht. Beides zusammen begünstigt ein

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Chef vom Dienst: Jens Eichler; Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schurt; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,
Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbebotschaften der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Juli 2024: Inland 18 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 20,50 Euro, Luftpost 24,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 4,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

Gefühlswallungen eines Stürmers und Drängers

Vor 200 Jahren erschien Goethes „Werther“ – Aus Anlass des Jubiläums veranstaltet das Stadtmuseum Wetzlar eine Sonderschau

VON VEIT-MARIO THIEDE

Pünktlich zur Leipziger Michaelismesse am 29. September 1774 erschien Johann Wolfgang Goethes Roman „Die Leiden des jungen Werthers“. Er umfasst Briefe, die Werther an seinen Freund Wilhelm schrieb, sowie den Abschnitt „Der Herausgeber an den Leser“, der von Werthers Selbstmord erzählt. Die tragische Geschichte erregte großes Aufsehen und gilt als erster weltweit gelesener Bestseller. Wetzlar feiert ihn im Stadtmuseum, Lottehaus und Jerusalemhaus mit einer umfangreichen Jubiläumsausstellung. Sie zeigt, dass Lotte und Werther in künstlerischen Zeugnissen bis heute fortleben.

Goethe war 1772 in Wetzlar Praktikant am Reichskammergericht. Vier Wochen nach seiner Abreise brachte sich in Wetzlar ein Bekannter von ihm um: der braunschweigische Legationsrat Carl Wilhelm Jerusalem. Im „Jerusalemhaus“ dienen die zwei Zimmer, die er bewohnte, als Gedenkstätte. Den Selbstmord verübte er mit einer Pistole, die er sich von Johann Christian Kestner geborgt hatte. Kestner schrieb einen ausführlichen Bericht über die Geschehnisse: Jerusalem litt unter den Schikanen seines Vorgesetzten und der unglücklichen Liebe zur Gattin eines Kollegen. Goethe ließ sich von seinem Freund Kestner den Bericht schicken. Aus ihm bezog er Anregungen für seinen vor 250 Jahren verfassten Roman.

Beim Praktikum in Wetzlar verliebte sich Goethe unglücklich in Charlotte Buff, die nach dem Tod der Mutter ihre elf jüngeren Geschwister umsorgte. Das „Lottehaus“, in dem Goethe damals Dauergast war, ist mit historischen Möbeln und Erinnerungsstücken der Buffs ausgestattet. Goethes Freund und Nebenbuhler Kestner heiratete 1773 Charlotte.

In der Ausstellung werden uns diese in Figuren des Romans verwandelten Akteure mit Porträts vorgestellt. Aus Charlotte wird Lotte, aus Kestner ihr Verlobter und späterer Ehemann Albert. Aus Jerusalem



Brot für die Kinder: Die erste Begegnung von Werther und der Brot schneidenden Lotte (Buchillustration um 1865) Foto: Thiede

wird der mit den Gefühlen Goethes ausgestattete Werther. Der Roman kombiniert Dichtung und Wahrheit.

Die Pistole, mit der sich Jerusalem erschoss, ist ebenso zu sehen wie ein Exemplar der im Verlag der Weygandischen Buchhandlung zu Leipzig erschienenen Erstausgabe des „Werthers“. Sie wurde anonym und ohne Illustrationen veröffentlicht. Besser stattete hingegen der Berliner Verleger Himgurg 1775 seinen Raubdruck aus. Er wartet mit den von Daniel Nikolaus Chodowiecki entworfenen Idealporträts Lottes und Werthers auf, unter denen jeweils eine Schlüsselszene abgebildet ist. So die berühmte „Brot-

schneideszene“. Die von den Geschwistern umringte, freundlich dreinschauende Lotte schneidet ihnen Scheiben von einem Laib Brot ab. Werther, der sie zum Ball abholt, steht in der Tür und erblickt Lotte zum ersten Mal.

Lotte verwandelt sich zum Zombie

Unter dem Idealporträt des melancholisch dreinblickenden Werther befindet sich die so genannte „Abschiedsszene“. In einer Mondnacht sitzen Albert und Lotte auf einer Bank, vor der Werther kniet und die Hand seiner Angebeteten küsst. Werther zieht an einen anderen Ort, kehrt jedoch nach einiger Zeit zurück – und das

Unglück nimmt seinen Lauf. Das traurige Ende des Titelhelden zeigt der von Chodowiecki entworfene Kupferstich „Werther auf dem Totenbett“.

Gemäß dem Beispiel des Raubdruckers Himgurg befinden sich in vielen nachfolgenden „Werther“-Ausgaben Illustrationen der Schlüsselszenen. In der „Klavierszene“ lauscht Werther der musikalischen Darbietung Lottes. Unversehens wird ihm die Aussichtslosigkeit seines Liebesgehrens klar: „Ich neigte mich, und ihr Trauring fiel mir ins Gesicht – meine Tränen flossen.“ Es folgt die „Liebesszene“.

Der zum Selbstmord entschlossene Werther trägt bei seinem letzten Besuch

Lotte einen schwermütigen Gesang seines Lieblingsautors Ossian vor, was beiderseits zu starken Gefühlswallungen führt: „Die Welt verging ihnen. Er schlang seine Arme um sie her, presste sie an seine Brust und deckte ihre zitternden, stammelnden Lippen mit wütenden Küssen.“

Das Liebesglück dauert jedoch nur einen kurzen Moment: „In ängstlicher Verwirrung, bebend zwischen Liebe und Zorn, sagte sie: ‚Das ist das letzte Mal, Werther! Sie sehen mich nicht wieder.‘“ Der nun von ihrer Liebe überzeugte Werther geht heim und erschießt sich. Neben den Buchillustrationen sind Graphikfolgen und Einzeldrucke sowie Fächer, Porzellan und Broschen ausgestellt, die mit den Porträts oder Schlüsselszenen des tragischen Liebespaares geschmückt sind.

Ausstellungskuratorin Angelika Müller-Scherf berichtet: „Die komplexe Wirkungsgeschichte von Goethes Roman ist seit seinem Erscheinen bis heute ungeboren.“ Aus dem zunächst europäischen Erfolg ist längst ein weltumspannender geworden. Der „Werther“ ist in mehr als 60 Sprachen übersetzt.

Überries regt er zu einer Reihe von Neuinterpretationen an. Walt Disneys in Entenhausen spielende Bildergeschichte heißt „Die Leiden des jungen Ganthers“ (2010). In Susanne Picards Horror-Roman „Die Leichen des jungen Werther“ (2011) verliebt sich der Titelheld in Lotte, deren Teint einen merkwürdig grünlichen Schimmer aufweist. Das Titelbild des Horror-Romans stammt von Jürgen Speh. Er ließ sich von Wilhelm von Kaulbachs berühmter Druckgraphik der „Brot-schneideszene“ (1859–1861) zu einer haarsträubenden Neuinterpretation anregen: Lotte und ihre Geschwister sind zu gefräßigen Zombies geworden. Aber Werther lebt: Mitte September kommt die im heutigen Toronto spielende Liebeskomödie „Young Werther“ in die Kinos.

● Bis 26. Januar im Stadtmuseum, Lottehaus und Jerusalemhaus. Alle Infos unter: www.wetzlar.de/museum

LITERATUR

Ein seltsamer Heiliger

Autor von „Der dritte Mann“ – Vor 120 Jahren wurde der Schriftsteller Graham Greene geboren

„Sex, Katholizismus, Sadismus und wider Sex“. Mit diesen Worten hat der britische Schauspieler und Dramatiker Noël Coward in seinen Tagebüchern eines der Werke seines Landsmanns Graham Greene beschrieben. Diese Charakterisierung fasst das schillernde Wesen des Autors von Bestsellern wie „Die Kraft und die Herrlichkeit“, „Der dritte Mann“ oder „Der Honorarkonsul“ gut zusammen.

Heute ist der am 2. Oktober 1904 geborene Greene ein wenig in Vergessenheit geraten. Doch lange Zeit galt er als deziert katholischer Autor, später als linker Großschriftsteller mit einer saftigen anti-amerikanischen Note. Greene hat nie den Nobelpreis für Literatur erhalten, weil er als Bestseller-Autor ernsthafte Themen auf eine unterhaltsame Weise geschildert hat, oft in der Form eines Spannungsromans. Neben Eric Ambler hat er jedoch Polit-Thriller mit höchsten literarischen Ansprüchen geschrieben.

Die Charaktere in Greenes Büchern sind oft gebrochen, die Landschaft ist

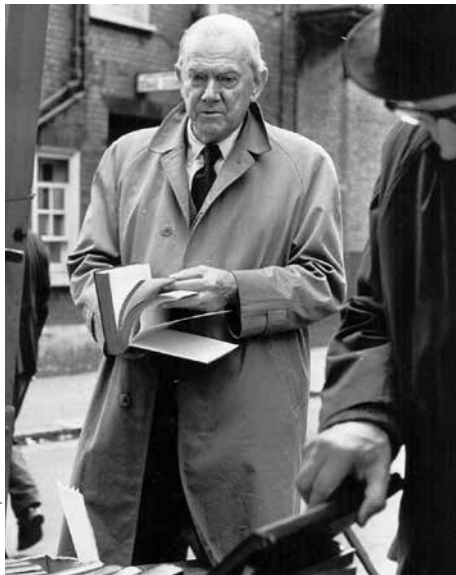
trist und schäbig, es geht viel um Sünde, Ehebruch, Verrat, Religion, Verbrechen oder auch Kolonialismus.

In seiner Trauerrede auf den CSU-Politiker und Strauß-Einflüsterer Wilfried Scharnagl hat Peter Gauweiler geschrieben, dass dieser kurz vor seinem Tod Greenes Roman „Der stille Amerikaner“ gelesen habe. Dieser schmale Vietnam-Roman aus dem Jahr 1955 ist ein perfekter Einstieg in das Werk des Großneffen von Robert Louis Stevenson und auch heute noch lesenswert. Denn dort porträtiert sich Greene selbst in der Person des Erzählers, eines zynischen englischen Journalisten, „der aus dem Leben an Lustgewinn herausholt, was irgendwie drin ist“ (Hans-Peter Schwarz).

In der Person des „stillen Amerikaners“ namens Pyle beschreibt Greene einen negativen Helden, der mit seinen abstrakten Ideen von Demokratie und der vermeintlichen Vorbildfunktion der Vereinigten Staaten vielleicht das Gute will, aber das Schlechte schafft. Man kann sich

vorstellen, dass Gauweiler und auch Scharnagl dieser desillusionierte Blick auf die Weltpolitik gut gefallen hat.

Bei Greene ist man sich nie sicher, was Wahrheit und was Lüge ist. So hat er zwar



Beim Bücherkauf 1973: Graham Greene

mit dem Ruf als katholischer Autor kokettiert, aber zugleich seine Ehefrau betrogen und die Bordelle in aller Herren Länder fleißig aufgesucht. Viele seiner Romane wurden verfilmt, so „Der Dritte Mann“, der im Schwarzmarktmilieu des Nachkriegs-Wiens spielt. Orson Welles ist als zwielichtiger Harry Lime genauso unvergessen wie die Zithermusik des Österreicher Anton Karas oder die Verfolgungsjagd in der Wiener Kanalisation. In der Bundesrepublik fanden Greenes Werke als preiswerte rororo-Taschenbücher seit den 1950er Jahren reißenden Absatz.

Greene, dessen Helden oft anti-amerikanisch, anti-kapitalistisch und anti-heroisch sind, war inoffizieller Mitarbeiter des britischen Geheimdienstes. Wäre dies zu seinen Lebzeiten publik geworden, so hätte dies dem Ruf des Linkskatholiken, der seine letzten Lebensjahre aus Steuergründen in der Schweiz verbrachte, wohl erheblich geschadet. Ein Mann voller Widersprüche, dem Langeweile immer ein Gräuel war.

Ansgar Lange

MELDUNGEN

Kleist im ganz neuen Gewand

Frankfurt an der Oder – Nach drei Jahren Bauzeit ist das Gebäude der einstigen Garnisonsschule in Frankfurt (Oder), in der sich seit 1969 Brandenburgs größtes Literaturmuseum befindet, saniert. 1777 – im Geburtsjahr des Dichters Heinrich von Kleist – errichtet und 1778 eingeweiht, ist die einstige Garnisonsschule mit dem Kleist-Museum an der Oderpromenade außen detailgetreu saniert worden. Das denkmalgeschützte Gebäude ist eines der wenigen spätbarocken Baudenkmale Frankfurts und zugleich Zeitzeuge vieler politischer und gesellschaftlicher Umbrüche. Momentan wird an der Neugestaltung der Dauerausstellung zu Heinrich von Kleist gearbeitet, die im Jubiläumsjahr zum 250. Geburtstag des berühmtesten Frankfurters 2027 eröffnen soll. Vom 8. bis 13. Oktober 2024 finden in der Oderstadt darüber hinaus die Kleist-Festtage statt. Karten: www.kleistforum.de oder www.kleistfesttage.de *tws*

RAISSA GORBATSCHOWA

Russlands erste und einzige „First Lady“

Im Ausland wurde sie für Ihre Ausstrahlung, ihren Intellekt und Stil bewundert, zu Hause für ihre Eleganz beneidet, aber für ihren luxuriösen Lebensstil gehasst und kritisiert, dass sie sich zu sehr in die Politik ihres Mannes einmische: Die vor 25 Jahren verstorbene Raissa Maximowna Gorbatschowa trat als erste und bisher einzige „First Lady“ Russlands in Erscheinung, die bei Treffen mit Hannelore Kohl und Margaret Thatcher brillierte.

Dafür, dass Gorbatschowa in ihrer Heimat heute noch eine Rolle spielt, spricht die Tatsache, dass in diesem Frühjahr auf dem russischen Portal „Online-Kinotheater Premier“ eine Dokumentation über das Leben und Wirken der ehemaligen „First Lady“ erschienen ist. Der mutige Film beschäftigt sich mit der Rolle Gorbatschovas für die Geschichte des heutigen Russlands. Anhand von Archivaufnahmen, Interviews und Historikerkommentaren erzählt er, wie aus dem Mädchen aus einem einfachen Dorf eine der größten Humanistinnen des 20. Jahrhunderts wurde, die in vielen Sphären des Landes eine regelrechte Revolution bewirkte, indem sie sich selbstbewusst für Reformen in der Bildung, der Medizin und der Kultur einsetzte.

Gorbatschowa, die am 5. Januar 1932 als Tochter des Eisenbahningenieurs Maxim Titarenko in Rubzowsk in der Region Altai zur Welt kam, studierte an der philosophischen Fakultät der Moskauer Staatsuniversität MGU. Während des Studiums lernte sie Michail Gorbatschow kennen, der Jura studierte. Sie heirateten am 25. Oktober 1953, beide verband eine tiefe Liebe und gegenseitige Wertschätzung, die



Raissa Gorbatschowa

über den Tod hinaus währen sollte. Gorbatschowa stand ihrem Mann auch in schwierigen Zeiten wie dem Augustputsch 1991 beratend zur Seite.

Als Gorbatschow 1985 Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und 1990 der erste Präsident der UdSSR wurde, trat seine Frau Raissa im Unterschied zu den Ehefrauen der vorigen Generalsekretäre von Beginn an öffentlich in Erscheinung. Sie engagierte sich gesellschaftlich, reiste durch das Land und tauschte sich mit ihren Landsleuten aus. Zudem gründete sie mehrere Stiftungen, darunter 1997 die Gesellschaft „Klub Raissa Gorbatschowa“, die sich um gesellschaftlich wichtige Probleme wie Waisenkinder, Gewalt in Gesellschaft und Familie sowie um die Gleichstellung der Frau kümmerte.

1999 erhielt Gorbatschowa die Diagnose Leukämie. Am 20. September desselben Jahres verstarb sie in der Uniklinik Münster, wo sie behandelt worden war. *Manuela Rosenthal-Kappi*



Kurz vor ihrer letzten Fahrt: Die „Estonia“ im Hafen der estnischen Hauptstadt Reval (Tallinn). Kurz darauf sank das Schiff und liegt nun seit 30 Jahren auf dem Grund der Ostsee

Foto: picture-alliance/dpa/Li_Samuelson

„ESTONIA“

Die Wahrheit liegt auf dem Meeresgrund

Das schwerste Schiffsunglück der europäischen Nachkriegsgeschichte ereignete sich vor 30 Jahren auf der Ostsee. Bis heute bewegt es die Gemüter

VON UTE EICHLER

Auf Estlands zweitgrößter Insel Dagö (Hiiumaa), an der Spitze ihrer nördlich gelegenen Halbinsel Tahkuna, auf welcher der gleichnamige Leuchtturm steht, befindet sich ein emotional besonders ansprechendes Denkmal für die Toten der größten zivilen Schiffskatastrophe in der Ostsee nach dem Zweiten Weltkrieg. Es wurde errichtet an der Stelle der estländischen Küste, die der Unglücksstelle am nächsten liegt. Vier schmale Stahlträger ragen aus einem Haufen kleiner und größerer Findlinge heraus. In neunzehn Metern Höhe werden sie von einem offenen Quadrat ebenfalls schmaler Stahlträger abgeschlossen. Darin befindet sich ein Kreuz, an dem eine frei schwingende Glocke aufgehängt ist. Man darf sie anschlagen, um den Toten näher zu kommen. Bei jedoch genau der Windstärke, die in der Untergangsnacht der „Estonia“ vom 27. zum 28. September 1994 herrschte, fängt die Glocke von selbst zu schwingen an. Die Glocke wird von den Trauernden als „Seelenglocke“ bezeichnet. Dieses Denkmal ist besonders den bei dem Unglück ums Leben gekommenen Kindern gewidmet. Nur ein einziges hat überlebt.

In Estlands Hauptstadt Reval (Tallinn) erinnert unweit des Wehrturms „Dicke Margarete“ die vom estnischen Bildhauer Villu Jaanisoo 1996 geschaffene Granitskulptur „Unterbrochene Linie“ an die Katastrophe, die das Land schwer traf. Auf ebenfalls schwarzem Granit sind die Namen aller 852 Todesopfer verewigt. 1994 hatte Estland 1,2 Millionen Einwohner, davon sieben Zehntel ethnische Esten. In Estland gibt es niemanden, der nicht direkt oder in-

direkt von diesem Ereignis betroffen ist und bis heute Trauer und Verlust spürt.

In besonderem Maße gilt dies für Werro, eine Kleinstadt im Südosten Estlands. Von den damals rund 15.000 Einwohnern sind 70 Bürger durch die „Estonia“-Katastrophe aus dem Leben gerissen worden.

Estland trauert bis heute

Auch auf der größten Insel Estlands, Ösel (Saaremaa) wird der umgekommenen Inselbewohner gedacht – mit einer Gedenkstätte an der Nordküste, die der Route des Fährschiffes „Estonia“, das seit 1993 unter diesem Namen sowie zu dieser Zeit als das größte und modernste Schiff unter estnischer Flagge auf dem Liniendienst zwischen Reval und Stockholm fuhr, am nächsten liegt.

Weitere „Estonia“-Gedenkstätten gibt es in Schweden. An Bord der „Estonia“ befanden sich zum Zeitpunkt des Unterganges 989 Menschen. Die Passagiere und Besatzungsmitglieder kamen aus insgesamt 17 Ländern, doch sind, wenn es um die Herkunft der Opfer geht, Estland und Schweden am stärksten betroffen.

Es gab nur 137 Überlebende der Katastrophe. 95 Menschen wurden tot geborgen. Sie waren bei 13 Grad Celsius Wassertemperatur und hohem Wellengang ertrunken oder in den Rettungsinseln durch Unterkühlung gestorben. Das Wrack des gesunkenen Schiffes birgt mehr als 750 Tote. Der Plan der Einsargung des havarierten Fährschiffes wurde nur ansatzweise umgesetzt. Die Betonierung hätte Kosten von 65 Millionen D-Mark erfordert und – vor allem – hätte sie weitere Untersuchungen des Wracks zur Feststellung der Unglücksursache unmöglich gemacht. So schlossen acht Ostseerainerstaaten ein Bannmeilenabkommen.

Deutschland trat diesem Abkommen nicht bei. Das Wrack steht als Ruhestätte unter Schutz, es darf nicht von Tauchern aufgesucht werden. Es befindet sich in internationalen Gewässern in 80 Metern Tiefe.

Die „Estonia“ war 1979/80 als RoRo-Schiff auf der Meyer Werft in Papenburg für die finnische Reederei Sally AB für den Verkehr zwischen Finnland und Schweden gebaut worden. Ihr Einsatz nur in küstennahen Gewässern erklärt die eingeschränkten Sicherheitsauflagen. Ab dem 1. Februar 1993 jedoch querte sie täglich die Ostsee im Liniendienst zwischen Reval und Stockholm.

Unbefriedigende Ursachenforschung

Der drei Jahre nach dem Unglück vorgelegte Untersuchungsbericht zur Ursache nennt Mängel am Bugvisier des Schiffes als Auslöser. Das 55 Tonnen schwere Bugvisier brach in dieser Sturmnacht des 28. September 1994 und versank. Eindringendes Wasser ließ darauf das Schiff in etwa einer halben Stunde sinken. Also ein Konstruktionsfehler? Dies haben spätere Untersuchungen und Gutachten verneint. Doch ein Bombenattentat? Es gibt Vermutungen und Hinweise, wie zum Beispiel auf zwei große Löcher in der Außenhaut des Wracks. Oder hat sich eine Kollision mit einem U-Boot ereignet? Der 2023 veröffentlichte neue Untersuchungsbericht, den Finnland, Schweden und Estland in Auftrag gegeben hatten, gibt keine neuen Antworten auf die vielen ungeklärten Fragen.

Die deutsche Journalistin und Filmproduzentin Jutta Rabe, die bis 2002 in allein 14 TV-Dokumentationen und Reportagen allen Aspekten dieser Schiffskatastrophe nachgegangen ist, sieht in ihr „die klare Handschrift von Militäргеheim-

diensten“. In ihrem in ebendem Jahr erschienenen und bis heute den Leser aufregenden Buch „Die Estonia. Tragödie eines Schiffsuntergangs“ dokumentiert sie ihre durch akribische Recherchen gewonnene Überzeugung: Die wahre Ursache des Untergangs soll verborgen bleiben, die Schuldigen werden von offizieller Seite gedeckt.

Verarbeitung in Kunst und Kultur

Ähnliches schlussfolgert ihr Kollege, der dänische Journalist Peter Holm, der in seinem 1999 erschienen Roman „Der Untergang der Estonia“ im freien Umgang mit den Fakten die Schiffskatastrophe nachzeichnet und mögliche Hintergründe benennt.

Anfang 2024 erschien ein weiterer Roman, der im Kontext zum „Estonia“-Unglück steht: „Estonia – Eine Nachtfahrt“ von Rolf Stolz. Wieder kann mit Hilfe von Fakten und ungeklärten Fragen eine spannende doppelböde Handlung mit tragischem Ausgang erzählt werden.

Auf Jutta Rabes Buch beruht der hervorzuhebende Film „Baltic Storm“ aus dem Jahr 2003. Die Journalistin hat nicht aufgehört, Nachforschungen zu betreiben, unbequeme Fragen zu stellen und viele Puzzleteile zusammenzutragen. Sie ist auf Widersprüche gestoßen, auf Unterlassungen und Fehlentscheidungen. Sie entlarvte Vertuschungsversuche genauso wie das Vernichten von Beweisen oder die Beeinflussung von Zeugenaussagen.

Weniger bekannt ist, dass das „Estonia“-Unglück auch in Kompositionen und Liedern verarbeitet wurde. Der Este Veljo Tormis komponierte ein Stück für achttimmigen Männerchor. Der Finne Jaakko Mäntyjärvi widmete 1997 den Toten der Fährschiffkatastrophe das Chorwerk Canticum Calamitatis Maritimae. Auch in Songs der Popmusik hat das Schiffsunglück als Thema Einzug gehalten.

2008 erschien das Hörspiel „Der Untergang der MS Estonia“ von Jan Gaspard, das als Ursache eine absichtliche Versenkung angibt.

Es wird keine Ruhe geben, solange nicht auf alle offenen Fragen überzeugende Antworten gefunden werden. Das ist gut – der vielen Toten und ihrer Angehörigen wegen und auch für die Überlebenden, die ein Anrecht auf die Wahrheit haben. Noch liegt diese auf dem Meeresgrund.



Eine typische Waffe des Volkssturms waren Panzerfäuste: Volkssturmparade in Posen

Foto: Wikimedia/Republik Polen

ZWEITER WELTKRIEG

Das letzte Aufgebot des Dritten Reiches

Das Reichsgesetzblatt veröffentlichte vor 80 Jahren den „Erlaß des Führers über die Bildung des Deutschen Volkssturms“

VON WOLFGANG KAUFMANN

Am 12. September 1944 überschritten erstmals US-amerikanische Truppenverbände die deutsche Reichsgrenze bei Aachen. In dieser Situation beschloss Adolf Hitler, „alle waffenfähigen deutschen Männer zum Kampfeinsatz“ heranzuziehen und einen Erlass „über die Bildung des Deutschen Volkssturms“ zu unterschreiben, der auf den 25. September 1944 datiert war. Am 18. Oktober gab die NS-Propaganda die Bildung des Volkssturms offiziell bekannt. An diesem Tag jährte sich der Sieg in der Völkerschlacht bei Leipzig im Zuge der Befreiungskriege gegen Napoleon zum 131. Mal.

Das Ziel der Massenmobilisierung sollte darin bestehen, den Feind „zurückzuwerfen und solange vom Reich abzuhalten, bis ein die Zukunft Deutschlands, seiner Verbündeten und damit Europas sichernder Friede gewährleistet ist“. Dabei setzte Hitler offenbar auf die psychologische Ermattung des Gegners angesichts steigender Eigenverluste infolge des „totalen Einsatzes“ sämtlicher deutschen Männer. Denn theoretisch waren immerhin sechs Millionen „Volksgenossen“ volkssturmpflichtig.

Dem standen allerdings die Erfordernisse der Kriegswirtschaft entgegen. Deswegen blieben am Ende sehr viel weniger Kämpfer als erhofft übrig. Nach einer Schätzung von Generalmajor Hans Kissel, dem Chef des Volkssturm-Führungsstabes, lag deren Zahl zwischen 500.000 und 700.000.

500.000 bis 700.000 Mann

Hinsichtlich des völker- und kriegsrechtlichen Status hieß es in Ausführungsbestimmungen zum Führererlass vom

27. September 1944: „Die Angehörigen des Deutschen Volkssturms gelten im Sinne der Haager Landkriegsordnung als Kombattanten.“ Daher mussten die Volkssturmmänner in eine formelle Kommandostruktur eingebunden sein, ihre Waffen offen führen und an ihrer Kleidung entsprechende Erkennungsabzeichen tragen. Bei der Verantwortlichkeit für den Volkssturm gab es jedoch ein Kompetenzzwirrwarr. Die militärische Organisation, Ausbildung und Bewaffnung oblag dem Reichsführer SS, Heinrich Himmler, in seiner Eigenschaft als Befehlshaber des Ersatzheeres. Dahingegen wurde den NSDAP-Gauleitern die Zuständigkeit für die Aufstellung und Führung der Volkssturm-Bataillone übertragen. Und beim Kampfeinsatz hatte dann auch die Wehrmacht noch ein entscheidendes Wort mitzureden.

Der Volkssturm verfügte nur über relativ wenige Waffen, da die Wehrmacht sich weigerte, welche abzugeben. Aus einer Aufstellung Kissels geht hervor, dass in den vom Feind bedrohten Gauen 1,3 Millionen Handfeuerwaffen und 75.000 Maschinengewehre nötig gewesen wären. Vorhanden waren aber nur 18.575 beziehungsweise 181. Vielfach standen nur alte italienische, dänische, belgische oder französische Beutewaffen zur Verfügung. Den

größten Kampfwert hatten die millionenfach produzierten und auch an den Volkssturm ausgelieferten Panzerfäuste.

Was die Kennzeichnung als Kombattanten betraf, so trugen die Angehörigen des letzten Aufgebots des Dritten Reiches im Regelfall Armbinden in den Staatsfarben Schwarz, Weiß und Rot mit der Aufschrift „Deutscher Volkssturm“ und „Wehrmacht“ sowie dem Hoheitsadler. Da selbst diese Binden manchmal knapp waren, kamen daneben auch gebastelte Provisorien zum Einsatz.

Um auch ansonsten sicherzustellen, dass der Gegner den kriegsrechtlichen Status der Volkssturmmänner anerkennt, informierte das Auswärtige Amt die Alliierten unter Nutzung diplomatischer Kanäle über die Bildung der Miliz. Die Westmächte akzeptierten die Angehörigen des Volkssturms daraufhin offiziell als Kombattanten, während die Sowjetunion dies nicht tat. Deshalb wurden im Osten später sehr viel mehr Volkssturmkämpfer als „Partisanen“ erschossen als im Westen.

Und auch in anderer Hinsicht gab es gravierende Unterschiede zwischen der Ost- und der Westfront. An der Letzteren blieben oft mehr als zwei Drittel der Rekrutierten dem Dienst fern, während der Rest zumeist bei der erstbesten Gelegenheit die Waffen streckte. Dahingegen



Sie verband die Volkssturmmänner äußerlich und kennzeichnete sie als Kombattanten: Armbinde des Volkssturms

Foto: Wikimedia/Militaryace

gen lag die Einsatzbereitschaft im Osten deutlich höher.

175.000 als vermisst gemeldet

Dort begann der Volkssturm im Oktober 1944 mit Schanzarbeiten und dem Ausbau der rückwärtigen Stellungen. So unter anderem im Raum der ostpreußischen Ortschaften Gumbinnen, Goldap und Angerapp. Einen Monat später standen im Bereich der 170. Infanterie-Division in Ostpreußen acht Volkssturm-Bataillone bereit. Die verbissensten Kämpfe mit dem Gegner focht die Miliz aus zwangsrekrutierten, aber auch freiwillig angetretenen Zivilisten ab Januar 1945 bei der Verteidigung von Breslau, Posen, Küstrin, Kolberg und Königsberg aus. Zu diesem Zeitpunkt wurden auch 20 relativ gut ausgebildete und ausgerüstete Volkssturm-Bataillone „zur besonderen Verwendung“ aus weiter westlich gelegenen Gauen an die Ostfront beordert. In Breslau kämpften am Ende um die 15.000 Volkssturmmänner, die 26 Front-, zehn Bau- und zwei Ersatz-Bataillonen angehörten und dem Feind gemeinsam mit etwa 30.000 Soldaten der Wehrmacht und der Waffen-SS bis zum 6. Mai 1945 standhielten.

Eine nicht unwesentliche Rolle spielte der Volkssturm auch bei der Verteidigung der eingeschlossenen ostpreußischen Provinzhauptstadt Königsberg ab Anfang Februar 1945. Besonders hervorzuheben ist hier das Volkssturm-Bataillon 25/82, dem lediglich 260 Mann angehörten und das im Nordwestsektor des Belagerungsringes operierte. Dessen Kommandeur Ernst Tiburzy schoss am 10. Februar im Einzelgefecht mehrere russische T-34-Panzer ab, wofür er als erster von insgesamt vier Angehörigen des Volkssturmes das Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes erhielt.

Einige der im März 1945 neu aufgestellten Volkssturm-Eliteverbände wie das Freikorps Adolf Hitler sowie die Panzerjagdverbände Döberitz und Munster kämpften noch bis zur deutschen Kapitulation am 8. Mai 1945 im Verbund der 12. Armee im Raum westlich von Berlin. Wie viele Volkssturmmänner in all den Gefechten und Schlachten oder nach ihrer Gefangennahme den Tod fanden, ist unbekannt, weil hierzu keinerlei Statistiken existieren. Fest steht nur, dass die meisten der 175.000 als vermisst gemeldeten Angehörigen des Volkssturms nicht nach Hause zurückkehrten.

MALTA

Weitgehende Abnabelung von London

In den napoleonischen Kriegen war Großbritannien in den Besitz Maltas gelangt und gab es auch bei der Neuordnung Europas nach dem Ende der napoleonischen Ära nicht wieder her. Im Ersten Pariser Frieden wurde der Beherrscherin der Meere 1814 die Mittelmeerinsel als Kronkolonie zugestanden. Sie half ihr, im Mittelmeer Präsenz zu zeigen und nach der Eröffnung des Sueskanals 1869 den Seeweg nach Indien abzusichern.

Von der Dekolonisation nach dem Zweiten Weltkrieg war auch Malta betroffen. Zwei Jahre nach Kriegsende gestand die Kolonialmacht ihrer Kolonie die Selbstverwaltung zu. Am 5. September 1947 trat die MacMichael Constitution in Kraft, die ein allgemeines und gleiches Wahlrecht für Männer und Frauen ab dem Erreichen des 22. Lebensjahres vorsah. Vom 25. bis zum 27. Oktober des Jahres fanden die ersten Wahlen nach diesem Wahlrecht statt.

Ähnlich wie weiland die nordamerikanischen Kolonisten in den späteren USA verlangten nun auch die Malteser eine Vertretung ihrer Bevölkerung im britischen Parlament. Das verwehrte jedoch London. Daraufhin forderte Maltas Regierung die Unabhängigkeit. Anders als weiland bei den Nordamerikanern ließ London es diesmal nicht auf einen Krieg ankommen. Die Bevölkerung Maltas sollte entscheiden. Ein entsprechendes Referendum war eindeutig und vor



Unabhängigkeitsdenkmal in Floriana

60 Jahren, am 21. September 1964, wurde Malta in die Unabhängigkeit entlassen. Dieser Tag wird bis heute als Nationalfeiertag begangen, und seit 1989 erinnert in Floriana ein aus Anlass des 25. Jahrestages vom maltesischen Bildhauer, Keramiker und Medailleur Ġanni Bonnici erschaffenes Denkmal an das historische Ereignis.

Die Erlangung der Unabhängigkeit hinderte Maltas damaligen Premierminister, Ġorġ Borg Olivier, nicht daran, eine probritische Politik zu betreiben. So durfte die Royal Navy auf der Insel bleiben. Dafür zahlte nicht nur die alte Kolonialmacht, sondern indirekt zahlten auch die Westdeutschen, da sich an den finanziellen Gegenleistungen außer der Navy auch die NATO und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft beteiligten.

Als die Briten die Verteidigungsausgaben kürzten, schien sich das Geschäft für die Malteser nicht mehr zu rechnen. Jedenfalls ersetzten sie bei den Parlamentswahlen 1971 Olivier durch den weniger probritischen Dom Mintoff. Dieser sorgte dafür, dass die Bindung der Maltesische Lira an das britische Pfund Sterling aufgegeben wurde, Malta 1974 Republik wurde und 1979 mit dem Auslaufen des von ihm gekündigten Stationierungsabkommens die Briten die Insel räumten. Commonwealth-Mitglied blieb der Inselstaat allerdings bis zum heutigen Tag.

Manuel Ruoff

VON WOLFGANG KAUFMANN

Auf den Schlachtfeldern der Ukraine kündigt sich an, wie die Kriege der Zukunft aussehen könnten. Stück für Stück werden menschliche Soldaten durch Drohnen und andere unbemannte technische Systeme ersetzt. Mehr noch: Der Trend geht sogar dahin, dass die Dohnen nicht mehr wie bislang von Menschen gesteuert werden, sondern von Künstlicher Intelligenz (KI). Das ist der Beginn der dritten großen Revolution in der Kriegführung nach der Erfindung des Schießpulvers und der Atombombe. Wobei hier diejenige Macht die Nase vorn haben wird, der es gelingt, ihre KI-gelenkten Waffen am besten zu vernetzen, um schneller und effektiver als der Gegner zu agieren. Deshalb steigen nun auch „patriotische“ US-Technologiekonzerne ins attraktive Rüstungsgeschäft ein.

Maßgeblich mitverantwortlich für diese Entwicklung ist der Google-Gründer Eric Schmidt, der zu den technologischen Beratern der Biden-Regierung gehört und von 2017 bis 2020 an der Spitze des Defense Innovation Board des US-Verteidigungsministeriums stand, dessen Aufgabe unter anderem in der Vorbereitung des Kriegseinsatzes der KI liegt. Darüber hinaus investiert er über sein Unternehmen America's Frontier Fund in militärische Technologie-Start-ups und gründete 2023 selbst eine Firma namens White Stork zur Produktion von Drohnen für die US-Streitkräfte.

Krieg ohne Menschen

Ebendieser Schmidt, den die meisten Menschen nur mit der Suchmaschine Google in Verbindung bringen, agiert nun als Vordenker der Falken in den Technologiehochburgen der USA wie Silicon Valley. So publizierte er 2021 gemeinsam mit dem früheren US-Außenminister und Nationalen Sicherheitsberater Henry Kissinger ein Buch mit dem Titel „Das Zeitalter der KI und unsere menschliche Zukunft“, in dem es um die Entfernung des Homo sapiens aus dem Prozess der militärischen Entscheidungsfindung geht. Noch deutlicher wird Schmidt jetzt in seinem Aufsatz „Amerika ist auf die Kriege der Zukunft nicht vorbereitet“, der im Fachblatt „Foreign Affairs“ erschien und als dessen Co-Autor der ehemalige Generalstabschef der US-Streitkräfte, Mark Milley, fungierte.

Darin heißt es, die USA hätten bislang nicht „in vollem Umfang mit der Produktion der für Roboterwaffen erforderlichen Ausrüstung begonnen und auch nicht die Software entwickelt, die für den umfassenden Einsatz automatisierter Waffen erforderlich ist“. Vielmehr seien die Gegner Amerikas, allen voran China und Russland, hier führend. Daher raten Schmidt und Milley zu „großen Reformen“ und zur Unterstützung „neuer Waf-



Neue Ära der Waffentechnik: Ein Schwarm KI-gesteuerter Quadrocopter-Drohnen im Manöver

Foto: mauritius images/Mariusz Burcz/Alamy

RÜSTUNG

Die dritte historische Revolution der Kriegführung bricht an

Schießpulver, Atombombe – und nun die Künstliche Intelligenz: Die Großmächte arbeiten mit Hochdruck an Technologien, welche die Schlachtfelder der Welt abermals gründlich verändern könnten

fenhersteller“, womit wohl auch Schmidts Unternehmen White Stork gemeint ist.

Auf jeden Fall stehen in den Vereinigten Staaten zahllose Risikokapitalgeber und Firmen bereit, um das Geschäftsfeld der KI-Kriegführung zu erschließen und den Glauben an technologische „Wunderwaffen“ zu stärken. Dabei können sie auf die Unterstützung des Pentagon zählen, wie aus einer Rede der Stellvertretenden Verteidigungsministerin Kathleen Hicks vor der National Defense Industrial Association im August 2023 hervorgeht.

Damals nannte die Politikerin auch das Hauptmotiv hierfür: „Wir müssen dafür sorgen, dass die Führung der Volksrepublik China jeden Tag aufwacht, die Risiken einer Aggression bedenkt und zu dem Schluss kommt: ‚Heute ist nicht der richtige Tag‘ – und zwar nicht nur heute, sondern jeden Tag, von heute bis 2027, von heute bis 2035, von heute bis 2049 und darüber hinaus.“ Dabei gibt es einige Un-

ternehmen, auf denen die besonderen Hoffnungen des Pentagon ruhen. Ein Musterbeispiel hierfür ist Anduril Industries, dessen Management die Überlegenheit von kleineren Hightech-Start-ups gegenüber den militärisch-industriellen Giganten der alten Schule wie Boeing und Lockheed Martin beschwört, wenn es um den Bau von unbemannten, intelligenten Systemen für die Kriege der Zukunft geht.

Anduril produziert heute bereits autonom operierende Drohnen der Altius-Serie und des Typs Ghost, den ohne Besatzung auskommenden Mini-Kampfhubschrauber Anvil sowie das vollautomatische Unterwasserfahrzeug Dive-LD. Dazu kommt die KI-Softwareplattform Lattice. Außerdem befinden sich weitere autonom agierende Systeme wie die Drohnen Fury und Roadrunner sowie das U-Boot Ghost Shark in der Entwicklung.

Zum Einsatz all dieser Produkte schrieb der Chief Strategy Officer von An-

duril Industries, Christian Brose, welcher früher unter anderem als Berater der US-Außenministerin Condoleezza Rice fungierte, in seinem 2020 erschienenen Buch „Die Killer-Kette. Amerikas zukünftige Verteidigung im Hightech-Krieg“: Wer am Ende als Gewinner dastehen wolle, müsse die Zeit zwischen der Ortung und der Zerstörung eines Ziels maximal verkürzen, was besonders ausgefeilte KI-Anwendungen erfordere.

Ukrainekrieg lehrt etwas anderes

Die Praxis, Maschinen die Entscheidung im Kampf zu überlassen, birgt allerdings enorme Risiken, vor denen sogar Schmidt und Milley warnen: Spätestens wenn die KI über den Einsatz von Atomwaffen entscheide, müsse sie „unter strenger Kontrolle stehen“. Dem folgt der bemerkenswerte Satz: „Die nächste Generation autonomer Waffen muss im Einklang mit den liberalen Werten und der universellen Achtung der Menschenrechte gebaut wer-

den, und das erfordert eine aggressive Führung der USA.“ Kritiker der KI-Kriegführung monieren allerdings nicht nur diese sehr spezielle Form von Hybris, sondern auch die technischen Schwächen der „Wunderwaffen“. Der Ukrainekrieg habe gezeigt, dass die besonders hochgezüchteten und vermeintlich intelligenten Systeme oftmals auf recht einfache Weise ausgeschaltet werden könnten.

Aber die Möglichkeiten, mit militärischer KI Geld zu verdienen, sind offenbar viel zu attraktiv, als dass jetzt noch Raum für Bedenken wäre. Nach Angaben der „New York Times“ flossen in den USA während der vergangenen vier Jahre 125 Milliarden US-Dollar in die Entwicklung autonomer Angriffs- und Verteidigungswaffen. Und auch die große internationale Rüstungsmesse Eurosatory in Paris im Juni 2024 hat gezeigt, wohin die Reise geht: Die meisten der mehr als 2000 Aussteller präsentierten hier auch Waffensysteme mit KI-Komponenten.

KILLERDROHNEN

USA und China liefern sich einen verbissenen Wettlauf

Derzeit hat Peking die Nase vorn. Doch das Pentagon hat ein ehrgeiziges Programm aufgelegt, um aufzuholen

Der erste Einsatz einer mit Künstlicher Intelligenz (KI) ausgestatteten Drohne, welche dadurch komplett autonom operieren konnte, fand vermutlich am 7. März 2020 in Libyen statt. Damals attackierte ein Quadrocopter vom Typ Kargu-2 abtrünnige Soldaten, welche gegen die Regierungstruppen des Wüstenstaates kämpften. Hersteller der Waffe war das türkische Unternehmen STM.

Mittlerweile hat allerdings die Volksrepublik China die Nase vorn, wenn es um militärische Drohnen mit KI-Komponenten geht. Ihr Marktanteil beträgt hier um die 70 Prozent. Deshalb kündigte das US-Verteidigungsministerium am 28. August

2023 die sogenannte Replikator-Initiative an, welche unter Leitung der Stellvertretenden Verteidigungsministerin Kathleen Hicks und des Stellvertretenden Vorsitzenden des Vereinten Generalstabs, Vizeadmiral James Grady, steht. Deren Ziel besteht darin, in den kommenden zwei Jahren mehrere Tausend autonome, in der Luft oder zu Wasser einsetzbare Drohnen zu beschaffen, um auf diese Weise die numerische Überlegenheit der chinesischen Streitkräfte auf dem Gebiet der KI-gesteuerten Waffen auszugleichen.

Hierzu sagte Hicks: „Replikator soll uns helfen, den größten Vorteil der Volksrepublik China zu überwinden, nämlich

die Masse ... Wir werden der Masse der chinesischen Volksrepublik unsere eigene Masse entgegensetzen. Aber unsere wird ... schwieriger zu treffen und schwieriger zu schlagen sein. Mit klugen Menschen, intelligenten Konzepten und smarter Technologie wird unser Militär wendiger sein, mit Dynamik und Nachdruck, die aus dem kommerziellen Sektor kommen.“

Das Pentagon stellt für das Replikator-Programm zum Ankauf von KI-gesteuerten Drohnen, die nun auch ADA2-Systeme genannt werden, im laufenden Jahr 500 Millionen Dollar zur Verfügung, und 2025 soll noch einmal die gleiche

Summe fließen. Das ist relativ wenig Geld, weil die Kampfmaschinen deutlich billiger sein sollen als die bislang eingesetzten Systeme wie die MQ-9 Reaper zum Stückpreis von 30 bis 56 Millionen Dollar.

Entwicklung und Bau der neuen US-Militär-Drohnen obliegen vier Unternehmen: Anduril Industries mit Sitz im kalifornischen Costa Mesa, Integrated Solutions for Systems und Leidos Dynetics in Huntsville (Alabama) sowie Zone 5 Technologies in San Luis Obispo (Kalifornien). Dabei dürfte sich der Schwerpunkt mittelfristig von den fliegenden zu den schwimmenden oder tauchenden ADA2-Systemen verschieben, weil die

drohende Invasion der Volksrepublik China auf der Insel Taiwan und das Ringen um die Vorherrschaft im indopazifischen Raum eine Vielzahl autonomer Angriffs- und Defensivmittel aufseiten der US-Marine erfordert.

Immerhin plant Peking, die Seestreitkräfte der Volksbefreiungsarmee bis 2027 dergestalt aufzurüsten, dass sie dem Militär der Vereinigten Staaten im Pazifik ebenbürtig sind. Und im Jahre 2049, in dem sich die Machtübernahme der Kommunistischen Partei Chinas zum 100. Mal jährt, soll die chinesische Armee sogar die unangefochtene Nummer Eins im globalen Maßstab sein. W.K.



BARTENSTEIN

Marschiert ein Ritter ins Rathaus

Ferienfreizeit der Deutschen Minderheit mit Deutscher Sprache, Alltagsfragen und Handarbeit

VON UWE HAHNKAMP

Neue Projekte von jungen Menschen der Deutschen Minderheit gibt es im südlichen Ostpreußen nicht allzu viele. Eines davon ging vom 5. bis 9. August bereits zum zweiten Mal über die Bühne. Zur „Kreativen Sommerwerkstatt mit deutscher Sprache Deutsch mit Freude“ hatte der Jugendpunkt in Bartenstein unter der Leitung von Paweł Urbański eingeladen.

Sie hatten viel vor in den fünf Tagen. Das bewies bereits die beeindruckende Aufzählung der einzelnen Aktivitäten in der Werbung für das Projekt, die auf der Facebook-Seite der Regionaltanzgruppe „Saga“ zu finden war. Dabei handelte es sich bei der Veranstaltung eigentlich „nur“ um einen Ferienhorst. Die Teilnehmer im Alter zwischen zwölf und 17 Jahren übernachteten also nach dem jeweils halbtägigen Tagesprogramm ganz normal zuhause. Bewundernswert ist aber, dass bis auf eine kleine Ausnahme alles umgesetzt wurde.

Das Wetter machte einen Strich durch die Rechnung

Diese kleine Ausnahme hatten die Organisatoren dem Wetter zu verdanken, das am ersten Tag ihre Pläne für eine Sportolympiade unter freiem Himmel durchkreuzte. Da kam ihnen ein anderer Programmpunkt zum Auftakt gerade recht – es gab einen Vortrag zu psychischer Gesundheit von jungen Menschen und über den Umgang mit Stress, Enttäuschungen und Depressionen. Der frühe Nachmittag war unter der Leitung von Danuta Niewęłowska, der Leiterin von „Saga“, an allen Tagen verschiedenen Handarbeiten wie dem Anfertigen von Schlüsselanhängern mit Perlen oder von Armbändern auf einem kleinen Webstuhl gewidmet.

Es entwickelte sich ein Tagesrhythmus: spielerischer Deutschunterricht zu Beginn, anschließend Training im Umgang mit gesellschaftlichen Fragen und dann manuelle Werkstätten. Der Unter-



Kleine Ritter ganz groß: Daria Pisarek (r.) und ihre Helden

Foto: U.H.

richt in deutscher Sprache war einerseits musikalisch ausgestaltet mit Monika Krzenek von der Deutschen Minderheit in Ortelsburg und Chantal Stannik, der Kulturmanagerin des Instituts für Auslandsbeziehungen beim Verband der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren (VdGEM) – dabei ging es vor allem um gute Aussprache und neue Lieder. Andererseits ging es um konkrete Sprachspiele mit Stannik oder das Lernen von Wortschatz mit dem Animationstuch.

Aber die Kinder und Jugendlichen blieben nicht nur in der Zentrale des Projekts im Saal der Gesellschaft der Deutschen Minderheit in Bartenstein. Am Mittwoch fuhren die Teilnehmer des Projekts in den Erlebnispark „Mazurolandia“ nahe der Wolfsschanze bei Rastenburg. Der Garten von Adolf Hitler, der Park der Miniaturen denkmalgeschützter Gebäu-

de aus Ermland und Masuren und das Museum der Militaria des Zweiten Weltkriegs lockten, vor allem aber die Ritterburg, wo die jungen Menschen Ritter werden und unter Aufsicht eines Trainers mit dem Schwert kämpfen durften. Darüber hinaus war es sogar möglich, Ponys zu füttern.

Ausflug zur Wolfsschanze

Und marschiert ein Ritter dann ins Rathaus von Bartenstein – bekommt er eine Führung. Diesen Einblick in die Stadtverwaltung samt Begrüßung durch den Vizebürgermeister der Stadt gab es für die jungen Bartensteiner jedoch erst am letzten Tag. Am Tag davor landeten sie in der Kommandantur der Kreispolizei, wo neben der Besichtigung des Gebäudes ein Vortrag über den Umgang mit Cybergewalt, vor allem Mobbing, und mit Infor-

mationen zum Thema Drogen anstand. Bereits am zweiten Tag hatte ein Referent vom Gefängnisdienst ihnen die Dienste in Uniform sowie das Recht und die Verfassung der Republik Polen vorgestellt, und sie auch über ihre Rechte als Schüler aufgeklärt.

Die fünf Tage in Bartenstein boten also einen vielseitigen, ganzheitlichen und fröhlichen Unterricht, der als solcher fast gar nicht zu erkennen war, auch wenn die Organisatoren für einen disziplinierten Ablauf sorgten. Zum Abschluss, als I-Tüpfelchen und zum Austoben für die Kinder, gab es am Freitag noch eine Einheit Tanzen mit der „Topporzer Kreuzpolka“ – und danach gute Noten von den Teilnehmern. Eine Herausforderung an die Leitung, denn – so endet deren eigener Sachbericht – „wir legen Jahr für Jahr die Latte noch höher“.

GOLDAP

Sommerfest im Haus der Heimat

25-jähriges Bestehen – Kreisvertreter Stephan Grigat empfing zahlreiche Gäste zum Gartenfest

Mit einem Sommerfest im Garten des „Haus der Heimat“ wurde das 25-jährige Bestehen des Vereinshauses der Kreisgemeinschaft Goldap Ostpreußen e.V. am 20. Juli 2024 in Goldap begangen. Viele Besucher aus dem ehemaligen deutschen Goldap und aus dem heute polnischen südlichen Ostpreußen waren der Einladung des Kreisvertreters und Sprechers der Landsmannschaft Ostpreußen (LO), Stephan Grigat, gefolgt.

Als Ehrengäste konnte Grigat die Brüder Landrat Krzysztof Kazaniecki und Bürgermeister Konrad Kazaniecki begrüßen, außerdem die Goldaper Stadtratsvorsitzende Wioletta Anuszkiewicz und den Vorsitzender des Verbandes der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren (VdGEM), Heinrich Hoch. Andreas Gautschi, diesjähriger Kulturpreisträger der LO, zählte ebenso zu den Ehrengästen wie Domherr André Schmeier aus Allen-

stein. Eine erfreuliche Anzahl an Besuchern aus der Bundesrepublik nutzte die Gelegenheit zur Kontaktpflege einerseits

und zur Vertiefung ihres geschichtlichen Wissens in den Räumlichkeiten der Ausstellung andererseits.



Besteht seit 25 Jahren: Das Haus der Heimat in Goldap

Foto: Gerhard Trucewitz

Das „Haus der Heimat“ ist das Deutsche Kultur- und Begegnungszentrum in Goldap. Im Haus befindet sich ein Goldaper Heimat- und Regionalmuseum in Trägerschaft der Kreisgemeinschaft Goldap Ostpreußen e.V. Hier wird eine zweisprachige Dauerausstellung (deutsch/polnisch) zur Geschichte der Stadt Goldap und Umgebung, eine Fotoausstellung Goldaps (1890 bis 1945) und eine Rominen-Ausstellung gezeigt. Das Haus beherbergt außerdem Begegnungs- und Versammlungsräume sowie eine Bibliothek mit umfangreicher Literatur über Ostpreußen.

Annelies Trucewitz

● **Haus der Heimat** 19-500 Goldap, ul. Zeromskiego 16. Das Museum im Haus der Heimat wird nach Vereinbarung geöffnet. Besichtigungstermine können unter der Telefon-Nr. +48 602 316 741 oder E-Mail goldap@goldap.de vereinbart werden.

● MELDUNGEN

Wieder Busse nach Riga

Königsberg/Riga – Von Königsberg nach Riga und in umgekehrter Richtung verkehren trotz der angespannten politischen Lage wieder Passagierbusse. Darüber berichtete das Portal „Klops“ unter Bezugnahme auf die Verwaltung des Busbahnhofs in Königsberg. Die erste Fahrt Richtung Lettland auf der internationalen Strecke 8209 wurde demnach am 24. August durchgeführt. Die Busse aus Königsberg sollen dienstags, donnerstags und sonntags verkehren, die aus Riga mittwochs, freitags und sonntags. Unterwegs gibt es einen Halt in Schaulen [Šauliai]. Der einfache Fahrpreis von Königsberg nach Riga beträgt umgerechnet rund 65 Euro, und 128,40 Euro kostet die Hin- und Rückfahrt. Beim Kauf am Tag der Abfahrt erhöht sich der Preis für ein Ticket um zehn Prozent.

MRK

Rückgang der Exporte

Königsberg – Im vergangenen Jahr sind die Exporte aus dem Königsberger Gebiet um 16 Prozent, umgerechnet etwa 360 Millionen Euro, zurückgegangen. Dies berichtete das Portal „Rugrad“ unter Berufung auf den stellvertretenden Minister für wirtschaftliche Entwicklung, Industrie und Handel, Konstantin Schischkow. Das habe vor allem am Rückgang der Vorräte an Pflanzen- und Samenölen gelegen. Gleichzeitig sei ein Anstieg der Tourismusdienstleistungen sowie die Exporte von Konserven, verarbeitetem Bernstein und der von Holzprodukten gestiegen. Da es im Königsberger Gebiet wie in der gesamten Russischen Föderation aufgrund der Sanktionspolitik des Westens Schwierigkeiten beim Export von Waren in die Europäische Union gibt, haben die lokalen Hersteller damit begonnen, ihre Produkte in die Türkei, nach Israel und nach China zu exportieren. Diese Lieferungen wurden von Unternehmen aus der Holzverarbeitenden Branche, der Agrarindustrie und anderen organisiert.

MRK

Probleme mit Zweirädern

Königsberg – In Königsberg ist die Zahl der Unfälle mit Radfahrern und Rollerfahrern im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um ein Viertel gestiegen. Seit Jahresbeginn wurden 36 Menschen bei Unfällen verletzt (2023 waren es 29). Bei diesen Vorfällen wurde in den letzten vier Jahren eine Rekordzahl von 34 Radfahrern (plus 17 Prozent) verletzt, zwei starben. Im vergangenen Jahr kam in den ersten sieben Monaten niemand ums Leben. Es gab keine registrierten Unfälle mit Fußgängern, bei denen jemand verletzt wurde. Die Verkehrspolizei führt keine gesonderte Statistik zu Elektromobilen. In der öffentlich zugänglichen Datenbank gibt es keine Trennung zwischen Rad- und Rollerfahrern. Teilweise werden Unfälle mit Beteiligung von Elektrofahrzeugen in die Statistik einbezogen, ihr genauer Anteil ist jedoch nicht bekannt.

MRK



ZUM 100. GEBURTSTAG

Heerde, Traute, geb. **Bergatt**, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 21. September
Pichon, Waldemar, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 20. September

ZUM 99. GEBURTSTAG

Brosziewski, Siegfried, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 20. September
Gräf, Lydia, geb. **Holzlehner**, aus Talken, Kreis Lyck, am 22. September
Grunde, Ursula, geb. **Sachs**, aus Fischhausen, am 23. September
Krüger, Walter, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 21. September

ZUM 98. GEBURTSTAG

Tischmann, Artur, aus Gauleiden, Kreis Wehlau, am 20. September
Wysotzki, Gottfried, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 23. September

ZUM 97. GEBURTSTAG

Hensen, Anneliese, aus Bannern, Kreis Mohrunen, am 21. September
Lasberg, Dr., Brunhilde, geb. **No-reike**, aus Kahlau, Kreis Mohrunen, am 24. September
Muczenski, Richard, aus Weißhagen, Kreis Lyck, am 24. September
Piaszenski, Bruno, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 24. September
Richter, Siegmund, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 25. September

ZUM 96. GEBURTSTAG

Mrowitzki, Christel, geb. **Holzke**, aus Mohrunen, am 21. September
Tribuleit, Hanna, geb. **Gutzeit**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 22. September
Waschk, Gerda, geb. **Wawrzyn**, aus Walden, Kreis Lyck, am 23. September
Zippert, Kurt, aus Liebstadt, Kreis Mohrunen, am 20. September

ZUM 95. GEBURTSTAG

Brandau, Hildegard, geb. **Brozio**, aus Petzkau, Kreis Lyck, am 20. September
Dragun, Kurt, aus Maldanen, Kreis Ortelsburg, am 26. September
Hahn, Eleonore, geb. **Nikolayzik**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 21. September
Kahl, Gottlind, geb. **Griggi**, aus Lehmanen, Kreis Ortelsburg, am 24. September
Morgalla, Liesbeth, geb. **Wembd-zio**, aus Bärengrund, Kreis Treuburg, am 26. September
Nickel, Gerhard, aus Grieben, Kreis Ebenrode, am 20. September
Pichler, Ruth, geb. **Blanck**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 20. September
Sohlich, Kristel, geb. **Kowalewski**, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 21. September
Taufferner, Gudrun, aus Groß Ponnau, Kreis Wehlau, am 25. September
Wengerowski, Alfred, aus Eichen-see, Kreis Lyck, am 22. September

ZUM 94. GEBURTSTAG

Just, Ruth, geb. **Schwan**, aus Mogaite, Kreis Fischhausen, am 20. September
Katzenski, Adolf, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 24. September
Krause, Karl-Heinz, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 26. September
Kyewski, Gustav, aus Modellkau, Kreis Neidenburg, am 24. September
Niksckick, Richard-Ewald, aus Paterschobensee, Kreis Ortelsburg, am 25. September
Röhrs, Liesbeth, geb. **Niewierrra**, aus Neidenburg, am 22. September
Wannags, Hildegard, geb. **Kules-sa**, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 25. September

ZUM 93. GEBURTSTAG

Biernat, Hartmut, aus Lyck, Steinstraße 38, am 23. September
Bolik, Edith Maria, geb. **Lewan-drowski**, aus Modellkau, Kreis Neidenburg, am 21. September
Bott, Lisbeth, geb. **Dohmann**, aus Radomin, Kreis Neidenburg, am 24. September
Brodowski, Frieda, aus Stradau-nen, Kreis Lyck, am 21. September

Damme, Käthe, geb. **Jenzewski**, aus Alt Kriewen, Kreis Lyck, am 26. September
Grigull, Johannes, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 21. September
Hartmann, Irmgard, geb. **Tietz**, aus Konraden, Kreis Ortelsburg, am 25. September
Kleine, Else, geb. **Wiesjahn**, aus Himmelforth, Kreis Mohrunen, am 22. September
Lackas, Christel, geb. **Komossa**, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 24. September
Sievers, Helga, geb. **Kukla**, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 23. September
Tullney, Irmtraud, geb. **Borchert**, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 26. September
Wielk, Heinz, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 24. September
Worszeck, Gertrud, geb. **Kohs**, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 23. September

ZUM 92. GEBURTSTAG

Albers, Heinrich, aus Birken-mühle, Kreis Ebenrode, am 21. September
Altenkirch, Georg, aus Neukuh-ren, Kreis Fischhausen, am 20. September
Brunner, Margarete, geb. **Godau**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 20. September
Chlupka, Irene, geb. **Grimm**, aus Selmenthöhe, Kreis Lyck, am 25. September
Dora, Gerd, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 20. September
Franzke, Gertrud, geb. **Pelz**, aus Georgenthal, Kreis Mohrunen, am 22. September
Köppen, Ingrid, geb. **Münster-berg**, aus Pillau, Kreis Fischhau-sen, am 22. September
Kulms, Elli, geb. **Kösling**, aus Nickelsdorf, Kreis Wehlau, am 22. September
Kummerow, Edith, geb. **Fabian**, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 20. September
Skonetzki, Ewald, aus Kandien, Kreis Neidenburg, am 26. September
Tegelhütter, Irmgard, geb. **Böhm**, aus Ringlacken, Kreis Weh-lau, am 23. September
Teige, Alfred, aus Groß Lasken, Kreis Lyck, am 25. September
Winski, Siegfried, aus Mohrun-gen, am 25. September

Wunderlich, Gerd, aus Föhren-horst, Kreis Ebenrode, am 21. September
Zigann, Siegfried, aus Sor-genau, Kreis Fischhausen, am 22. September

ZUM 91. GEBURTSTAG

Gellert, Elfriede, aus Farienen, Kreis Ortelsburg, am 22. September
Gerards, Hans, aus Lyck, Blücher-straße 9a, am 24. September
Greschkowiak, Ursula, geb. **Fröh-lian**, aus Kutzen, Kreis Lyck, am 20. September
Grütmacher, Fritz, aus Stein-halde, Kreis Ebenrode, am 23. September
Hennig, Rudi, aus Hasenberg, Kreis Wehlau, am 25. September
Plaumann, Günter, aus Ortels-burg, am 22. September
Schäfer, Gertrud, geb. **Thäsler**, Kreis Lötzen, am 24. September
Schöne, Margarete, geb. **Lau-pichler**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 20. September
Teller, Renate, geb. **Heinrichs**, aus Wehlau, am 23. September
Walter, Manfred, aus Wiese, Kreis Mohrunen, am 21. September

ZUM 90. GEBURTSTAG

Gudergahn, Ruth, geb. **Kobus**, aus Gellen, Kreis Ortelsburg, am 24. September
Hardt, Edith, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 25. September
Harz, Christel, geb. **Lask**, aus Schelasken, Kreis Lyck, am 23. September
Hermanns, Helmut, aus Pel-keninken, Kreis Wehlau, am 20. September
Klimmek, Werner, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 21. September
Nahas, Ursula, geb. **Ehlert**, aus Lyck, am 22. September
Ollesch, Rosemarie, aus Farienen, Kreis Ortelsburg, am 21. September
Patzschke, Inge, geb. **Wolff**, aus Mohrunen, am 20. September
Reis, Erika, geb. **Schulz**, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 23. September
Rekowski, Gotthilf, aus Weidicken, Kreis Lötzen, am 21. September
Rohloff, Horst, aus Wehlau, am 23. September
Stutzke, Alfred, aus Lyck, am 25. September

ZUM 85. GEBURTSTAG

Ditz, Irma, geb. **Bödder**, aus Groß Michelau, Kreis Wehlau, am 25. September
Glowatz, Adele, geb. **Mottel**, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 21. September
Gorny, Wolfgang, aus Schwen-tainen, Kreis Treuburg, am 23. September



Landsmannschaft Ostpreußen – Termine 2024

20. bis 22. September: **Ge-schichtsseminar** in Helmstedt
7. bis 13. Oktober: **Werkwo-che** in Helmstedt
1. November: **Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzen-den** in Wuppertal (gT)
2. November: **Mitgliederver-sammlung der LO-Bruderhil-fe e.V.** in Wuppertal (gT)

2. und 3. November: **Ostpreu-ßische Landesvertretung** in Wuppertal (gT)

Auskünfte: Landsmannschaft Ostpreußen – Bundesge-schäftsstelle, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Gritto, Otto, aus Wilmsdorf, Kreis Wehlau, am 23. September
Kimmel, Hilde, geb. **Konopka**, aus Friedrichsheide, Kreis Treu-burg, am 20. September
Laser, Gerda, geb. **Fonferra**, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, am 26. September
Oehsen, Ursula von, geb. **Schnei-der**, aus Drusken, Kreis Ebenrode, am 26. September
Olschewski, Gisela, aus Lyck, am 24. September
Palm, Gerhard, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 20. September
Scheyda, Dietmar, aus Lyck, am 24. September
Schröder, Hildegard, geb. **Blume**, aus Rosenfelde, Kreis Wehlau, am 24. September
Stehle, Gerda, geb. **Lasarzewski**, aus Regeln, Kreis Lyck, am 21. September

ZUM 80. GEBURTSTAG
Danisch, Dietmar, aus Seefrieden, Kreis Lyck, am 23. September
Haake, Wolf-Werner, Kreis-gemeinschaft Lötzen, am 24. September
Labes, Veronika, geb. **Gritzan**, aus Groß Heidenau, Kreis Ortels-burg, am 20. September
Rösner, Gisela, geb. **Tysarzig**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 20. September

ZUM 75. GEBURTSTAG

Feller, Karl-Heinz, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 25. September
Patorra, Bernard, aus Gellen, Kreis Ortelsburg, am 20. September
Stolzke, Jürgen, aus Germau, Kreis Fischhausen, am 23. September

Neu: Schmalspur-Album Ostpreußen

Im Dezember erscheint nach zwei Jahren intensiver Arbeit das **Schmalspur-Album Ost-preußen**. Die schmalspurigen Kleinbahnen der Provinz Ost-preußen – immerhin elf Bah-nen mit einer Streckenlänge von über 800 Kilometern in den Spurweiten 600 Millime-ter, 750 Millimeter und 1000 Millimeter – werden auf 350 Seiten anhand von fast 1200 Bildern, Kartenausschnit-ten, Bahnpostbelegen, Fahr-plänen und Fahrkarten doku-mentiert. Damit wird eine Fahrt mit der Kleinbahn von Königsberg nach Schaaksvitte, von Rastenburg nach Sens-burg, von Insterburg nach Warnascheln oder von Tilsit über Mikieten nach Schmal-le-ningken auch für heutige Le-se-rinnen und Leser erlebbar.

Das alles war nur möglich durch die aktive Mithilfe vieler

Eisenbahnfreunde und priva-ter Sammler sowie der Unter-stützung der Landsmann-schaft Ostpreußen, der betei-ligten Stadt- und Kreisgemein-schaften und vor allem des Bildarchivs Ostpreußen. Allen Helfern und Unterstüt-tern gilt der Dank der beiden Autoren und des Verlages für dieses Gemeinschafts-werk! Die Bildpaten erhalten ihr persönliches Exemplar noch vor Weihnachten zuge-sandt.

Das Schmalspur-Album Ost-preußen kann im örtlichen Buchhandel, im Internet oder unmittelbar beim Verlag SSB Medien, Bahnhofstraße 41, 02763 Zittau, Internet unter: www.ssb-medien.de/detail/in-dex/sArticle/379/sCatego-ry/40, zum Preis von 69 Euro bestellt werden (ISBN: 978-3-9826224-2-2). **Jörg Petzold**

Zusendungen für die Ausgabe 40/2024

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 40/2024 (Erstverkaufstag 4. Oktober) **bis spätestens Dienstag, den 24. September**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Ulrike Groddeck
Telefon (040) 4140080
E-Mail: groddeck@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **star-ke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Dele-gierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmann-schaft Ostpreußen e.V. **infor-miert** und erhalten **Einladun-gen** zu Veranstaltungen und Se-minaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundes-geschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zur-zeit 60,- Euro. Den Aufnahme-antrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Lands-mannschaft – www.ostpreus-sen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung kön-nen Sie jederzeit widerspre-chen. Landsmannschaft Ostpreu-ßen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de



Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Pommern
Altmühlfranken – Freitag, 20. September, 19 Uhr, Gasthof Adlerbräu, Marktplatz, Gunzenhausen: gemeinsames Essen, Pommersche Kartoffelsuppe; Pommern in Brasilien, ein Reisebericht von Magdalena Kempin-Palatini.

Beate Uhse
Nürnberg – Dienstag, 24. September, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Ende der U1 gegenüber (Langwasser): Treffen der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen sowie Pommern zum Thema „Beate Rotermund-Uhse aus dem Landkreis Cranz“.



Vorsitzender: Heinrich Lohmann, **Geschäftsstelle:** Parkstraße 4, 28209 Bremen, E-Mail: heinrichlohmann@gmx.de, Telefon (0421) 3469718

Sommerausklang
Bremen – Unser Sommerausklang mit Beetenbartsch war wie im Vorjahr ein erfreuliches Treffen. Um unseren Mitgliedern in Bremen-Nord eine Veranstaltung in örtlicher Nähe anzubieten, hatten wir uns entschlossen, den Lesumer Hof wiederum als Veranstaltungsort zu wählen. Herr Niebank, Inhaber und Koch des Hauses, hat inzwischen Erfahrung, uns die ostpreußische Spezialität nach dem Rezept unserer Frau Richter zuzubereiten.
31 Mitglieder und Gäste waren in diesem Jahr dabei und freuten

sich zunächst auf ein Wiedersehen bei Kaffee und Kuchen.
Anschließend folgte der Vortrag „Kennen Sie Kant? – Ein Lebensbild anlässlich seines 300. Geburtstages“, vorgetragen von unserem Mitglied Dr. Gisela Borchers. Sie vermittelte uns die Biografie Immanuel Kants anhand von Bildern seines Lebens und seiner Heimatstadt Königsberg.
Das anschließende Beetenbartsch-Essen bildete den kulinarischen Abschluss eines harmonischen Tages. *Heinrich Lohmann*



Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Mobiltelefon (0178) 3272152

Tag der Heimat
Hamburg – Sonnabend, 21. September, 15 Uhr, Einlass ab 14.30 Uhr, Bach-Saal Gemeindehaus St. Michaelis, Krayenkamp 4: Tag der Heimat. Mit dem ÖPVN zu erreichen mit der U3 bis Haltestelle Baumwall oder Landungsbrücken oder mit den Buslinien 16 und 17 bis Haltestelle Michaeliskirche. Der Tag der Heimat findet statt unter dem Leitwort „Heimatvertriebene und Heimatverbliebene: Gemeinsam für ein friedliches Europa“. Veranstalter ist der Landesverband der vertriebenen Deutschen in Hamburg e.V. Gäste sind herzlich willkommen.

Elchniederung
Hamburg – Donnerstag, 26. September, 14 Uhr, Einlass ab 13.30 Uhr, Berenberg-Gossler-Haus, Niendorfer Kirchweg 17: Treffen der Heimatkreisgemeinschaft Elchniederung. Der Treffpunkt ist in fünf Gehminuten von der U2 Haltestelle Niendorf Markt zu erreichen. Mit Jä-

bern und gemeinsamem Singen wollen wir den Herbst begrüßen. Für das leibliche Wohl wird mit Kaffee und Kuchen gesorgt. Gäste sind herzlich willkommen.



Stellv. Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700

Slow-Dating
Frankfurt am Main – Donnerstag, 19. September, 16 bis 19 Uhr, Haus der Begegnung, Dörfeldstraße 6: Slow-Dating, Gleichgesinnte kennenlernen und neue Freundschaften knüpfen, eine Veranstaltung in der Aktionswoche „Älterwerden“. Wir bringen Menschen über Impulsfragen in anregende Gespräche, um sich näher kennenzulernen. Ziel des Nachmittags ist es, Kontakte untereinander herzustellen, um zum Beispiel zukünftig gemeinsam ins Theater zu gehen. Eine Anmeldung war erforderlich.

Gesprächskreis
Frankfurt am Main – Montag, 30. September, 14.30 bis 16.30 Uhr, Haus der Begegnung, Dörfeldstraße 6: Gesprächskreis Zeitgeschehen und Biographie mit Peter Döpfer. Wir reden über unser Leben in der Gegenwart und in der Vergangenheit, was wir in anderen gesellschaftlichen Verhältnissen erlebt haben, an welchen Grundüberzeugungen wir uns orientieren. Im offenen Gesprächskreis werden unterschiedliche Meinungen respektvoll moderiert und neue Gesprächspartner, egal ob jung oder alt, sind immer willkommen. Für das leibliche Wohl ist mit kostenlosem Kaffee und Kuchen bestens gesorgt.

Tag der Heimat
Wetzlar – Sonntag, 22. September, 14 Uhr, Einlass ab 13 Uhr, Stadthal-



Blick in den Saal: Rund 400 Besucher kamen zum Tag der Heimat nach Anklam

Foto: Gunter Hartter

le, Brühlsbachstraße 2: Tag der Heimat des Bundes der Vertriebenen (BdV) Wetzlar. Der Eintritt ist frei. Unter dem Leitmotiv „Heimatvertriebene und Heimatverbliebene: Gemeinsam für ein friedliches Europa“ wird der Hessische Innenminister Prof. Dr. Roman Poseck die Festrede halten. Das Festprogramm wird gestaltet von den Egerländer Maderln und Freunden, dem Erk'schen Männergesangsverein, der Volkstanzgruppe der Siebenbürger Sachsen Mittelhessen, der Gesangsgruppe „Stimme der Hoffnung“ und dem Vorstand des BdV.



Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam, Tel.: (03971) 245688

Tag der Heimat
Anklam – Der Tag der Heimat des Bundes der Vertriebenen fand nunmehr zum 32. Mal in Anklam statt. Trotz großer Hitze hatten es sich fast 400 Besucher nicht nehmen lassen, am 7. September in das festlich geschmückte Volkshaus zu

kommen. Kulturell wurde die Ganztagesveranstaltung vom 1. Pommerschen Blasorchester Wolgast, dem Mecklenburg-Pommernan Folklore-Ensemble Ribnitz-Damgarten und dem Shanty-Chor Insel Usedom festlich umrahmt. Zu den Klängen des Ostpreußenliedes trug Vorstandsmitglied Steffen Thomassek eine große Erntekrone durch den Saal bis zur Bühne. Bei der Ausgabe des Mittagessens half die CDU-Fraktion der Anklamer Stadtvertretung tatkräftig mit, weil der Lieferant an diesem Wochenende mehrere Gemeindefeste mit Essen zu versorgen hatte und diesmal kein Personal stellen konnte.

Das Thema des Tages bewegte alle, auch wenn es dazu verschiedene Meinungen gibt: Frieden mit Russland! Manfred Schukat und Friedhelm Schülke berichteten von ihrem einwöchigen Besuch im Juli dieses Jahres in Königsberg, Gumbinnen und Umgebung. Das dafür nötige russische E-Visum war ziemlich leicht über das Internet zu bekommen. Aber bei der Einreise gab es eine große Warteschlange von fast 200 Fahrzeugen auf der polnischen Seite der Grenze. Die Ersten warteten schon zwölf Stunden. Es fand sich eine Ausweichmöglichkeit, aber auch

mit intensiver und stundenlanger Kontrolle. Diese war auf beiden Seiten jedoch korrekt und fast freundlich zu nennen – dies ist vielleicht auch unseren polnischen und russischen Sprachkenntnissen zu verdanken. Vor Ort war keine Feindschaft gegen Deutsche zu spüren, sondern im Gegenteil eine große Offenheit. Ein besonders frohes Wiedersehen gab es denn auch nach vier Jahren mit dem befreundeten russischen Kammerchor „Kant“ Gumbinnen. Das Ensemble war schon mehr als zehnmal in Anklam zu Gast und hat mit seinen russischen, deutschen und ostpreußischen Volks- und Heimatliedern, geistlichen Chorälen und klassischen Stücken hier viele Freunde gewonnen. Alle warteten auf ein Ende des Krieges. Das Fazit dieses Besuches war: Die Völkerverständigung von Mensch zu Mensch muss bleiben, die Menschen müssen wenigstens zueinander kommen und man darf sie nicht für die Politik in Haftung nehmen. Und es darf keinen Hass auf ein Volk und keine Hetze gegen Menschen geben. Das war den Besuchern aus dem Herzen gespro-

Fortsetzung auf Seite 16

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

☐ **Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.
Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

☐ Lastschrift ☐ Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 · 22087 Hamburg

AZ-03-B



Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser
ostpreußisches
Schlemmerpaket



Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

ANZEIGE



Kreis Preußisch Eylau

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. **Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatomuseum** im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries

Kreistreffen

Verden/Aller – Wochenende, 20. bis 22. September, Kreishaus, Lindhooper Straße 67: Kreistreffen mit Gesamt-Vorstandssitzung am 20. September, die Tagesordnung wird den Mitgliedern des Vorstandes fristgerecht zugestellt.

Von 9.30 bis 11 Uhr ist unser Heimatmuseum am Freitag, 20. September, für die Delegation aus der Republik Polen und Besucher des Kreistreffens geöffnet im Landkreis Verden, Eingang Ost, Lindhooper Straße 67, 27283 Verden (Aller). Für einen Besuch in unserem Archiv war eine Anmeldung erforderlich. Das Kreistreffen unserer Kreisgemeinschaft findet am Sonnabend, 21. und Sonntag, 22. September in unserer Partnerstadt im Landhotel „Zur Linde“ Thedinghauser Straße 16 mit folgendem Programm statt:

Sonnabend, 21. September, 9.30 Uhr: Abfahrt Shuttlebus am Landhotel Zur Linde, 10 Uhr: Kranzniederlegung im Bürgerpark und Ansprache von Pfarrer Hermann, 11 Uhr: offizieller Empfang und Feierstunde der Stadt Verden (Aller) und des Landkreises Verden im Landhotel Zur Linde, Thedinghauser Straße 16, mit Ansprachen der offiziellen Vertreter, der Partner aus Verden und der Kreisvertreterin. Im Anschluss, Umrundung mit original Ostpreußischem Pillkaller und der Möglichkeit zur

Unterhaltung mit den Gästen und den Partnern, 14 Uhr: Mitglieder-versammlung der Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau mit Vorstandswahlen in dem reservierten Raum im Landhotel Zur Linde mit folgender Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung durch die Vorsitzende,
2. Totengedenken,
3. Feststellung der satzungsgemäßen Einberufung der Mitgliederversammlung,
4. Feststellung der Beschlussfähigkeit,
5. Genehmigung der Tagesordnung,
6. Genehmigung des Protokolls der Mitgliederversammlung vom 23. September 2023, veröffentlicht im Kreisblatt Nummer 116,
7. Jahresbericht der Kreisvertreterin, Evelyn v. Borries,
8. Jahresbericht der stellv. Kreisvertreterin und Beauftragten des Archivs, Christine Bilke-Krause,
9. Bericht der Schatzmeisterin, Erika Zschiesche und Genehmigung des Haushaltes für 2025,
10. Bericht der Kassenprüfer und Antrag auf Entlastung des geschäftsführenden Vorstandes für das Geschäftsjahr 2023,
11. Wahl eines neuen Kassenprüfers für das Geschäftsjahr 2024,
12. Deutsche Gesellschaft Natanen und deren Tätigkeit in Landsberg und Zusammenarbeit mit der Vereinigung der Deutschen Minderheiten in Ostpreußen,
13. Verschiedenes.

15.30 Uhr: Gemeinsames Kaffeetrinken mit typisch ostpreußischem Blechkuchen und genügend Zeit, um sich zu unterhalten, alte Erinnerungen auszutauschen und aufzufrischen, gegen 16.30 Uhr: Der Beauftragte der Kreisgemeinschaft, beantwortet Ihre Fragen zur Familienforschung und gibt Ihnen Tipps, 18 Uhr: „Tischgespräche“ des privaten Immanuel Kant aus Königsberg, dem berühmtesten Sohn unserer Heimat, 18.30 Uhr: gemeinsames Abendessen mit allen Teilnehmenden (Gerichte à la carte), 19.30 Uhr: Heimatabend. Wir singen gemeinsam unser Ostpreußenlied, anschließend sehen wir einen Film über Ostpreußen, danach gemütliches Beisammensein.

Sonntag, 22. September, 9.30 bis 12 Uhr: Unser Heimatmuseum ist für die Besucher des Kreistreffens geöffnet, Landkreis Verden,

Eingang Ost, Lindhooper Straße 67, ab 10 Uhr: gemeinsames zweites Frühstück, in Ostpreußen hieß es „Klein Mittag“, mit der Möglichkeit zum Austausch von Erinnerungen und Erlebnissen (Ostpreußen sind sehr gesprächig). Außerdem werden Fragen zu den Bildtafeln und Aushängen beantwortet. Vielleicht haben wir auch Antworten zu Fragen, die Ihre Eltern und Großeltern nicht mehr beantworten konnten.

Das Heimatmuseum der Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau befindet sich im Verdener Kreishaus, Eingang Ost, und ist am Freitag und am Sonntag von 9.30 bis 12 Uhr geöffnet. Der Weg im Kreishaus ist ausgeschildert. Der Bücherstand während des Kreistreffens bietet Ostpreußenliteratur sowie Bücher der Kreisgemeinschaft zu folgenden Zeiten an: Am Sonnabend ab 13 Uhr und am Sonntag ab 10 Uhr. Es werden Spezialitäten aus Ostpreußen wie Schwermer-Marzipan und Spirituosen angeboten.

Evelyn v. Borries



Kreis Rastenburg

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm.

Geschäftsstelle: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950

„Schibu“ – Herbert Schibukat Wesel – Vor 110 Jahren wurde ein Ausnahmeathlet geboren, der sich mit seinen herausragenden sportlichen Leistungen für immer in die Annalen des Eishockeysports eingeschrieben hat. Gleichzeitig jährt sich 2024 sein Todesjahr zum 25. Mal. Herbert Schibukat war einer der renommiertesten Eishockeyspieler seiner Zeit. Er taucht in vielen Weltranglisten auf. Noch immer fasziniert seine Person Kenner und Fans dieser Sportart.

Ihm zu Ehren hat die Kreisgemeinschaft Rastenburg das Buch „Schibu“ von Tomasz Poja in der deutschen Fassung drucken lassen. Darin beschreibt der in Rastenburg

lebende Autor das Leben von Schibukat in aller Ausführlichkeit. Von der Schulzeit über die sportlichen Erfolge werden seine Militärzeit und sein Leben nach dem Krieg dokumentiert und reich bebildert.

Nachdem der talentierte Junge schon früh in der Jugendmannschaft des Rastenburger Sportvereins von sich reden gemacht hatte, erkannten auch die Verantwortlichen des deutschen Eishockeysports die ungewöhnliche Begabung, und schon als 19-Jähriger zog er, von seinen Rastenburger Fans „Schibu“ genannt, als Jüngster in die Nationalmannschaft ein. Es folgten internationale Eishockeystreffen in Davos, St. Moritz und Arosa, bis Schibukat 1936 bei der Olympiade in der deutschen Nationalmannschaft dazu beitrug, dass Deutschland auf den vierten Platz kam. Weitere Stationen als Nationalspieler waren Prag und London.

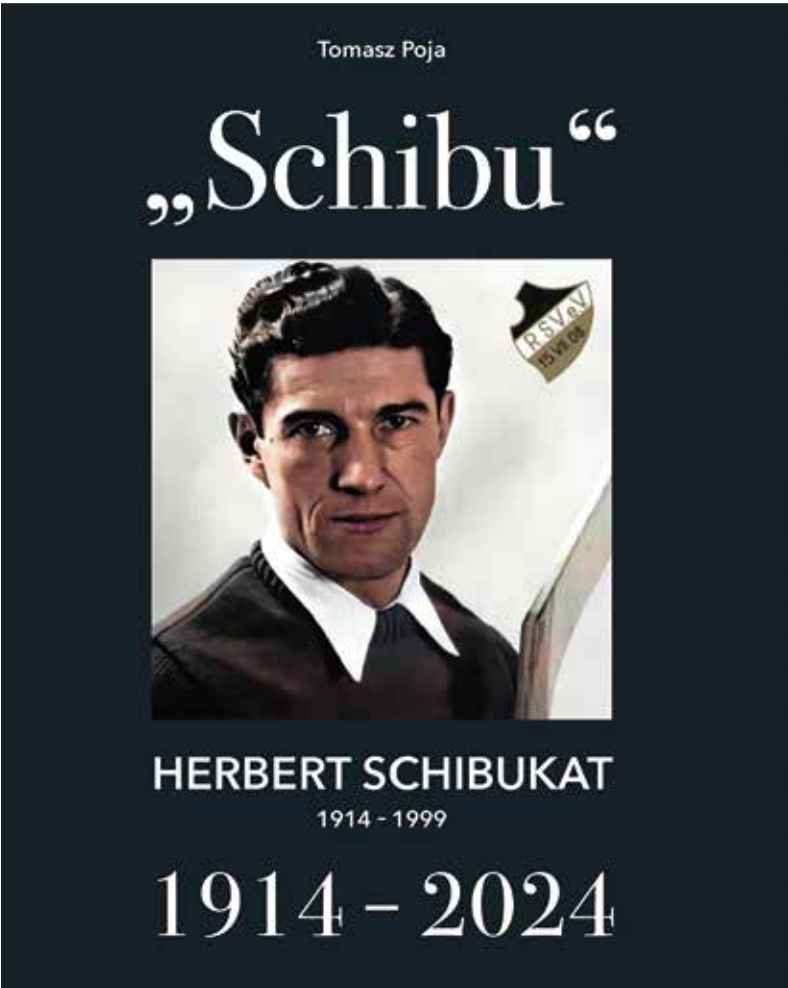
Dann brach der Zweite Weltkrieg aus. Seinem Namen als erfolgreicher Mittelstürmer in der deutschen Eishockeymannschaft hatte es Schibukat zu verdanken, dass er nur fünf Tage in einem amerikanischen Gefangenenlager bei Magdeburg bleiben musste.

Bald stand er in Krefeld wieder auf der Eisfläche. 1948 spielte er in Bad Nauheim gemeinsam mit ehemaligen Rastenburger Eishockeyfreunden. Doch das Endspiel um die Deutsche Meisterschaft gegen Riessersee ging 1:0 verloren. Nun wurde Krefeld endgültig die zweite Heimat des ostpreußischen Nationalspielers.

64 internationale Eishockeykämpfe und zwei Olympiaden hat er bestritten. Zum letzten Male stand er 1953 beim Spiel Deutschland gegen Schweden auf dem Eis an. Sein schönstes Erlebnis der letzten Jahre war 1951 der Gewinn der Deutschen Meisterschaft mit Preeßen Krefeld.

Verstorben ist er am 1. Juni 1999 in einem Altersheim in Eckernförde. Noch vor seinem Tode wurde ihm die Ehre zuteil, in der „Hall of Fame“ des deutschen Eishockeysports aufgenommen zu werden.

Tomasz Poja, der Autor des Buches, ist der Kreisgemeinschaft



Deutsche Version der Biografie: herausgegeben von der Kreisgemeinschaft Rastenburg, 52 Seiten DIN A4, reich bebildert zum Sonderpreis von 10,- Euro, inklusive Mehrwertsteuer, zuzüglich Versandkosten, Bezug: Patenschaft Rastenburg, Kaiserring 4, 46483 Wesel, unter Telefon (04381) 4366 oder per E-Mail: edith.kaes@t-online.de

schon durch seine Dokumentation über die Eishockey-Abteilung des „Rastenburger Sport-Vereins – RSV 08“ bekannt. Nun hat er ein spezielles Buch über sein sportliches Idol Herbert Schibukat herausgebracht.

Mit Thomas König, einem langjährigen Anhänger und Co-Autor zweier Chroniken über das Bad Nauheimer Eishockey, hat er die deutsche Fassung erarbeitet. Viele Fotos hat unser Bildarchiv zu Verfügung gestellt. Dieses Manuskript hat Poja der Kreisgemeinschaft Rastenburg geschenkt, die es drucken lassen hat.

Poja schreibt in seinem Vorwort: „Ich bin gebürtiger Pole, ohne deutsche Wurzeln. Aber ich bin stolz, dass ein Mann wie Schibukat meine Stadt repräsentiert. Sport ist eine Brücke zwischen Menschen, zwischen Nationen und überwindet Grenzen, wo einst wel-

che gewesen sind. Hier soll alleine die Leistung und die Genialität eines Sportlers gewürdigt werden, unabhängig von Nationalität, Religion oder Hautfarbe. Genau in diesem Sinne nehme ich die Erfolge eines Schibukat wahr. In meinem Fall weckte jedoch der Lokalpatriotismus den besonderen Wunsch, mehr über das Schicksal dieses außergewöhnlichen Mannes zu erfahren.

Ich habe mein Ziel erreicht und möchte mit dieser Biografie gerne das Wissen von jahrelangen Recherchen mit Ihnen teilen. Dabei habe ich versucht, Politik und Wirtschaft einer schwierigen Zeit vom Sport zu trennen, was vielleicht in einigen Fällen nicht zu hundert Prozent gelungen sein mag. Es war jedoch notwendig, um die Feinheiten des Lebens unseres Protagonisten vollständig zu verstehen.“

Ostpreußisches Landesmuseum

Ausstellung

Noch bis 13. Oktober: „Kant 300. Ein Leben in Königsberg“. Pünktlich zur 300. Wiederkehr seines Geburtstags widmet das Ostpreußische Landesmuseum dem Philosophen Immanuel Kant eine Sonderausstellung.

Kant ist der größte deutsche Aufklärer und eine zentrale Figur der europäischen Moderne. Diese berühmte Persönlichkeit wird in einer einprägsamen Inszenierung vorgestellt. Zu sehen sind einzigartige, zum Teil noch nie öffentlich gezeigte Originalobjekte: Haare von Kant, sein Spazierstock, zahlreiche Ölgemälde, das „Kant-Glas“ mit persönlichen Gravuren und vieles mehr, Kurioses wie Erhellendes. Im Mittelpunkt der Ausstellung steht die Person Kants, nicht seine Philosophie. Wie wurde aus dem Handwerkersohn ein Gelehrter? Warum spielte Kant Billard? Wer waren seine Freunde? Fast sein gesamtes Leben ver-

brachte Immanuel Kant in seiner Heimatstadt Königsberg. Virtual Reality-Stationen lassen das historische Königsberg aus der Zeit Kants in 3D wieder auferstehen und bieten spielerische Zugänge zu seinen Ideen. Geboten wird auch eine Vorschau auf die entstehende Kant-Dauerausstellung im Ostpreußischen Landesmuseum: Wie bringt man Kants Philosophie ins Museum? Welche seiner Ansätze sind heute besonders relevant? Welche sind kritikwürdig? Die Dauerausstellung wird 2025 fertig sein und dann vor allem Kants Ideenwelt thematisieren.

Veranstaltungen

Donnerstag, 26. September, 15 bis 17 Uhr, Eintritt frei: **Was ist die Hanse? Kinderclub mit Jenke Eichhorn.** Die Kinder erkunden die Hanse-Abteilung des Museums und finden heraus welche Aufgaben die mittelalterliche Deutsche Hanse hatte und welchen Bezug

diese zum Museum und zur Stadt Lüneburg hat. Anschließend werden eigene kleine Schiffe entworfen. Jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat findet der kostenlose Museums Kinderclub für Schulkinder von sechs bis zwölf Jahren statt. Der Einstieg ist mit vorheriger Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de jederzeit möglich.

Sonnabend, 28. September, 18.30 Uhr, Eintritt frei: **Ein philosophischer Spaziergang mit Immanuel Kant in den Gärten der Aufklärungszeit**, Vortrag mit Prof. Dr. Michael Rohde in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung Philosophisch-literarisches Denken des 18. Jahrhunderts beeinflusste Reformen in Politik und Gesellschaft und damit auch die Schönen Künste. Die Emanzipation des Bürgertums bewirkte ein neues Naturgefühl. Der starre architektonische Garten wurde von dem maleri-

schen Landschaftsgarten abgelöst – ein Stilbruch! Kant urteilte 1790: „Schöne Kunst ist eine Kunst, sofern sie zugleich Natur zu sein scheint“, doch wie wurde die Stellung der landschaftlichen Gartenkunst innerhalb der schönen und bildenden Künste bewertet? Welche Verbindung hatte das Ästhetische mit dem Ethischen? Und wie sehen wir heute die Gärten als Ausdruck der gesellschaftlichen Verhältnisse? Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Dienstag, 1. Oktober, 14.30 Uhr, 7,- Euro, inklusive Eintritt, Kaffee, Tee und Gebäck: **Landwirtschaft in der Nachkriegszeit – Landwirtschaft heute**, Vortrag mit Dr. Gerhard Scharf im Rahmen der Reihe „Museum Erleben“. Scharf stellt in seinem Vortrag die Landwirtschaft in den 1940er und 1950er Jahren vor – von der

Struktur der Höfe, über die Abläufe der damaligen Feld- und Viehwirtschaft bis zur beginnenden Technisierung. Die persönlichen Erlebnisse nach seiner Vertreibung aus Schlesien auf einem Bauernhof in Varendorf setzt er in Beziehung zu den Entwicklungen der heutigen Landwirtschaft. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Sonntag, 6. Oktober, 14 Uhr, 1,50 Euro zuzüglich Museumseintritt: **Immanuel Kant. Welten-denker aus Königsberg**, öffentliche Sonntagsführung durch die Sonderausstellung „Kant 300. Ein Leben in Königsberg“ mit Vera Thiel. Was bewegte den Denker, was prägte ihn? Ein Einblick anhand einzigartiger Objekte. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de erforderlich.

Dienstag, 8. Oktober, 11 bis 14 Uhr, 8,- Euro: **Was kommt hinter dem Universum? Philosophischer Ferientag für Kinder** von acht bis zwölf Jahren. Der erfolgreiche Kinder- und Jugendbuchautor Jörg Bernardy kommt mit seinem neu erschienenen Buch „Was kommt hinter dem Universum“ nach Lüneburg. Im Rahmen der Ausstellung „Kant 300. Ein Leben in Königsberg“ beschäftigen sich die Kinder bei diesem Herbstferientag mit den Tätigkeiten eines Philosophen. Dabei ist das wichtigste Werkzeug das Stellen von Fragen und die Erkenntnis, dass Denken Spaß macht. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de erforderlich. In Kooperation mit dem Literaturbüro Lüneburg e.V.

Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung



KÖNIGSBERG

Das geheimnisvolle Moor-Mädchen von Dröbnitz

Im Zuge der Kriegswirren verschwand ihr Leichnam spurlos aus dem Prussia-Museum im Königsberger Schloss

VON WOLFGANG KAUFMANN

In Mooren herrscht aufgrund der vorhandenen Torfmoose ein stark saures Milieu. Das führt zu verschiedenen Effekten, wenn menschliche Leichname dort versinken. In erster Linie greift die Säure alle Knochen des toten Körpers an. Außerdem werden Haut und Haare konserviert. Und zu guter Letzt bleiben auch die Weichteile des Körpers nahezu vollständig erhalten, weil die Zersetzungs bakterien durch den herrschenden Sauerstoffmangel und die vorhandene Huminsäure nicht existieren können. Gerbsäure gerbt hingegen die Haut und macht sie ledrig. Muskeln und Körperfette werden darüber hinaus aus dem Leichnam herausgelöst.

Die Beine blieben verschwunden

Da die Moore in Europa erst nach dem Ende der letzten Eiszeit vor rund 11.600 Jahren entstanden, stammen die ältesten Moorleichen unseres Kontinents aus der Steinzeit. Mittlerweile kennt die Wissenschaft etwa eintausend Tote aus dem Moor, wobei die meisten in Irland, Großbritannien, Dänemark und den Niederlanden sowie in der norddeutschen Tiefebene gefunden wurden. Im Gegensatz dazu sind Moorleichen, die auf ostpreussischem Gebiet gefunden wurden, die Ausnahme. Hier kamen nur etwa zwei Dutzend beim Torfstechen zum Vorschein – darunter in den Orten Nimmersatt, Allenberg und Dröbnitz. In dem Zusammenhang ist der Fall des sogenannten Mädchens von Dröbnitz besonders gut dokumentiert, obwohl die Fundumstände eigentlich eher ungünstig waren.

Am 15. Juli 1939 nahmen einige Angehörige des Reichsarbeitsdienstes Grabungen im Moor bei Dröbnitz vor. Plötzlich stieß Erich Redman in etwa anderthalb bis zwei Metern Tiefe auf ein Stück Schaffell. Beim Versuch, dieses ruckartig aus dem Torfboden zu ziehen, riss er unge-



Die Aufnahmen der beinlosen Mädchen-Moorleiche und ihres Umhangs aus Schaffell stammen vermutlich aus dem Jahr 1939, als die beiden Fundstücke noch im Prussia-Museum für Besucher zu besichtigen waren

Foto: Bildarchiv Ostpreußen

wollt die Beine der darin eingewickelten Leiche ab. Umgehend ging eine Meldung an das Landesamt für Vorgeschichte in Königsberg, dessen Mitarbeiter am 20. Juli in Dröbnitz, einer kleinen Gemeinde im Landkreis Osterode, eintrafen und die von ihrem ursprünglichen Fundort verlagerten menschlichen Überreste bargen.

Die Beine blieben jedoch dubioserweise bis auf einen Oberschenkelknochenrest verschwunden. Zudem schied auch eine geologische Datierung anhand der Torfschichten aus, weil Redman nicht mehr sagen konnte, wo genau die Leiche gelegen hatte. Allerdings ergab kurz darauf die Analyse der an dem Fell haftenden Pollen, dass die weibliche Tote aus der

Zeit um 500 v. Chr. stammte. Damals dominierte in großen Teilen Europas die eisenzeitliche Hallstadtkultur, welche durch eine deutliche Hierarchisierung der Gesellschaft und prunkvoll ausgestattete Großgräber für die Angehörigen der Elite gekennzeichnet war.

Todesursache bleibt ungeklärt

Das Mädchen von Dröbnitz, das im Alter von etwa zwölf bis 14 Jahren gestorben sein musste, gehörte wohl eher nicht zur Oberschicht. Sein Umhang aus vier zusammen genähten Schaffellen zeugt ebenso von einem niederen sozialen Rang wie der Umstand, dass es nur eine einzige bescheidene Grabbeigabe erhielt, nämlich

einen grob gearbeiteten Holzkamm. Darüber hinaus entdeckten die Königsberger Pathologen Krause und Zeiger, welche die Leiche obduzierten, elf Harris-Linien an den noch vorhandenen Knochen des Mädchens. Diese entstehen oftmals infolge von Vitamin- oder Nahrungsmangel.

Dazu passt das Ergebnis der Analyse des Magen- und Darminhaltes durch den Prähistoriker Walter von Stokar. Die letzte Mahlzeit der Toten war gemäß Untersuchung ein Brei, der aus Blättern, Blüten, Gräsern, Erbsen und ein paar Getreidekörnern bestand. Des Weiteren fand der Zoologe und Leiter der Vogelwarte Rositten, Lothar Szidat, bei seinen Nachuntersuchungen etliche Hinweise auf einen

schweren Parasitenbefall. Allerdings konnten die Wissenschaftler am Ende nicht exakt herausfinden, woran das Mädchen letztlich wirklich gestorben war.

Viele Moorleichen sind Überreste von Menschen, welche gewaltsam getötet wurden – entweder im Rahmen einer rituellen Opferung oder als Bestrafung für bestimmte schwere Verbrechen. Im Falle des Mädchens von Dröbnitz ist aber eher von einem natürlichen Tod auszugehen. Fehlende Verletzungen sowie der Umstand, dass der Leichnam sorgfältig in den Pelzumhang eingerollt und auf dem Rücken liegend mit einer individuellen Grabbeigabe bestattet wurde, passen zu keiner anderen Theorie.

DNA-Analyse konnte nicht erfolgen

Gleichzeitig fallen zwei Dinge auf. Um 500 v. Chr. wurden Verstorbene normalerweise verbrannt und die Urnen mit ihrer Asche auf einem Gräberfeld deponiert. Somit liegt hier eine Abweichung vom üblichen Ritus vor, für die es nur wenige plausible Erklärungen gibt. Möglicherweise gehörte das Mädchen von Dröbnitz zur Gruppe der sozial Ausgestoßenen, die kein Begräbnis gemäß dem üblichen Brauch erhielten. Ebenso könnte der Tod des Teenagers aber auch in einer Notsituation erfolgt sein, welche die Hinterbliebenen objektiv daran hinderte, eine reguläre Bestattung durchzuführen.

Wissenschaftliche Untersuchungen der Überreste des Moor-Mädchens von Dröbnitz mit neueren Methoden wie beispielsweise der DNA-Analyse oder der Computertomographie hätten sicher noch viele weitere wichtige und wertvolle Erkenntnisse erbracht. Diese konnten jedoch nicht erfolgen, weil die konservierte Moorleiche, die zum Bestand der Schausammlung des Prussia-Museums im Königsberger Schloss gehörte, im Zuge der vorsorglichen Auslagerung der historischen Objekte am Ende des Zweiten Weltkrieges spurlos verschwand.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Die Jahrzehnte der Leichtfertigkeit sind vorbei

Die aktuelle Oderflut offenbart, dass diese Überschwemmungen immer wieder vorkommen werden

Schlesien hatte sich auf das große Wasser vorbereitet. Die polnische Staatsbahn PKP hatte – natürlich am Freitag, dem 13. – den Zugverkehr zunächst auf den Strecken von Hirschberg im Riesengebirge [Jelenia Góra] nach Oberschreiberhau [Szklarska Poręba Górna] sowie von Neustadt O.S. [Prudnik] nach Neisse [Nysa] gestoppt. In Liegnitz [Legnica], Goldberg [Złotoryja] und Schönau an der Katzbach [Świerzawa] wurde zuerst auf Evakuierungen vorbereitet. Die Bewohner einer Behinderteneinrichtung in Schönau und die eines Hotels in Bad Warmbrunn [Cieplice-Zdrój] traf die Evakuierung dann auch tatsächlich als erste. Im Landkreis Glatz [Kłodzko] versicherte Landrätin Małgorzata Jędrzejewska-Skrzypczyk zu diesem Zeitpunkt noch, man sei dort lokale Überschwemmungen gewohnt, allein deshalb sei man auch gut vorbereitet.

Am 14. September haben sich in Glatz der Minister für Infrastruktur Dariusz Klimczak (Polnische Bauernpartei) und der Chef des Innenministeriums Tomasz Siemoniak (Bürgerkoalition) vor Ort ein Bild von der Lage gemacht. Man wusste, dass die Nebenflüsse der Oder ihr Wasser noch gesammelt durch Breslau führen – so wie beim Jahrhunderthochwasser

1997. Die Stadt sei gut vorbereitet, sagte der Pressesprecher des Magistrats, Tomasz Sikora. Sämtliche Rückhaltebecken und Regenwasserkanäle in Breslau seien vorsorglich entleert worden.

In Oberschlesien trat die Hotzenplotz [Osobłoga] in Deutsch Rasselwitz [Racławice Śląskie] am Sonntag über die Ufer. Auch in weiteren Gemeinden, die an der Hotzenplotz oder ihren Zuflüssen liegen, war man in Bereitschaft. In den Gemeinden Klein Strehlitz [Strzelcecki] und Krappitz [Krapkowiec] wurde die höchste Alarmstufe ausgerufen. Die Situation wurde ähnlich wie 1997 bewertet. „Das bedeutet nicht, dass die Einwohner in der gleichen Situation sind wie damals“, so der Krappitzer Bürgermeister Maciej Sonik gegenüber Radio Oppeln (Radio Opole). Für die großen Fluten von 1903 und 1917 gibt es heute keine persönlichen oder familiären Erfahrungen mehr, für die Jahrhundertfluten 1985 und 1997 hingegen schon. Doch wurden sie als Ausnahme betrachtet, da die Intervalle vermeintlich seltener auftraten. Ein Trugschluss. Heute ist klar, dass solche Fluten immer wiederkehren werden.

Im Jahr 1997 schien nichts unter Kontrolle zu sein. Fast alle Dämme brachen,



Gestapelte Sandsäcke als Flutschutz am Klodnitzkanal in Klodnitz

Foto: Wagner

die großen Speicherbecken der Glatzer Neiße versagten. Die bebauten oder landwirtschaftlich genutzten Polder konnten die Wasserstände nicht senken. Die Bevölkerung, die, anders als in den Jahrhunderten gemachter Erfahrungen zuvor, Neubaugebiete mittlerweile auch in Flutgebieten errichtet hatte, wurde kaum gewarnt. Die Krisenstäbe arbeiteten chaotisch.

Evakuierungsaktionen scheiterten wegen fehlender Vorwarnung und aus mangelndem Vertrauen der Betroffenen gegenüber den Behörden. Die Stromversorgung fiel aus. Das Telefonnetz brach zusammen. Wer noch Vorräte an Batterien hatte, informierte sich im Radio. Vor 27 Jahren lebten aber zumindest im westlichen Oberschlesien – also dem Schwer-

punktgebiet nicht vertriebener Bevölkerung – noch einige „Alte“, die aus deutscher Zeit wussten, welche Hochwasservorkahrungen früher getroffen wurden.

So etwa im Klodnitzer [Kłodnica] Ortsteil Zabienietz [Żabieniec], der mit Klodnitz 1975 zu Kandrzin-Kosel [Kędzierzyn-Koźle] eingemeindet worden war. Während Klodnitz im Juli 1997 bereits unter Wasser stand, war Zabienietz noch trocken. Doch das Wasser kam bedrohlich näher. Heute kann auch beim DFK Klodnitz niemand mehr genau sagen, wem eigentlich ein Lämpchen aufging. Die Altvorderen hatten damals jedoch in letzter Sekunde kräftige Männer zu den mittlerweile überwucherten Verschlüssen unter dem Bahndamm geführt. Diese legten die fast vergessenen Anlagen frei, sodass die Wassermassen abfließen konnten. Ob die Fluten heute letztlich ähnliche Schäden wie 1997 verursachten, dürfte bald absehbar sein. Sicher ist, dass das dritte große Hochwasser zu polnischer Zeit nun endgültig einen Erfahrungsschatz unter den polnischen Neusiedlern implementiert hat. Die Sorg- und Leichtfertigkeit der ersten Nachkriegsjahrzehnte dürfte nun endgültig der Vergangenheit angehören. *Chris W. Wagner*

INDUSTRIE

Das schwarze Gold Pommerns

Das Erdölmuseum in Reinkenhagen – Zahlreiche Exponate zeugen dort von der einstigen Förderung

VON TORSTEN SEEGERT

Das Pommern über Erdöl und Erdgas, das gewichtsbedingt über dem Erdöl lagert, verfügt, dürfte vielleicht bekannt sein. Ein interessanter Beitrag über „Das deutsche Erdöl“ findet sich bereits 1938 in der „Zeitschrift für Erdkunde“. Teil dessen: eine Karte, die das Gebiet zwischen Damgarten und Köslin bis weit unterhalb von Stettin als wahrscheinliche Lagerstätten von Erdöl ausweist. Auch Bohrungen in Niedersachsen, wie die in Wietze, Ölheim und Oberg sind verzeichnet.

Obgleich bei Geologen sicher beim Hören von Wümschelrutengängern Zweifel aufkommen, beginnt diese Geschichte einer erfolgreichen Schatzsuche in Pommern mit dem Einsatz einer Wümschelrute, 1930 auf Bassin, einem Rittergut, das sich acht Kilometer westlich von Grimmen befand und seit 1857 im Besitz der Familie von Tigerström war. Wilhelm Brauch vermerkt am 7. April 1930 Einwirkungszonen auf Erdöl in Nordnordwest bis Südsüdostrichtung.

Wümschelrute zeigte Öl an

Zur Sache selbst ist bekannt, dass dies Anlass zur Gründung der Bohrergesellschaft Bassin war, welche die Absicht hatte, in Pommern nach Erdöl zu bohren. Das dafür notwendige Kapital sollte durch anzuwerbende Gesellschafter aufgebracht werden, denn die Kosten für derartige Unternehmungen waren hoch. Pachtgelder zwischen 5 bis 10.000 Mark pro Morgen waren nicht unüblich, dazu mussten „Fassgelder“ von 20 bis 25 Prozent zur Produktion gerechnet werden.

Diese hinderlichen Rahmenbedingungen änderten sich erst ab 1934 mit dem Reichsbohrprogramm, das als staatlich finanziertes Explorationsprogramm neben dem Ausbau der Kohlenwasserstoffsynthese in Hydrierwerken (die PAZ berichteten bereits zu den Hydrierwerken Pölitz bei Stettin) die Suche nach Ölfunden vorantrieb. Nach der Erschließung



Ölförderung: Einst prägten solche „Pferdeköpfe“ das Bild an den Förderstätten

und Ausbeutung der Teufen zwischen 300 und 600 Metern, folgten ab 1938 Bohrungen zwischen 1000 und 1500 Metern.

Die Erdöllagerstätte bei Grimmen sollte aber erst zu DDR-Zeiten wieder Interesse wecken. Nach der ersten ölfündigen Bohrung, der Suchbohrung Reinkenhagen im März 1961, erwuchs aus dem unselbstständigen Stützpunkt des Erdöl-Kombinats Gommern am 1. Oktober 1962 der VEB Erdöl- und Erdgaskundung Grimmen, der später mit 350.000 Tonnen Rohöl (1969) sowie Erdgas als Begleitgas der größte Erdölerkundungs- und -förderbetrieb der DDR wurde.

Die Umstände der ersten erfolgreichen Bohrung beflügelten den Schriftsteller Kurt Barthel (Künstlernamen „KuBa“) 1964 zum „dramatischen Poem“ mit dem Titel „terra incognita“. 1965 durch die DEFA verfilmt, spielten wieder Feindbilder eine wichtige Rolle bei der Inszenierung.

Ging es in den 1930er Jahren bei der Zeichnung von Anteilen an der Bohrergesellschaft Bassin darum „schädliche amerikanische Absichten“ zu durchkreuzen, entlarvte man nun angebliche „westdeutsche Saboteure“.

Feindbilder festgestellt

Beide Feindbilder hatten jedoch sehr wenig mit dem Schatz, der Suche und dem späteren Erfolg der Heber dieses Schatzes zu tun, wie das am 4. Juni 1994 eröffnete Erdölmuseum Reinkenhagen heute eindrucksvoll dokumentiert. Schließlich machten die Bergleute den VEB Erdöl-Erdgas Grimmen in den 1970er Jahren zum größten DDR Bohrunternehmen, dessen bohrtechnischen Spitzenleistungen unter anderem übertiefe Basis- und Forschungsbohrungen waren.

Bedeutende Vorkommen in Vorpommern gab es in Barth, Loissin, Penkun,

Gingst, Pudlaga, Binz und Eldena. Hier wurden in den Jahren 1963 bis 1989 Bohrungen bis zu einer Endteufe (End-Tiefe) von 7550 Metern durchgeführt.

Zu den Achtungszeichen, auf welche die Bergleute des VEB Erdöl-Erdgas Grimmen setzten, zählte unter anderem die am 6. Juni 1964 durchgeführte Basisbohrung Greifswald, die mit 4000 Metern damals DDR-Teufenrekord war, und am 5. Juli 1969 die erste Flachwasserbohrung im Greifswalder Bodden.

Das Öl wurde in Kesselwagen zur Raffinerie nach Schwedt transportiert und im VEB Petrolchemischen Kombinat (PCK), wo auch das Öl der Erdölleitung „Freundschaft“ aus Russland ankam, weiterverarbeitet. Jährlich sind hier bis 350.000 Tonnen aus heimischen Quellen angegeben. In Schwedt wurden jährlich insgesamt 13 bis 15 Millionen Tonnen verarbeitet.

Der volkseigene Betrieb in Grimmen, der 1989 noch etwa 2300 Mitarbeiter beschäftigte, wurde 1990 in die Erdöl-Erdgas Grimmen GmbH umgewandelt. 1992, nach der Einstellung der Tiefbohrfähigkeit, wurden die verbliebenen Teile bis 2001 liquidiert.

Was blieb? Viele der technischen Denkmale wurden durch ehemalige Mitarbeiter und begeisterte Mitstreiter, die sich im Förderverein „Erdöl und Heimat e.V.“ organisiert haben, gesichert. Gemeinsam ist ihnen der Aufbau des bereits erwähnten Erdölmuseum in Reinkenhagen gelungen, das heute in Wort, Bild und Ton anschaulich durch unzählige Originale an die tägliche Arbeit sowie mit Modellen auch an die Geschichte des Grimmener Erdölbetriebes und die pommersche Erdölförderprovinz erinnert.

Es ist übrigens das einzige Museum dieser Art in Mitteldeutschland. Ein Besuch lässt sich ganz bequem mit einer Reise nach Rügen verbinden, da sich das Erdölmuseum direkt am Rügen-Zubringer der A 20 befindet.

• erdoelmuseum-reinkenhagen.de

MELDUNGEN

Gedenken, Tennis und Besucher

Lübeck – Der Heimatkreis Stettin trauert um Kurt Bergunde, der am 25. Februar 1932 in Lauenburg/Pommern geboren wurde und am 28. August 2024 in Bremen verstarb. Er wirkte als Hochschullehrer und setzte seine Kompetenz für den Historischen Arbeitskreis Stettin ein. Er veröffentlichte mehrere Dokumentationen, wie die „Bughagenschule – Staatliche Aufbauschule zu Pölitz 1922–946“. BS

Stettin – Beim seit 1996 stattfindenden ATP-Tennisturnier, den Stettin Open (10. bis 14. September), nahmen auch die Deutschen Rudolf „Rudi“ Molleker und Daniel Altmaier teil – beide schieden im Viertelfinale aus. Sieger des Turniers wurde im Einzel der Tscheche Vit Kopřiva. TS

Greifswald – Am 21. September laden diese pommerschen Bio-Höfe zwischen 10 und 17 Uhr zur Landpartie ein: Hof Walden, Saal; Biohof Kampe, Süderholz; Naturparadies Teutenberg, Alt Reddevitz; LandWert, Stahlbrode und Weltacker, Rothenklempenow. TS

Barskewitz – Großer Andrang auf der „Agro Pomerania“. Auf der 36. Leistungsschau, die Gästen vom 13. bis 15. September eine Besichtigung landwirtschaftlicher Technik, die Vorstellung von Anbautechniken und die Präsentation von Zuchttieren anbot, gab es auch ein Erntedankfest. TS

Pasewalk – Für den 17. September war eine Protestaktion in Berlin geplant. Busse wurden dazu im Vorfeld organisiert, um Demonstranten von Vorpommern nach Berlin zu fahren. Anlass ist der überfällige Ausbau der Bahnstrecke Berlin–Rügen für Geschwindigkeiten von bis zu 160 Kilometern pro Stunde. TS

Turzig – Das 1894 vom Berliner Architekten Gustav Knoblauch für Albrecht von Zitzewitz erbaute Herrenhaus am Turziger See bei Rummelsburg, welches seit 1969 ein Sonderpädagogisches Zentrum für Kinder und Jugendliche beherbergt, wird saniert. Kosten: etwa 105.000 Euro. TS

Zingst – Der Martha-Müller-Grählert-Preis der Gemeinde Zingst ging für den Erhalt der plattdeutschen Sprache am 14. September an Klaus-Dietrich Lass, besser bekannt als Teil des Duos „De Plattfööt“ („Die Plattfüße“). Gemeinsam mit Peter Wilcke sang er plattdeutsche Lieder wie „Disco up’n Dörp“. TS

Stolp – Auf die Mittelstraße am Alten Marktplatz wird neuer Asphalt gebracht. Die seit Monaten gesperrten Straßen sind Teil von Sanierungsarbeiten im Zentrum von Stolp. Sie wurden zuvor archäologisch untersucht. Dabei gab es zahlreiche Funde wie Gräber, Münzen und Gefäße. TS

Greifswald – Seit Beginn des Jahres bis einschließlich 11. September kamen knapp 61.000 Besucher ins Pommersches Landesmuseum. Der Rekord ist auch der Ausstellung „Caspar David Friedrich. Sehnsuchtsorte“ zu verdanken. Über die Hälfte (55,7 Prozent) kam aus Mecklenburg-Vorpommern, gefolgt von Brandenburg (8,9 Prozent) und Berlin (8,4 Prozent). Die übrigen Prozente verteilen sich auf die anderen 13 Bundesländer und das Ausland. BS

VERTEIDIGUNG

„Heute bereit – vorbereitet für morgen“

Unter dem Kopf des Greifen: Das Multinationale Korps Nord-Ost begeht das 25. Jubiläum

Am 26. September ist es soweit. Das in Stettin stationierte und unter dem Befehl des Generalleutnants Jürgen-Joachim von Sandrart (seit 2021) stehende Multinationale Korps Nord-Ost feiert ein Vierteljahrhundert seines Bestehens mit einem sogenannten Military Picnic an der Hakenterrasse in Stettin.

Zwischen 13 und 15 Uhr laden die Gastgeber zu einem Militärzeremoniell mit den Soldaten und Gästen, einer Waffenschau, dem Besuch von Marineschiffen sowie einem herzhaften Essen ein. Abgerundet wird das Festprogramm durch Ansprachen, die auch auf die Geschichte des Korps eingehen.

Rückschau: 1999 traten Ungarn, Tschechien und Polen dem Nordatlantikpakt (NATO) bei. Schon zuvor – am 16. April 1998 – hatten Dänemark, Deutschland und Polen die Aufstellung eines gemeinsamen multinationalen Korps vereinbart und am 5. September 1998 in Stettin eine entsprechende Vereinbarung mit Grundlagen dazu unterzeichnet.

Da für die Bildung des neuen Korps das seit 1953 bestehende deutsch-däni-



Stettin am 21. September 2019: Beim 20-jährigen Bestehen des Multinationalen Korps

sche Korps „Landjut“ nun um die polnischen Kräfte erweitert wurde, war das so neu entstandene Korps bereits Ende 2000 einsatzbereit – und innerhalb der NATO 2005 einsatzfähig.

Getreu dem eigenen Motto „Heute be-



Mit Greif: Wappen des Multinationalen Korps Nord-Ost

reit – vorbereitet für morgen – fit für die Zukunft“ hat sich das Korps stark gewandelt. War die Gründung noch durch ein starkes Symbol der Integration ehemaliger Mitgliedsländer des Warschauer Vertrages beziehungsweise War-

schauper Pakts bestimmt, so hat das Korps als eines der wenigen NATO-Einheiten auf dem Gebiet des ehemaligen Verteidigungsbündnisses im Zuge der Krise und des gegenwärtigen Krieges in der Ukraine eine stetige Verstärkung der Kräfte und einen weiteren Ausbau erfahren, um die Präsenz der NATO und das geänderte Verhältnis zu Russland zu unterstreichen.

Wirkungskreis bis ins Baltikum

Um in hoher Bereitschaft zu bleiben und seine Einsatzfähigkeit zu stärken, nimmt das Korps regelmäßig an NATO- und anderen multinationalen Übungen teil, die im gesamten Ostseeraum – dem regionalen Zuständigkeitsbereich – durchgeführt werden. Das ist, wie Generalleutnant Manfred Hoffmann als kommandierender General (2015 bis 2018) einmal feststellte, einmalig innerhalb der NATO.

Der Wirkungskreis des Korps reicht östlich über die Multinationale Division Nordost in Elbing bis in das Baltikum. Zu den Aufgaben des Korps zählen aber neben der Verteidigung auch friedenserhaltende Maßnahmen und der Katastrophenschutz. Oliver Hennke

„Die Folge einer naiven Einwanderungspolitik“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Als Leser möchte ich Dank sagen. Ihre Zeitung ist besser als die öffentlich-rechtliche Glotze.“

Horst Goldschmidt, Oberkrämer



Ausgabe Nr. 36

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

URSACHE UND WIRKUNG

ZU: SACHSEN UND THÜRINGEN ZEIGEN, WAR HIERZULANDE IM ARGEN LIEGT (NR. 36)

Auch in der Politik gilt das Prinzip Ursache-Wirkung. Die Probleme von heute haben ihre Ursache in der Politik von gestern. Nach Auffassung von Michail Gorbatschow sind die Mehrzahl der Menschen, die den Populisten ihre Stimme geben, keine Rassisten. Es sind ganz normale Leute, denen die Zukunft ihres Landes, ihre Familien und ihre Kinder Sorgen bereiten. Mit ihrer Stimme für die Populisten erhoffen sich die Wähler einen realistischen Umgang mit den Problemen. Sie sehen nur keine andere Möglichkeit, den Herrschenden zu signalisieren, dass sich etwas ändern muss.

Sollte man sich etwa keine Sorgen machen? Die Polizei traut sich nur noch mit Großaufgebot in bestimmte Stadtviertel, die Folge einer naiven Einwanderungspolitik. Der breiten Bevölkerung ist die Brisanz der Lage nicht bewusst, so der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichtes Papier. Messerstechereien und Massenschlägereien sind heute in Deutschland an der Tagesordnung.

Schutzsuchende, die bei uns ohne Arbeit besser leben als in ihren Heimatländern mit Arbeit, beteiligen sich an Gruppenvergewaltigungen. Wo sind die Arbeitsplätze für all die mehr oder weniger gutausgebildeten Zuwanderer? Wo sind die Frauen für die vielen jungen Männer aus Afrika und Asien? Der Familiennachzug ist programmiert, was die Probleme vermehren wird. Die Staatsverschuldung wird ständig größer. Das ist den meisten Politikern egal. Und was ist das für eine riskante Energiepolitik?

Langfristige sichere Arbeitsplätze werden immer seltener und erlauben damit immer weniger ein kalkulierbares Leben mit Familienplanung.

In meiner Jugend habe ich drei Jahre das Arbeitszimmer mit einem Syrer geteilt. Gern denke ich an die schöne gemeinsame Zeit zurück.

Dr. Karl Hahn, Bad Salzungen

NEUER EINHEITSBLOCK

ZU: SACHSEN UND THÜRINGEN ZEIGEN, WAR HIERZULANDE IM ARGEN LIEGT (NR. 36)

Als gelernte DDR-Bürger wissen wir: Von Walter Ulbricht und Erich Honecker lernen, heißt siegen lernen. Also gründen wir eine neue Partei. Die Soziale Einheitspartei Deutschlands. Schwarz, Rot (im Notfall Dunkelrot), Grün. Und schon wird sich die Bergabwärtsspirale mit einem Doppel-Wumms noch schneller drehen.

Reinhard Mikess, Fraureuth

DANK AN UNGARN

ZU: DER MANN, DER DEN EISERNEN VORHANG AUFRISS (NR. 36)

Vor 35 Jahren wurde der Eiserne Vorgang durchbrochen und die Schandmauer in Berlin beseitigt. Nun erinnert die PAZ in einem Beitrag an den ehemaligen Ministerpräsidenten der Volksrepublik Ungarn, Miklós Németh, der 1989 an der Öffnung der Grenze zu Österreich maßgeblich beteiligt war.

Viele DDR-Bürger gelang dadurch die Flucht in den Westen, und es war der Anfang vom Ende eines SED-Regimes, welches ihr Volk der Freiheit beraubt und eingemauert hatte. Erich Honecker schwadronierte: „Die Mauer in Berlin wird noch in 100 Jahren stehen.“ Auch im heutigen Rückblick müssen wir als ehemalige DDR-Bürger den Ungarn dankbar sein, dass es etwas später zu einer Vereinigung unseres Landes kam.

Der 11. September 1989, der Tag der Grenzöffnung, ist als historisches Ereignis kaum im öffentlichen Gedächtnis verankert. Auch aus diesem Grund ist die Erinnerung durch das Interview mit Németh sehr bemerkenswert, da im Beitrag doch viele Hintergrundinformationen enthalten sind, welche viele Bürger in Deutschland nicht kannten.

Der Weg in die Freiheit wurde damals geöffnet. Unsere Politiker dürfen diesen Weg nicht leichtsinnig wieder verschließen. Wer die Diktatur in der DDR über

40 Jahre ertragen musste, der wird für Frieden und Demokratie stets eintreten.

Hans-Joachim Nehring, Neubrandenburg

FALSCHER ANKLAGE

ZUM LESERBRIEF: UNGLAUBWÜRDIGE STIFTUNG (NR. 35)

Der Verfasser kritisiert unter anderem die bekannte Kirche und etliche ihrer Vertreter. Zu allen Punkten kann ich mangels Spezialkenntnisse nicht Stellung nehmen. Eine Sache kann ich aber herausgreifen: Der V. These der „Barmer Erklärung“ wird vorgeworfen, die „totalitäre Verfassung des Staates religiös gerechtfertigt“ zu haben. Nach dem Text der „Barmer Erklärung“, der mir vorliegt, ist dieser Vorwurf nicht zulässig. Im Gegenteil: Dem Staat wird zwar zugebilligt, als Einrichtung Gottes in der noch nicht gelösten Welt für Recht und Frieden zu sorgen. Er darf aber seine Zuständigkeit nicht überschreiten.

Wörtlich heißt es dort unter anderem: „Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne der Staat über seinen besonderen Auftrag hinaus die einzige und totale Ordnung menschlichen Lebens werden und also auch die Bestimmung der Kirche erfüllen.“ Zur Stellung der Kirche heißt es: „Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne sich die Kirche über ihren besonderen Auftrag hinaus staatliche Art, staatliche Aufgaben und staatliche Würde aneignen und damit selbst zu einem Organ des Staates werden.“

Soweit also die Aussagen der „Barmer Erklärung“ im Wortlaut. Die Erklärung richtete sich ja besonders gegen die offiziellen Kirchenorgane, die mittels der „Deutschen Christen“ die nationalsozialistische Ideologie in die Evangelische Kirche einführen wollten.

Die evangelische Kirche krankt ja daran, dass sie immer wieder vom christlichen Glauben abfällt und sich Fremdideologien unterwirft. In der Zeit des Dritten Reiches war es der Nationalsozialismus. Nach dem Krieg ließ sich die evangelische Kirche von der „Modernen Theologie“

der Bultmann-Schule unterwandern. Neuerdings führt sie in devoter Staatshörigkeit die Lehren der Queeren-Ideologie ein, was nach dem Zeugnis der Bibel antichristlich ist.

Die Kritik kann sich also gegen das Fehlverhalten der Institution „Kirche“ richten. Nicht aber gegen den Wortlaut der „Barmer Erklärung“.

Gerhard Synowzik, Stadtoldendorf

GIFTIGE NETZE

ZU: DAS VERKANNTES OST-GEFÜHL (NR. 34)

Wir Ehemaligen sitzen staunend vor der Laterna magica und stellen fest, die Bildprojektionen sind dir doch bekannt, das kennst du doch alles schon. Nur mit umgekehrten Vorzeichen. Regierungs- und parteitreue Singgruppen intonieren „Sag mir, wo du stehst“, und Skribenten gleichen Schläges berauschen sich mit Elogen an Partei und Regierung: „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“ Die Partei hat immer recht, die Regierung erklärt notfalls zur Erreichung der hehren Menschheitsideale die Erde wieder zu einer Scheibe, und Andersdenkende kommen auf den virtuellen Scheiterhaufen.

Vor allem die Grünen setzen da schon mal die Naturgesetze außer Kraft und bekämpfen mit Vehemenz den Kodex der wissenschaftlichen Integrität. Die Photosynthese sei Teufelswerk, die Energiewende der grüne Quantensprung, Big Pharma bewahre die Menschheit vor dem Exitus, dem diene gleichermaßen der Kampf gegen den vom Menschen gemachten Klimawandel, Big Money sorge für den ewigen Frieden der Welt, und Big Tech liefere die Instrumente für diese diabolische Transformation.

Wer hat die Fundamente für diese irrationale Politik gelegt? Richtig, die „Schwarze Witwe“ Angela Merkel hat 16 Jahre ihr giftiges Netz gesponnen, aus der es kein Entrinnen gibt. Habt endlich den Mut, euch eures Verstandes zu bedienen! Klaus Hermann Konrad Baumgart, Naumburg/Saale

ANZEIGE

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas

Die verborgenen Machenschaften einer der reichsten und einflussreichsten Familien der Welt!

■ **Jacob Nordangård enthüllt die oft unglaubliche Geschichte der Rockefeller-Dynastie. Sie erfahren, wie diese mächtige Familie die Weltpolitik, die globale Wirtschaft und sogar die Klimapolitik seit mehr als einem Jahrhundert geprägt hat. Nordangård zeigt die verschlungenen Verbindungen und Strategien, mit denen die Rockfellers ihren Einfluss über Generationen hinweg sicherten und ausbauten.**

Von der Gründung von Standard Oil bis zur heutigen globalen Klimabewegung – dieses Buch gibt Ihnen einen tiefen Einblick in die verborgene Macht der Rockfellers. Erfahren Sie, wie sie die moderne Medizin, die Landwirtschaft und die Technologie beeinflussten und welche Rolle sie bei der Gründung und Entwicklung globaler Institutionen wie den Vereinten Nationen und der WHO spielten.

WWF, Greenpeace und Attac – diese und zahlreiche andere Umweltschutzorganisationen und NGOs stehen auf der Gehaltsliste der Rockfellers. Warum?

Auf diese und viele weitere brisante Fragen sucht und findet Jacob Nordangård eine Antwort.

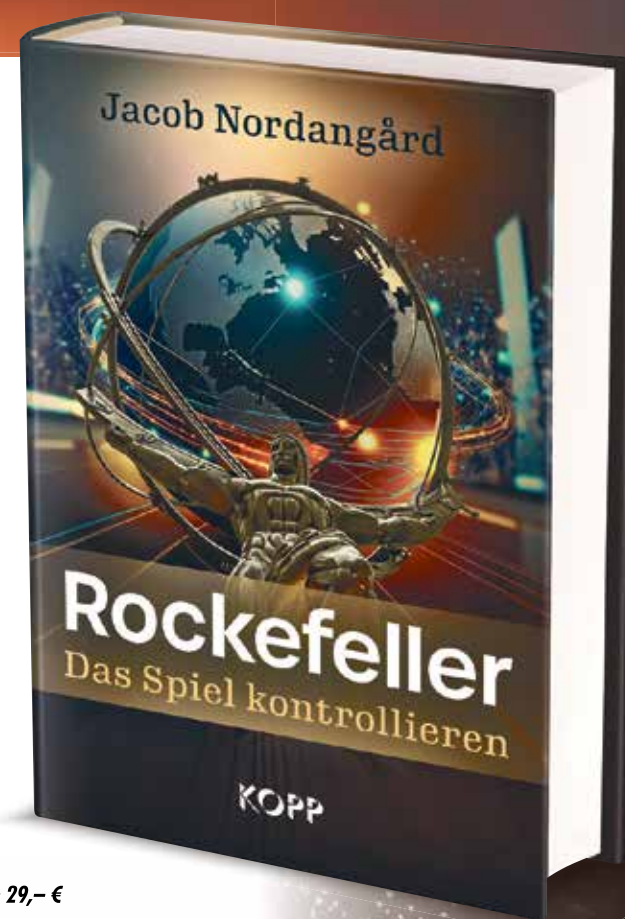
Mit einer Mischung aus visionärer Kraft, List und Skrupellosigkeit schufen die Rockfellers ein Netz aus Unter-

nehmen, Stiftungen und Organisationen, das über beispiellose finanzielle Mittel und Einfluss verfügt, die ihresgleichen suchen.

Jacob Nordangårds Buch ist das Ergebnis einer mehr als 10-jährigen Forschungsarbeit und stützt sich auf Hunderte von akribisch recherchierten Quellen:

- Die Rolle der Rockfellers in der Klimaforschung
- Einfluss auf die Weltgesundheit
- Verstrickungen in die Eugenik-Bewegung
- Die Schaffung globaler Institutionen
- Die Manipulation der öffentlichen Meinung
- Die Verbindung zur modernen Landwirtschaft
- Der Einfluss auf die Bildung
- Die Rolle im internationalen Bankengeschäft
- Verdeckte Unterstützung sozialistischer und globalistischer Bewegungen

Jacob Nordangård deckt die Machenschaften einer globalen Elite auf, die unter dem Deckmantel der Wohltätigkeit und mit ausgeklügelten Propagandatechniken auf eine vollständige Umgestaltung der Erde abzielen, einschließlich der Wirtschaft, der Ökologie, der Kultur und des Menschen selbst.



»Enthüllt das Innenleben der Rockefeller-Familie ... der treibenden Kraft hinter jedem Aspekt der modernen Globalisierung.«
Patrick Wood

www.kopp-verlag.de

Jacob Nordangård: **Rockefeller – Das Spiel kontrollieren** • gebunden • 528 Seiten • zahlreiche Abbildungen • Best.-Nr. 991 160 • 29,- €

VON VEIT-MARIO THIEDE

Eine der schönsten Anlagen im UNESCO-Weltkulturerbe Gartenreich Dessau-Wörlitz ist das Luisium. Es war ein Geschenk des Fürsten Leopold III. Friedrich Franz von Anhalt-Dessau an seine Gemahlin Luise von Brandenburg-Schwedt, die es als Sommersitz nutzte. Die feierliche Grundsteinlegung erfolgte an Luises 24. Geburtstag: dem 24. September 1774.

Am östlichen Eingang des 250 Jahre alten Anwesens, das zum Schutz vor Hochwasser des nahen Flusses Mulde drei Erdwälle umgeben, stehen zwei nach englischem Vorbild errichtete neugotische Torhäuschen aus rotem Backstein. Linker Hand erheben sich die Wirtschaftsgebäude. Rechts bleibt der Blick an einer zierlichen steinernen Dame im faltenreichen Gewand hängen, die auf einem ausladenden Sockel steht. Die rätselhafte Erscheinung hat die betenden Hände unter einer Stoffbahn verborgen. Merkwürdiger noch ist die Verhüllung ihres Hauptes mit einem Schleier, der von der Stirn bis zur Nasenspitze reicht. Niemand weiß mehr, wen die Skulptur darstellt. Die Dessauer nennen sie „die Nonne“.

Der von mächtigen Edelkastanien gesäumte Weg führt an einem als Ruine erbauten römischen Torbogen vorbei. Zum alten Baumbestand des 14 Hektar großen Landschaftsgartens gehören auch Wymouth- und Schwarzkiefern, Eiben, Lärchen, Eichen und Tulpenbäume. Abgestorbene Bäume recken ihre brüchigen Äste gen Himmel. Es empfiehlt sich also, auf den geschlängelten Wegen zu bleiben.

In einem Weiher, den eine zierliche weiße Bogenbrücke überspannt, spiegelt sich das auf einem Hügel stehende Schlösschen. Der auf quadratischem Grundriss errichtete Backsteinbau ist verputzt und gelb gestrichen, der Sandsteinsockel sowie die Fenster- und Türrahmen sind weiß getüncht. Auf dem Pyramidendach sitzt ein kleines Belvedere, dessen vier Eckeingassungen erstaunlicherweise zu Schornsteinen ausgebaut sind.



FOTO: THIEDE

Getreu dem Motto des Fürsten Franz und seines Architekten Friedrich Wilhelm von Erdmannsdorff, das Nützliche mit dem Angenehmen zu verbinden, zeichnet sich das Luisium durch schlichte Eleganz aus und ist einer der Gründungsbauten des deutschen Klassizismus. Erdmannsdorffs bauliche Grundlagen bildeten das Studium der antiken Baukunst und des englischen Klassizismus, das er wie auch der Fürst und die Fürstin auf ausgedehnten Bildungsreisen betrieb.

Die in Italien und Großbritannien erworbenen Kenntnisse finden auch in der weitgehend erhalten gebliebenen Innenausstattung ihren Niederschlag. Der Festsaal nimmt fast das gesamte erste Hauptgeschoss ein. Breite Pilaster aus grünlich-grauem und weißlich geflecktem Stuck-

marmor bestimmen den zunächst vorherrschenden Eindruck von schwerem, wichtiger Feierlichkeit. Anmutig leicht und farbenfroh wirken sodann die auf die Wand gemalten Medaillons mit den weiblichen Allegorien der Malerei, Dichtkunst, Philosophie und Musik.

Auch die vom Berliner Maler Johann Fischer ausgeführte Deckengestaltung geht auf Erdmannsdorffs Entwurf zurück. Ihr Thema sind die weiblichen Tugenden. In den Bildfeldern sind die Allegorien der Sanftmut, Treue und Bezähmung der Begierde dargestellt. In der Allegorie der Ehre und des guten Rufs wehrt eine Frau mit Schutzschild und Keule einen Drachen ab. In der Allegorie der Demut und Bescheidenheit hat eine Frau im roten Gewand ein Kreuz geschultert. Das zentrale Bild

feiert die Apotheose der auf Bravheit hinauslaufenden weiblichen Tugenden. Eine geflügelte Gestalt geleitet die in einer Figur zusammengefassten Tugenden entlang eines Regenbogens in den Himmel.

Ein Nebengemach schmücken hochwertige Kopien der Gemälde Alter Meister: eine Madonna nach Raffael, eine Magdalena nach Correggio und ein Christuskopf nach Annibale Carracci. Im Gemäldekabinett und den weiteren kleinen, aber fein ausgestatteten Räumen des zweiten Hauptgeschosses hängen etliche weitere Bilder: Historiengemälde, religiöse Darstellungen, Porträts, Genreszenen und Landschaften. Das Graphische Kabinett wartet mit zahlreichen Kupferstichen auf. Sie hängen in drei Reihen an Wänden und Türen. Selbst die Decke ist

mit ihnen ausgestattet. Es handelt sich um Nachstiche der Kompositionen italienischer, englischer und deutscher Maler.

Die Hauptrolle aber spielen Nachstiche der Werke der damals populären Malerin Angelika Kauffmann, die mit Fürstin Luise befreundet war. Zu den Ölgemälden und Druckgraphiken gesellen sich auch im zweiten Hauptgeschoss Wand- und Deckenmalereien nach Erdmannsdorffs Entwürfen. Er zitiert und interpretiert Fresken Raffaels in der grünen Wandmalerei des Gemäldekabinetts, zwischen der auf schmalen weißen Feldern gemalte Gebinde aus Kapuzinerkresse, Rohrkolben oder Hopfen emporwachsen. Die Deckenmalerei der Bibliothek zeigt tropische Schmetterlinge und einheimische Vögel wie Nachtigall, Blaumeise und Grünfink.

Erstaunlich ist: Was wir heute als prächtigen Landsitz wahrnehmen, beurteilten die Zeitgenossen Luises als Ausdruck vornehmer Bescheidenheit. Rund um das kleine Schloss geleiten acht Sichtachsen unseren Blick in die Ferne. Da entdeckt man etwa die rot-weißen Gebäude eines Gestüts. Als plastische Giebelzier des Stalls dienen ein sich aufbäumendes Pferd und zwei Ritter.

Vom Südportal des Luisiums führt eine Sichtachse zu einer ägyptisch anmutenden Erscheinung. Da steht doch tatsächlich ein großer Obelisk – und zwar auf einem Kirchturm. Es ist jener der St. Bartholomäi Kirche, die der als „Alter Dessauer“ bekannte Fürst Leopold I. 1722 stiftete. Den Turm mit aufgesetztem Obelisk aber ließ Fürst Franz 1816/17 als Mausoleum für seine Gemahlin Luise errichten. Nach einem Reitunfall verfolgte er den Baufortschritt vom Schloss Luisium aus, wo er nach zehn Tagen starb.

Im Erdgeschoss des Turms befindet sich die Grablege des Fürstenpaares, das zwar eine unglückliche, vom Preußenkönig Friedrich dem Großen eingefädelt Ehe führte, aber stets einen respektvollen Umgang miteinander pflegte.

● www.welterbe-gartenreich.de und www.gartenkirchen.de

GERSTENSAFT

„Pils kommt von hier, Export aus dem Revier“

Der Siegeszug der sauerländischen Bierkultur – Alkoholgetränkte Sonderausstellung im Museums- und Kulturforum Südwestfalen

Zu Beginn des Rundgangs durch die Ausstellung „Frisch gezapft! Das Bier und wir“ begegnet man den Konterfeis von Hugh Hefner und Dennis Schröder. Nanu, was haben denn der Gründer und Chefredakteur des US-amerikanischen Männermagazins „Playboy“ und der deutsche Basketballstar mit dem blonden Gerstensaft zu tun? Der Nachname des verstorbenen „Playboy“-Machers verweist auf den Beruf des Hefners. Dieser gehörte zu den klassischen Brauberufen. Der Hefner ist Hefehändler, der die Brauer mit Hefe versorgt. Und der Name Schröder kommt vom Verb „schroten“, eine schwere Last bewegen. So wurde jemand bezeichnet, der Wein- oder Bierfässer transportierte.

Auch mit weiteren prominenten Namen wie Wolf Biermann (kann sowohl ein Bierbrauer als auch Bierhändler sein) erläutern die Ausstellungsmacher auf zeitgemäße und pfiffige Weise einige Grundbegriffe rund ums Bier.

Plakativ formuliert, könnte man festhalten: Die Schau im Arnberger Sauerland-Museum erzählt die Geschichte, wie Schalke Dortmund schlägt – und zwar nachhaltig. Dies ist zwar übertrieben, doch nicht ganz von der Hand zu weisen. Denn lange Zeit war Dortmund die Bierstadt Nummer 1 in Europa. „Dortmund verschafft sich in den ersten 25 Jahren nach dem Krieg in ganz Europa Wertschätzung als unangefochtene Hochburg des Export-Bieres“, schreibt Ulrich Biene in seinem Buch „Frisch gezapft! Bier-Kul-

tur in Nordrhein-Westfalen“ (Klartext-Verlag, Essen 2021, 160 Seiten, 29,95 Euro). Dortmunder Bier galt als nicht so herb wie die im Sauerland gebrauten Biere Pilsener Brauart wie Veltins oder Warsteiner. Dortmunder Union Bier, Hansa, Thier oder DAB (Dortmunder Actien-Brauerei) floss nicht nur in Strömen durch die Kehlen durstiger Bergmänner oder Stahlarbeiter, auch den bodenständigen Sauerländern schmeckte der Gerstensaft aus dem „Pott“.

Die traditionsreichen Privatbrauereien aus Grevenstein (Veltins), Krombach (Krombacher) oder Warstein (War-

steiner) hatten es zunächst schwer, sich selbst auf ihrem südwestfälischen Heimatmarkt, also vor allem im Sauer- und Siegerland, gegen die Konkurrenz aus der Ruhrgebietsmetropole zu behaupten. Die Lieferkonditionen von Union, DAB, Thier und Co. waren oft unschlagbar.

Doch die alten Großbrauereien taten zu wenig für die Markenbildung und die Pflege ihrer Markeninhalte. Und so wuchsen im Sauerland die bäuerlichen Betriebe und Familienunternehmen. Die Gastronomie war in den 1950er Jahren der Treiber, der den dortigen Brauereien zu einem immer höheren Ausstoß von Fassbier-

Hektolitern verhilft. In der Arnberger Ausstellung finden sich etliche Fotos, die die damalige Kneipenherrlichkeit im Sauerland illustrieren. Auch eine alte Theke mit dunklem Holzschrank ist dort aufgebaut, hinter der Scheibe befindet sich eine große Box der Zigarettenmarke „Reval“. Und auf der Schiefertafel rechts daneben steht mit Kreide geschrieben, dass man neben einem frischen Veltins auch bescheidene Köstlichkeiten wie eingelegte Soleier und Frikadellen genießen konnte.

Heute machen viele Holländer im „Land der Tausend Berge“, wie das Sauerland auch genannt wird, Urlaub. Doch auch bei den hart arbeitenden Menschen aus dem Ruhrgebiet war ein Ausflug ins nahe Sauerland schon in den 50er Jahren beliebt. Mit dem DKW oder VW-Käfer war man in zwei Stunden dort, schätzte die Gastronomie und Geselligkeit und trank in der Regel Dortmunder Bier. „Pils kommt von hier, Export aus dem Revier“, wie es Biene griffig formuliert.

Doch ungefähr zur Mitte der 1960er Jahre greifen die Gäste immer mehr zum Bier Pilsener Brauart mit der feineren Hopfennote. Nach der „Fresswelle“ – verständliche Folge der Entbehrungen und des Hungers infolge des Krieges – setzte sich eine Gastronomiekultur durch, die mehr auf Qualität setzte. Insbesondere dem heutigen Schalke-Sponsor Veltins gelang es, in diesem Umfeld geschickt zu agieren. „Das Veltins-Pilsener wird zelebriert! Mit einem feinstieligen Kelchglas

hebt sich das Bier aus der kleinen Brauerei in Grevenstein wohltuend vom Export-Bier im Glasbecher der Dortmunder Dickschiffe ab“, so Biene.

Gegen Ende der 80er Jahre übernahm Warsteiner die Marktführung in Deutschland, zur Jahrtausendwende Krombacher aus dem sauerländischen Kreuztal. Und die im Jahr 1824 gegründete Brauerei Veltins steht heute deutschlandweit sicher für das Bier aus der Heimat des aktuellen CDU-Oppositionsführers Friedrich Merz.

Während das 200-jährige Bestehen der Veltins-Brauerei aus Meschede-Grevenstein der Anlass für die Sonderausstellung ist, so wird dort auch die gesamte Entwicklung der spezifischen Bierkultur im Sauerland mit seinen vielen Kneipen, Gasthöfen und Schützenfesten thematisiert. Ein Besuch im Sauerland-Museum lohnt sich auf jeden Fall, zumal es 2019 zu einem Museums- und Kulturforum Südwestfalen aufwendig ausgebaut wurde.

Die Ausstellung verlässt man jedenfalls mit gehörigem Bierdurst, den man dann in den Kneipen der mittelalterlich geprägten Arnberger Altstadt stillen kann. Die Schlossruine auf dem Arnberger Schlossberg ist nur ein paar Gehminuten entfernt und bietet einen großartigen Blick auf die Stadt. *Ansgar Lange*

● Bis 29. September im Sauerland-Museum des Hochsauerlandkreises, Alter Markt 24-30, 59821 Arnberg, Eintritt: 8 Euro. www.sauerland-museum.de



Fröhliche Runde mit Suchtmitteln Bier und Zigarette: Kneipenleben in den 50er Jahren

FOTO: DORFARCHIV DÜDINGHAUSEN

● FÜR SIE GELESEN

Sportliche
Höchstleistung

Die Geschichten mit fast fotorealistischen Illustrationen in Volker Mehner's neuem Buch „Der Traum vom Gold. Sportlegenden zwischen Hoffnung, Sieg und Niederlagen“ fesseln auf Anhieb und verlangen danach, sofort einzutauchen in die Träume unvergesslicher Sport-Ikonen.

Los geht es im alten Griechenland um 490 vor Christus mit dem militärischen Eilboten Pheidippides, der als legendärer erster Marathonläufer in die Weltgeschichte einging. Keineswegs chronologisch setzt sich der Weg durch die Sportgeschichte fort mit der Geschichte um den Boxer Muhammad Ali, ehemals als Cassius Clay bekannt. Sein Engagement in der US-Bürgerrechtsbewegung rührt sicher so manchen. Atemlos geht es weiter mit den Besten der Besten der Sportgeschichte, wie der Leichtathletin Ulrike Meyfarth, dem Skispringer Eddie „The Eagle“, dem Basketballspieler Dirk Nowitzki, der Tennisspielerin Althea Gibson, um nur einige zu nennen.

Der Journalist Volker Mehnert hat Sportwissenschaft studiert und selbst viele Sportarten ausprobiert. Seine Leidenschaft für die Freude an Bewegung und körperliche Höchstleistungen spürt man auf jeder Seite.

Silvia Friedrich



**Volker Mehnert/
Paulina Eichhorn:**
„Der Traum vom
Gold. Sportlegen-
den zwischen Hoff-
nung, Sieg und Nie-
derlage“,

Gerstenberg Verlag, Hildesheim 2024,
Hardcover, 24 Euro

Nichts für
Jedermann

Sally, die 20 Jahre lang von ihrem Mann Jim misshandelt worden war, hat die Nase voll. Sie knallt ihm die gusseiserne Bratpfanne an den Kopf. Kaum für sie zu glauben, aber Jim rührt sich nicht mehr. Sie hat all die Jahre nur wegen der Kinder die Schläge, Verbrühungen und verbalen Erniedrigungen ertragen.

Nach einem entspannten Schaumbad besorgt sie sich Sägen und andere notwendige Utensilien, um die Leiche unbemerkt verschwinden zu lassen. Wegen des Corona-Lockdowns fällt sein Fehlen vorerst nicht auf. In der Nachbarschaft gibt es noch weitere Frauen, die auch von ihren Ehemännern tyrannisiert werden. Durch eine Selbsthilfegruppe lernen sich vier von ihnen kennen, und sie helfen sich gegenseitig, ihre Männer zu „entsorgen“.

Alexia Casale beschreibt in ihrem Debütroman „Ein Mann zum Vergraben“, wie unbekümmert ihre Heldin auf die Misshandlungen ihres Mannes reagiert, da diese Alltag für sie sind. Casale geht allerdings zu oberflächlich mit dem Thema um. Auch die Morde werden viel zu harmlos dargestellt. Der Roman ist deshalb sicher nicht jedermanns Geschmack. *Angela Selke*



Alexia Casale: „Ein
Mann zum Vergra-
ben“, dtv, München
2024, Taschenbuch,
428 Seiten, 13 Euro

HANDARBEIT

28 Häkelarbeiten –
bunt und ausgefallen

Dass man nicht nur Topflappen häkeln kann,
zeigt ein junger Mann anhand von Taschen,
Kleidung und Accessoires

FOTO: SHUTTERSTOCK



Ob Blumen, Kleider oder Hosen: Der Musiker und Künstler Henri Purnell stellt seine Häkelprojekte vor, die er während des Lockdowns entwickelt hat. Zu jedem Projekt gibt es eine ausführliche Beschreibung und

über einen QR-Code oder Link eine entsprechende Video-Anleitung, außerdem enthält das Sachbuch einen kleinen Grundlagenteil zum Thema Häkeln, der erklärt, wie man beispielsweise die Farbe wechselt. *CRS*



Henri Purnell: „Das Häkelbuch“,
Frechverlag, Gerlingen 2023,
gebunden, 140 Seiten,
22 Euro

ZEITGESCHICHTE

Eines der
dunkelsten Kapitel

Der Journalist Christian Neef schildert anhand des Tagebuchs von Iwan Serow, einem skrupellosen NKWD-Kommissar, die sowjetischen Gräueltaten

VON DIRK KLOSE

In Russland bestimmt der Geheimdienst das Land. Beispielhaft steht dafür der frühere KGB-Mitarbeiter Wladimir Putin. Und genauso war es nach 1945 auch im Osten Deutschlands. Nicht die Militärverwaltung SMAD, sondern der Geheimdienst NKWD traf alle wichtigen Entscheidungen. Hauptverantwortlicher in den ersten Nachkriegsjahren war der skrupellose NKWD-Kommissar Iwan Serow (1905–1990). Vor ein paar Jahren wurde in einer Garage sein eingemauertes Tagebuch zu jener Zeit gefunden. Der Autor Christian Neef, lange Jahre beim „Spiegel“ und Korrespondent in Moskau, konnte es einsehen und zum Angelpunkt dieser ebenso düsteren wie le senswerten Darstellung nehmen.

Nur aufgezählt werden kann, was Neef im Einzelnen beschreibt: Wer die Verantwortlichen waren und wie skrupellos sie vorgingen; wie wahllos unzählige Menschen verhaftet und inhaftiert wurden; wie rigoros deutsche Verwaltungen gesäubert wurden; wie nicht nur Jagd auf Menschen, sondern auch auf geistiges Eigentum in Museen, Archiven und Bibliotheken gemacht wurde; wie 1946 bei der Aktion „Osoawiachim“ (eine paramilitärische Gesellschaft) Tausende deutscher Ingenieure, Wissenschaftler und Techniker samt Familien in die UdSSR gebracht wurden und dieser in Atom- und Raketentechnik den Gleichstand mit den USA ermöglichten; wie würdelos gegenüber Stalin gebuckelt wurde. Insgesamt ist es ei-

nes der dunkelsten Kapitel in der deutschen Geschichte, gekennzeichnet von Willkür und Angst, Gefängnis und Tod.

Neef wiederholt Quellen, wonach zwischen 1945 und 1949 über 120.000 Menschen willkürlich verhaftet wurden, wovon 43.000 an Entkräftung und Hungers gestorben sind. In Sachen Massenverhaftung war das NKWD und hierbei insbesondere Serow bereits „versiert“, etwa als 1941 in einer Nacht-und-Nebel-Aktion fast alle Krimtataren verhaftet und nach Innerasien deportiert wurden. Für die deutsche Bevölkerung war das brutale Auftreten des NKWD ein Schock. Selbst die SED kam nicht umhin, sich des Themas anzunehmen. 1948 unternahm Wilhelm Pieck – ohne Ulbricht – einen Bittgang zu Stalin. Dieser soll ihn mit ostentativer Gleichgültigkeit angehört haben.

Der Autor geht (zu) kurz auf die überfüllten Gefängnisse und die Weiternutzung der NS-Konzentrationslager Buchenwald und Sachsenhausen ein. Seiner SchlussThese, der frühere KGB lebe heute im Geheimdienst FSB fort, kann man mit Blick auf Putin und seine Anhänger nicht widersprechen.



Christian Neef: „Das
Schattenregime. Wie
der sowjetische Ge-
heimdienst nach 1945
Deutschland terrori-
sierte“, Propyläen Ver-
lag, Berlin 2024, gebun-
den, 320 Seiten, 28 Euro

DDR-ERLEBNISSE

Misshandlungen
als Alltäglichkeit

Die Dramatikerin Anne Rabe deckt in ihrem Roman „Die Möglichkeit des Glücks“ die repressiven Erziehungsmethoden in der DDR auf

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Die Dramatikerin- und Drehbuchautorin Anne Rabe behandelt in ihrem Debütroman „Die Möglichkeit des Glücks“ die leidvolle Geschichte einer jungen Frau namens Stine, die in der Nachwendezeit in der DDR aufwuchs und durch familiäre Gewalt in ihrer Kindheit und Jugend schwer traumatisiert wurde.

Das Geburtsjahr der Ich-Erzählerin Stine wie auch der Autorin ist 1986. Junge Menschen dieser Generation waren in der Nachwendezeit noch von den repressiven Verhaltensmustern der hierarchisch geprägten DDR-Gesellschaft betroffen, die mit dem Mauerfall nicht aus der Welt waren. Der Roman insinuiert, dass solche verfestigten Verhaltensmuster in etlichen Familien zum Schaden der Kinder fortbestanden. Wie viel an persönlichem Erleben der Autorin in ihren Roman eingeflossen ist, bleibt offen. In einem Essay hat Rabe angedeutet, dass sie aus einem Mosaik von Berichten über familiäre Gewalt geschöpft hat.

Mit Anfang Zwanzig bekommt Stine zwei Kinder. Für sie wird es nun existentiell wichtig, aus der Endlosschleife ihres Leidensdrucks herauszufinden, der sie aufgrund von jahrelanger elterlicher Misshandlung und Demütigung quält. Die unfassbaren Taten der Mutter und des Vaters schildert Stine mit derselben Offenheit wie ihr eigenes häufig irrationales Verhalten aufgrund von tiefsitzenden Ängsten und Unsicherheit. Erschütternd

sind die Berichte über ausgefeilte Bestrafungsaktionen überwiegend seitens der eiskalten Mutter. Infolgedessen entstand bei dem jungen Mädchen durch Schuldübertragung auf sich selbst eine Neigung zur Selbstverstümmelung.

Um ihre beiden Kinder vor der eigenen psychischen Belastung zu schützen, forscht die Erzählerin nach möglichen Ursachen für das krankhafte Fehlverhalten der Eltern, von denen sie sich schon vor Jahren losgesagt hatte. Ihr Interesse gilt dem 1923 geborenen Großvater Paul. Sie recherchiert in Archiven und findet heraus, dass Paul als junger Schuldirektor möglicherweise schwere Schuld auf sich lud. Der angepasste Parteigenosse bemühte sich unermüdlich um einen beruflichen Aufstieg als Pädagoge und wurde Universitätsdozent. Abschnittsweise hat der Roman eher den Charakter einer Dokumentation. Umso eindrucklicher wird aufgezeigt, dass Kinder über Generationen hinweg Opfer harter Erziehungsmethoden werden können, zu denen sich schlimmstenfalls Sadismus gesellt. Rabes aufrüttelndes Buch ist ein großer Wurf und unbedingt empfehlenswert.



Anna Rabe: „Die Mög-
lichkeit von Glück“,
Klett-Cotta Verlag,
Stuttgart, 3. Auflage
2023, gebunden,
382 Seiten, 24 Euro

ERMLAND-MASUREN

Der ostpreußische Hindenburg-Läufer

Franz Dziadek lief nach Berlin, weil Reichspräsident Paul von Hindenburg nicht nach Lyck zum Jubiläum kommen konnte

VON JÜRGEN EHMANN

Gestern wurde der ostpreußische Ausnahmeläufer Frank Dziadek, der vor sechs Tagen in Lyck gestartet war und die Strecke nach Berlin im Dauerlauf zurückgelegt hatte, vom Reichspräsidenten feierlich empfangen. Der ostpreußische Läufer überreichte hierauf dem Reichspräsidenten die Ehrenurkunde der Stadt Lyck, welche die Stadt aus Anlass ihrer 500-Jahrfeier dem Reichspräsidenten entsandt hatte. Reichspräsident Paul von Hindenburg sprach dem ostpreußischen Läufer seine Hochachtung vor dessen einmaligen Sportleistung aus und überreichte ihm im Gegenzug wie dem gleichfalls empfangenen deutschen Marathonmeister Paul Hempel sein Bild mit eigener Unterschrift. „So oder so ähnlich lautend war eine sensationelle Nachricht Mitte Oktober im Jahr 1925 in vielen deutschen Zeitungen zu lesen. Eine aus heutiger Sicht bemerkenswerte Geschichte.

Umso überraschender, dass kaum jemand heute noch davon weiß. Und auch den Hauptprotagonisten Frank Dziadek sucht man im Internet vergeblich. Selbst im digitalen Online-Lexikon Wikipedia ist unter diesem Namen kein Eintrag zu finden. Umso wichtiger, dass die PAZ sich dieser bemerkenswerten Geschichte, die ebenso kurios, aufregend wie außergewöhnlich ist, an dieser Stelle einmal annimmt. Denn diese Geschichte ist es wert, erzählt und gelesen zu werden. Eben weil sie nicht alltäglich ist. Ein Mann läuft von Lyck nach Berlin, um dem Reichspräsidenten zu begegnen. So weit, so gut. Aber wie kam es überhaupt zu diesem ebenso außergewöhnlichen wie ehrenwerten Marathonlauf?

Dem hochverehrten Ehrenbürger

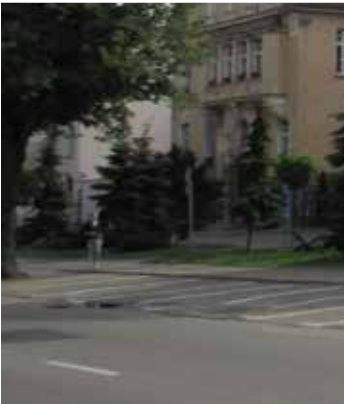
Die Kreisstadt Lyck, im ostpreußischen Landkreis Lyck im Bereich der Lycker Seenplatte gelegen, plante vor knapp 100 Jahren, am 11. Oktober 1925, ihr 500-jähriges Bestehen sowie die Einweihung des neuen Rathauses in Anwesenheit ihres Ehrenbürgers, Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg, zu feiern. Einladungen wurden verschickt, aber lei-



Franz Dziadek mit der Urkunde, die er dem Reichspräsidenten übergeben sollte
Foto: Honnefer Volkszeitung, 1925

der erhielt man vom damaligen Reichspräsidenten eine Absage aus terminlichen Gründen.

Auf Anregung des im Herbst 1917 gegründeten Sportvereins „Masovia“ beschlossen jedoch Magistrat und Festausschuss von Lyck, aus Anlass des Festes eine vom Architekten Lotz gestaltete Treuedankurkunde durch den Langstreckenläufer Dziadek nach Berlin zu senden. Getreu dem Motto: „Kommt der



Vom Lycker Rathaus, 1912 als Kreishaus erbaut, startete Dziadek die Hindenburgsäule von Lyck (o.l.)

Reichspräsident nicht zu uns, dann kommen wir eben zu ihm“. Die besagte Urkunde enthielt folgenden Text: „Unserm hochverehrten Ehrenbürger, Herrn General-Feldmarschall von Hindenburg, dem Befreier der Stadt Lyck von der Russenherrschaft, erlauben wir uns aus Anlass unserer 500-Jahrfeier die Liebe, Dankbarkeit und Verehrung seiner Mitbürger von Lyck hierdurch zum Ausdruck zu bringen. Wir hoffen, dass Sie, Herr Feldmarschall, als Schirmherr jedweder Ertüchtigung deutscher Jugend an der mit der Überreichung dieser Schrift verknüpften sportlichen Leistung Freude finden werden. Lyck, am 11. Oktober 1925. Die städtischen Körperschaften der Stadt Lyck. Seidel, stellv. Bürgermeister. Kalweit, Stadtv.-Vorsteher.“

Der am 17. September 1899 in Oberschlesien geborene Franz Dziadek, seit seiner Jugendzeit ein begeisterter Kurz- und Langstreckenläufer und aktiv in der Sportvereinigung Masovia tätig, lief im Herbst 1925 zu einem Fußballwettspiel zum 200 Kilometer entfernten Königsberg. So war es nicht verwunderlich, dass Dziadek auch für diesen Lauf nach Berlin den Offiziellen geradezu prädestiniert erschien. Am 5. Oktober 1925, Montagvormittag um 9 Uhr, versammelten sich im neuen Lycker Rathaus die Vertreter des Magistrats, des Stadtparlaments und einige Mitglieder des Festausschusses, in deren Gegenwart Dziadek vom stellvertretenden Bürgermeister Stadtrat Seidel die Urkunde überreicht bekam. Nach einigen gemachten Fotos und seiner Verabschiedung von der Familie startete der Sportler um 9.30 Uhr am Rathaus, von einem Radfahrer begleitet, Richtung Berlin. In den an der Strecke liegenden Städten – unter anderem führte ihn die Laufroute über Allenstein, Schneidemühl, Landsberg, Küstrin, Müncheberg und Dahlwitz – wurde er von den jeweiligen Sportvereinen und Stadtbewohnern begeistert empfangen. Den polnischen Korridor durchquerte er mit einem von Deutsch-Eylau abfahrenden D-Zug.

Am 10. Oktober traf Dziadek schließlich nach rund 650 gelaufenen Kilometern in Begleitung des deutschen Marathonmeister Paul Hempel, der ihn auf dem letzten Teil der Strecke begleitete, in Berlin ein. Reichspräsident Hindenburg empfing die beiden am 11. Oktober, erhielt von Dziadek die speziell angefertigte Urkunde

überreicht und sprach ihm seine Hochachtung über dessen außergewöhnliche Leistung aus. Die zwei Sportler erhielten jeweils ein Bild von Reichspräsident Hindenburg mit dessen eigener Signatur. Ei-

150

Kilometer legte der Läufer Franz Dziadek täglich an sechs Tagen bei seiner Route von Lyck nach Berlin zurück, die er bei Regen, Wind und Wetter meisterte und bei der er sich drei Paar Schuhe zerlief

ne Ehre, die in den damaligen Zeiten von größter Bedeutung und von ebenso großer Wertschätzung war.

Den Beweis antreten

Nach diesem in der Presse veröffentlichten Ereignis tauchten bald „in der Öffentlichkeit Gerüchte auf, bei diesem Lauf nach Berlin sei nicht alles korrekt und mit rechten Dingen zugegangen. Um dem Gerede ein Ende zu machen, sollte Dziadek in einem „Lauf der Offenbarung“ sein Können beweisen. Ihm wurde die Wahl

der Strecke freigestellt.“ An dem 180 Kilometer langen, von Allenstein über Warthenburg, Bischofsburg, Sensburg, Nikolaiken, Arys nach Lyck führenden Straßenlauf nahmen Franz Dziadek, Carius vom SV Allenstein 1910, Wagner und Hildebrandt vom PSV (vermutlich Elbing) und ein fünfter, namentlich nicht genannter Läufer teil, welcher den im „Ostpreußenblatt“, 6. August 1966, Folge 32 veröffentlichten Artikel verfasste. „Jedem Läufer wurde ein neutraler Radfahrer als Kontrolleur beigeordnet. Erlaubt war, unterwegs beliebig oft und lange zur Erholung zu pausieren. Sieger sollte sein, wer unter diesen Bedingungen zuerst in Lyck ankam.“

Die fünf Sportler starteten Samstagmittag um 12 Uhr vor dem Rathaus in Allenstein gemeinsam mit ihren Radfahrenden Kontrolleuren. Nachdem die beiden PSV-Läufer und dann auch Carius aufgaben, stieg zu guter Letzt ebenso Dziadek vor dem letzten Drittel der Strecke aus. Als Einziger erreichte der namentlich nicht genannte Läufer am nächsten Tag um 15.30 Uhr das Ziel – die Kreisstadt Lyck. Erwähnt werden soll auch die Laufstrecke Berlin–Wien über Zittau in der Oberlausitz, wo Franz Dziadek einen Zwischenstopp einlegte und feierlich empfangen wurde. 1927 startete er vom Tannenbergs-Denkmal zu einem weiteren Dauerlauf nach Berlin und überbrachte dem Reichspräsidenten eine Botschaft der ostpreußischen Bevölkerung.



Originalwortlaut unter der Zeitungsskizze: Überreichung des Ehrenbriefes der Stadt Lyck an den Reichspräsidenten von Hindenburg durch den Langstreckenläufer Dziadek

Am 1. Oktober 1928 startete der Hindenburg-Läufer bei regnerischem Wetter um 10.32 Uhr vom Brandenburger Tor in Berlin zu einem „Hindenburglauf rund um die Erde“. Zum Abschied hatten sich zahlreiche Sportleute eingefunden. Den Titel „Hindenburg-Läufer“ durfte Dziadek offiziell mit Genehmigung des Reichspräsidenten führen.

Ein Lauf rund um die Erde

Zahlreiche Zeitschriften der Weimarer Republik berichteten von diesem Ereignis. Die Strecke sollte über Potsdam und Magdeburg durch Thüringen nach München führen. Als weitere Etappen waren Wien, Budapest, Konstantinopel, Kairo, Jerusalem, Teheran, Afghanistan, Australien und der nordamerikanische Kontinent geplant. Im Oktober 1929 wollte Dziadek wieder in Berlin eintreffen.

Einige Zeitschriften wie beispielsweise die „Rhein- und Ruhrzeitung“ vom 4. Oktober 1928 zweifelten aber über das Gelingen des Vorhabens. Andere Zeitschriften berichteten Ende Oktober 1928 sogar über einen angeblichen Hindenburg-Läufer Dziadek, der in mehreren Städten seine Hotelrechnung nicht bezahlt habe. Außerdem habe laut Mitteilung eines Berliner Korrespondenzbüros nach Informationen des Büros des Reichspräsidenten Dziadek überhaupt keine Ermächtigung vom Reichspräsidenten, sich Hindenburg-Läufer zu nennen.

Bei Olympia 1936 nicht zugelassen

Neben den nachredenden Neidern lobten hingegen viele andere deutsche Zeitungen Ende Oktober und Anfang November 1930 einige Läufer in den höchsten Tönen. „In letzter Zeit leisteten bekanntlich Hervorragendes Peltzer, Nurmi und Dziadek, der 1925 von Lyck nach Berlin in sechs Tagen bei Regen, Gewitter und Hagel drei Paar Schuhe zerlief und täglich 150 km zurücklegte, um dem Reichspräsidenten eine Ehrenurkunde zu überbringen.“

Doch neben den ruhmreichen Laufleistungen führte der Ausnahmehatlet ein ganz normales, ein sehr bescheidenes und ebenso beschauliches Leben. Mit der seit 1920 verheirateten Marie Janzik bekam Dziadek fünf Kinder und zog 1929/1930 nach Płowczen, das 1938 in Plötzendorf umbenannt wurde, wo er als Tischler in einer eigenen Werkstatt, die in einer Scheune untergebracht war, arbeitete. Mit seiner Familie lebte er bis zum Kriegsende am Fuße des 205 Meter hohen Plötzendorfer Berges, der höchsten Erhebung des Kreises Lyck. Mit seinen Kindern trainierte er auf Feldwegen und lief mit ihnen querfeldein, über Stoppelfelder, Schlaglöcher und Steine, um auch sie für den Ausdauerlaufsport zu begeistern. In dieser Umgebung bereitete er sich darüber hinaus auf die Marathonteilnahme bei den Olympischen Spielen 1936 in Berlin vor, zu welcher er sich beworben hatte. Leider wurde er von der obersten Sportbehörde nicht zur Teilnahme am Wettbewerb zugelassen. Die Gründe für diese überraschende Entscheidung sind bis heute unbekannt.

Vermutlich beendete Dziadek um 1938 sein sportliches Engagement und damit seine Ausdauerlauferei. Im Krieg wurde er an beiden Beinen verwundet. Nach seiner Kriegsgefangenschaft verschlug es ihn in die heutige Tschechische Republik (ehemalige ČSSR), wo er letztendlich am 3. Juni 1977 bei Ostrava verstarb.

● Ein besonderer Dank gilt an dieser Stelle der Tochter von Franz Dziadek, Edeltraut Przyborowski, für ihre wertvollen Informationen, die bisher vermutlich niemandem bekannt waren.

● AUFGESCHNAPPT

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat den jüngsten EU-Gipfel boykottiert, weil er wegen der ungarischen EU-Ratspräsidentschaft in Budapest standfand. Begründung hierfür war eine Friedensinitiative des ungarischen Premiers Viktor Orbán, der den russischen Präsidenten Putin, dessen ukrainischen Amtskollegen Selenskyj und Chinas Machthaber Xi getroffen hatte. Im Juni verhängte die EU zudem eine Geldstrafe gegen Ungarn wegen des ungarischen Asylrechts, mit dem sich das Land gegen unkontrollierte Einwanderung aus dem islamischen Raum schützen will. Nun musste die EU-Hauptstadt Brüssel ein „Heimspiel“ der belgischen Fußballnationalmannschaft gegen Israel aus Belgien wegverlegen, weil die Sicherheit für Spieler, Zuschauer und Polizeibeamte in Brüssel nicht garantiert werden konnte, wie die Stadt bekannt gab. Die Gefahr geht vor allem von muslimischen Einwanderern aus, die man offenbar nicht mehr kontrollieren kann. Als Ausweichort wählte man ausgerechnet Ungarn, wo das Spiel ungestört stattfinden konnte. *H.H.*



● STIMMEN ZUR ZEIT

Manuel Ostermann von der Bundespolizeigewerkschaft hegt einen dunklen Verdacht hinsichtlich der neuesten Strategie von Bundesinnenministerin Nancy Faeser. Auf „Focus online“ (11. September) äußert er ihn:

„Das, was die Bundesregierung hier als hartes Durchgreifen, vor allem als Asyl-Wende betitelt, ist der Treppenwitz des Jahres. Die Menschen dürfen nicht nur nicht abgewiesen werden, sondern wir sollen uns jetzt auch noch um die Dublin-Überstellungen kümmern. Wir bekommen jetzt auch noch ein bürokratisches Hemmnis und bei mir stellt sich immer mehr der Eindruck ein, dass man die Bundespolizei schlicht und ergreifend so lahmlegen will, dass sie keine personellen Ressourcen mehr hat, um echte Grenzkontrollen vollziehen zu können.“

Marco Seliger fasst das Versagen der Ampelregierung in einem Beitrag für die „Neue Zürcher Zeitung“ (12. September) an einem Beispielsatz zusammen:

„Die deutsche Regierung hat die Zeitenwende aufgegeben. Nicht einmal Verteidigungsminister Pistorius will daran etwas ändern. Noch nie war Deutschlands Haushalt so üppig wie im nächsten Jahr. Dennoch schafft es die Koalition nicht, das nötige Geld für die Bundeswehr aufzubringen. Das ist verantwortungslos.“

Frédéric Schwilden hält die neuerdings bei Politikern so beliebten „Bürgerräte“ für eine demokratiefernere Fehlkonstruktion. Zur Begründung schreibt er in der „Welt“ (17. September):

„Dazu halte ich es überhaupt für falsch, Empfehlungen von Menschen zu beachten, die freiwillig an einem Bürgerrat teilnehmen. Ich meine, ich habe einen Beruf, meine Frau arbeitet auch Vollzeit, wir haben zwei Kinder, ich wüsste nicht, wo ich die Zeit hernehmen könnte, um mich mit 423.999 anderen weißen Privatiers für unsere Gesellschaft und unsere Werte einzusetzen“, wie es bei der Bertelsmann-Stiftung heißt.“

Daniel Matissek äußert auf „Ansage.org“ (15. September) seine Zweifel am „Facharbeiter-Abkommen“, das Kanzler Scholz mit Kenia abgeschlossen hat:

„Weil Deutschland keinerlei Mechanismen hat, wirksam die Qualifikation von Zuwanderern festzustellen (das tut es ja nicht einmal bei der Identität der Ankomenden), und zudem weltweit dafür ‚berühmt‘ ist, jeden Hergelaufenen oder Eingeflogenen mit dem Zauberwort ‚Asyl‘ auf den Lippen ins Land zu lassen, wird Kenia einen Teufel tun, seine wirklich fähigen Leute zu uns zu schicken, die es weiß Gott im eigenen Land brauchen kann.“

● WORT DER WOCHEN

„Wir haben Deutschland wirklich angezündet, und zwar an allen Ecken gleichzeitig. Und das halten die Menschen nicht aus.“

Wendelin Wiedeking, ehemaliger Chef von Porsche, in der „Welt am Sonntag“ vom 15. September über die Folgen der deutschen Politik

DER WOCHENRÜCKBLICK

Der Geruch der Räte

Wie man sich ein Ersatzvolk bastelt, und wie sich Politiker mit sich selbst herausreden

VON HANS HECKEL

Nanu! Waren Sie darauf gefasst? Ausgerechnet Karl Lauterbach fordert beim „Bericht aus Berlin“ plötzlich eine gründliche Aufklärung der Corona-Politik: „Ich fordere, dass es eine Aufklärung gibt noch in dieser Legislatur. Wir haben nichts zu verbergen!“ Das sagt Lauterbach! Der Bundesgesundheitsminister hatte bislang eher den Eindruck erweckt, er wehre sich mit Händen und Füßen gegen eben diese Aufklärung.

Haben wir also richtig gehört? Ja. Und nein: Denn als es um die Frage ging, wer diese Aufklärung denn in die Hände nehmen soll, ließ er die Hüllen fallen. Er finde den Vorschlag von Kanzler Scholz, das könne man doch einem „Bürgerrat“ überlassen, „nicht falsch“, so der SPD-Politiker. Auch die Grünen haben bereits einen solchen Rat ins Spiel gebracht, oder ein Expertengremium.

Mit Expertengremien hatte man ja schon während der Corona-Zeit glänzende Erfahrungen gemacht. Die hatten in der Regel das empfohlen, was die Regierung empfohlen haben wollte. Taten Experten das nicht, fanden sie sich blitzschnell mit dem Etikett „umstritten“ in der Schmutzdecke wieder und sollten nicht weiter beachtet werden. Die „Aufklärung“, die wir von einem durch die Regierung zusammengestellten Expertengremium zu erwarten haben, können wir uns danach sehr gut ausmalen.

Und wie wäre es mit einem „Bürgerrat“? Auch nicht schlecht. Solche Räte kommen sowieso in Mode, und das mit gutem Grund. Gerade hat ein solcher Rat mit dem Namen „Forum gegen Fakes“ seine Empfehlungen für den Kampf gegen „Desinformation“ ausgespuckt. Sie entsprechen in der Tendenz genau dem, was Nancy Faeser und ihr Geheimdienstchef Thomas Haldenwang schon seit Jahren an freiheitseinschränkenden Maßnahmen durchpeitschen. Und im Ausmaß übertreffen sie diese Eingriffe sogar noch. Kernforderung: „Desinformation“ solle unter Strafe gestellt werden, fordern die 120 Ratsmitglieder, die zuvor wer auch immer wie auch immer ausgesucht hatte.

Was „Desinformation“ eigentlich ist, wird nur sehr schwammig definiert. Wahrscheinlich alles, was einer gewissen linksgrünen Linie widerspricht. In Zeiten von Wahlkämpfen soll ein „unabhängiges Medienhaus/Kollektiv“ ein „Desinformationsranking“ erstellen,

um die Bürger vor gewissen Medien zu warnen. Die Ratsmitglieder schlagen dafür „Correctiv“ vor, das sich mit seiner Märchenstunde über ein angebliches Geheimtreffen in Potsdam Anfang des Jahres tief ins Herz aller Wahrheitsliebenden vorgearbeitet hat. Bürger sollen zudem verpflichtend gegen „Desinformation“ geschult werden, etwa auf Elternabenden, auch Studenten und Azubis sollen Kurse zur Schulung besuchen müssen.

Es riecht dermaßen streng nach SED-Staat, dass es einem die Nase verstopft. Das kommt nicht von ungefähr: Schon vor mehr als hundert Jahren haben die russischen Kommunisten eine Räterepublik an die Stelle von Russlands kurzlebiger Demokratie nach dem Zarensturz gesetzt. Warum? Weil sie gemerkt hatten, dass sie in freien Wahlen nie die Macht erlangen würden. Also schalteten sie die Demokratie aus und setzten an die Stelle der Volksvertretung jene sorgsam ausgewählten Räte, die immer das wollten, was die Kommunistische Partei wünschte.

Wie sich die Dinge doch ähneln! Mit den demokratischen Wahlen funktioniert es im heutigen Deutschland ja auch nicht mehr so richtig. Also ich meine, was das Ergebnis angeht. Schon diesen Sonntag könnten die Bürger wieder zu einem viel zu großen Teil falsch wählen, diesmal in Brandenburg. Da ist es eine verlockende Aussicht für die bedrängten Herrschenden, die Formulierung des Volkswillens vom richtigen Volk auf ein selbst gebasteltes Ersatzvolk aus „Bürgerräten“ zu verlagern.

Die EU als „himmlische Macht“

Und wir kennen noch einen anderen, sehr probaten Trick, mit dem man das ungehorsame Volk listig ins Leere laufen lässt. Wir reden vom angeblich übergeordneten EU-Recht. Im Moment wird es bemüht, um Zurückweisungen an den deutschen Grenzen für rechtlich gar nicht durchsetzbar zu erklären. Warum nicht durchsetzbar? Weil das EU-Recht solche Zurückweisungen verbiete. Da könnten wir gar nichts machen, selbst wenn wir das unbedingt wollten – schade.

Von der Erzählung lassen sich viele Leute entmutigen, denn „EU-Recht“ erscheint den meisten Deutschen so entrückt wie eine Weisung aus himmlischen Sphären, auf deren Ratschlüsse der einfache Bürger, ja sogar ganze Völker gar keinen Einfluss haben. Man muss es einfach hinnehmen. Außerdem, so der Glaube vieler Leute, sei das Recht der

„Bürgerräte“ sind einfach besser, seitdem es mit den demokratischen Wahlen nicht mehr so funktioniert – was das Ergebnis angeht



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de